

Danny Michelsen · Matthias Koch · Marius Miehle  
Juliane Dingfelder · Andreas Beelmann

# Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen

Rechtsextremismus und politische Entfremdung

Expertise für das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

September 2020

**KomRex**

Zentrum für Rechtsextremismusforschung,  
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA

 **KOMREX**

# Inhalt

1	Einleitung.....	6
2	Rechtsextreme Einstellungsmuster und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit .....	8
2.1	Rechtsextreme Einstellungen.....	8
2.2	Inklusion, Diversität und Ablehnung von ethnischen und sozialen Gruppen .....	12
3	Rechtsextreme Strukturen in Thüringen .....	16
3.1	Formell organisierter Rechtsextremismus in Thüringen.....	16
3.1.1	Rechtsextreme Parteien in Thüringen .....	16
3.1.2	Vereinsförmig organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen in Thüringen.....	21
3.2	Informell organisierte rechtsextreme Gruppen .....	22
3.3	Rechtsextreme Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld.....	24
3.4	Rechtsextreme Szene-Infrastruktur in Thüringen.....	28
3.5	Angebotsstrukturen rund um den Rechtsrock in Thüringen.....	30
3.6	Entwicklung der Aktivitäten und Straftaten mit rechtsextremem Kontext.....	33
4	Verbindungslinien zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.....	35
4.1	Die AfD .....	35
4.2	Populistische Proteste und Mimikry der rechtsextremen Bewegung in Thüringen .....	37
5	Gibt es Hinweise auf eine politische Entfremdung der Thüringer Bevölkerung? .....	38
6	Fazit.....	46
	Literatur .....	50

# Abbildungen

Abb. 1:	Dimensionen des Rechtsextremismus (2001 - 2019).....	11
Abb. 2:	Anteile rechtsextrem, ethnozentrisch und ns-ideologisch Eingestellter 2001 – 2019.....	11
Abb. 3:	Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach Schichtzugehörigkeit .....	12
Abb. 4:	Zeit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent) .....	17
Abb. 5:	Bundesländer mit der höchsten Prozentzahl an Reichsbürgern (inkl. Selbstverwaltern) .....	27
Abb. 6:	Anzahl der Immobilien und Treffpunkte von Bewegungen und Akteuren der rechtsextremen Szene pro 100.000 Einwohner auf Landkreisebene (aktiv und inaktiv).....	30
Abb. 7:	Fälle in der Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen nach Jahren.....	33
Abb. 8:	Straf- und Gewalttaten nach PMK rechts .....	34
Abb. 9:	Wahlbeteiligung an Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Thüringen 1990- 2019.....	39
Abb. 10:	Zahl der Mitglieder der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien 2010-2019 .....	40
Abb. 11:	Partizipationsformen und Wahrnehmung durch die Thüringer Bevölkerung.....	41
Abb. 12:	Subjektive Selbsteinschätzung der Kompetenz zu politischen Themen und der politischen Selbstwirksamkeit .....	42
Abb. 13:	Vertrauen in Institutionen 2001 – 2019 .....	43
Abb. 14:	Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001-2019 in Prozent.....	44
Abb. 15:	Demokratietypen 2001-2019 in Prozent (oben); Entwicklung der Anteile der jeweiligen Demokratietypen anhand des gleitenden 5-Jahres-Durchschnitts (unten) ....	45

## Tabellen

Tab. 1:	Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen.....	10
Tab. 2:	Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013 - 2019.....	15
Tab. 3:	Landesweite Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Thüringen (in Prozent).....	18
Tab. 4:	Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Eisenach (in Prozent) .....	18
Tab. 5:	Landkreisweite Wahlergebnisse des BZH und von Tommy Frenck seit 2014.....	19
Tab. 6:	In Thüringen ansässige rechtsextreme Vereine seit 2015.....	21
Tab. 7:	Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen .....	23
Tab. 8:	Anzahl an Reichsbürger*innen (inkl. Selbstverwaltern) in Thüringen .....	27
Tab. 9:	Überblick zu rechtsextremen Musikveranstaltungen in Thüringen (2014–2019) nach Angaben der Topografie und von MOBIT .....	32
Tab. 10:	Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität – Rechts“ in den Ländern pro 100.000 Einwohner 2009, 2014 und 2019 .....	34



# 1 Einleitung

Durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit werden seit nunmehr fast zehn Jahren zahlreiche Projekte und Initiativen gefördert, die auf eine Stärkung der demokratischen Kultur im Freistaat hinwirken sollen. Da bei der Entwicklung des Landesprogramms großer Wert auf die wissenschaftliche Begleitung als Voraussetzung für eine Fortentwicklung der Förderrichtlinien gemäß neuer Erkenntnisse über aktuelle demokratiefeindliche Bestrebungen gelegt wurde, wurde das KomRex im Frühjahr 2020 vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport mit der Erstellung einer Expertise beauftragt, die aktuelle Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen identifizieren und einordnen soll. Bei der Strukturierung und inhaltlichen Schwerpunktsetzung der vorliegenden Analyse konnten wir an zwei hervorragende Vorarbeiten von Edinger (2010) und Quent/Schmidtke/Salheiser (2016) anknüpfen, die bislang als sozialwissenschaftliche Grundlage für die konzeptionelle Ausrichtung der im Rahmen des Landesprogramms geförderten Präventionsmaßnahmen und Initiativen gedient haben. Da der Schwerpunkt des Landesprogramms von Beginn an auf der Bekämpfung des Rechtsextremismus lag (vgl. ebd.: 64 ff.), wurde in diesen ersten beiden Gefährdungsanalysen primär auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster und auf aktuelle Entwicklungen im organisierten Rechtsextremismus fokussiert. Wir setzen diese Schwerpunktsetzung in dem vorliegenden Bericht fort, möchten aber bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass damit keine Verharmlosung des Gefährdungspotentials anderer Extremismen intendiert sein soll. Die jüngste Verdoppelung der in Thüringen begangenen Straftaten, welche der politisch motivierten Kriminalität (PMK) -links- zugerechnet werden, im Jahr 2019 ist ohne Zweifel besorgniserregend – v.a. wenn man bedenkt, dass auch die Zahl der Gewaltdelikte, die von Linksextremisten begangen wurden (42), angestiegen ist und fast gleichauf lag mit der Zahl der von Rechtsextremisten verübten Gewaltdelikte (49) (vgl. TMIK 2020: 9). Aber erstens zeigt schon ein Blick auf die aktuellen Gesamtzahlen der PMK in Thüringen – PMK rechts: 1.301 Delikte; PMK links: 646 Delikte –, dass von rechtsextremer Seite insgesamt noch immer eine größere Bedrohung ausgeht (ebd.: 3). Zudem machen die jüngeren rechtsterroristischen Anschläge außerhalb Thüringens – der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, der Anschlag auf die Synagoge in Halle vier Monate später oder der Anschlag von Hanau im Februar 2020 – deutlich, dass rechtsextreme Gewalt in vielen Fällen den Tod von Menschen in Kauf nimmt oder gezielt anstrebt. Zweitens bedroht der Rechtsextremismus nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern – in einem Maße und mit einer Aggressivität, wie das für den Linksextremismus und den Islamismus in Deutschland nicht gilt – auch die Fundamente der demokratischen Kultur, wie der Präsident des Thüringischen Amtes für Verfassungsschutz (AfV), Stephan J. Kramer, zu recht festgestellt hat (FAZ 2019).

Eine Identifizierung von Gefährdungen der *demokratischen Kultur* macht es allerdings erforderlich, dass wir uns zunächst über die Bedeutung dieses Begriffs Klarheit verschaffen – was ein durchaus heikles Unterfangen ist, ist doch allein schon der Demokratiebegriff ein Musterbeispiel für ein „essentially contested concept“ (Gallie 1962). Verfassungsschutzbehörden, die mit dem Schutz der demokratischen Ordnung betraut sind, sind mit diesem Problem nicht konfrontiert, da sie, wie alle Exekutivorgane, ihren Auftrag ausschließlich aus Rechtsnormen ableiten: Sie operieren auf der Grundlage des Begriffs der „freiheitlichen-demokratischen Grundordnung“ (FDGO) und dessen Legaldefinition, wie sie etwa in § 4 Absatz 2 BVerfSchG formuliert ist. Die in dieser Definition enthaltenen Kriterien entsprechen den Mindestanforderungen, die wir heute an einen demokratisch verfassten Rechtsstaat stellen: z.B. das Recht des Volkes, seine parlamentarischen Vertreter in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, oder das Recht auf die Ausübung einer parlamentarischen Opposition. Aber erstens lässt sich die Demokratie nicht nur als eine

Regierungsform oder als ein bestimmtes Institutionenset verstehen. Vor allem jene Demokratietheoretiker\*innen, die in der Tradition des zivilrepublikanischen Denkens stehen, haben darauf hingewiesen, dass die Demokratie darüber hinaus und „in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 1993: 121), darstellt – oder, wie es bei Sheldon Wolin (1994: 23) heißt, eine „Seinsweise“, die sich nicht zuletzt durch das Bewusstsein ihrer eigenen Fragilität auszeichnet. Damit ist die Bedeutung einer partizipativen politischen Kultur in einer Demokratie angesprochen. Zudem ist die jahrtausendealte Idee der Demokratie nicht mit der FDGO identisch: Sie ist wesentlich deutungsoffener, was schon daran deutlich wird, dass es in der Politischen Theorie eine Vielzahl konkurrierender demokratietheoretischer Ansätze gibt.<sup>1</sup> Die Beantwortung der Frage, was wir für eine Gefährdung der demokratischen Kultur halten, ist selbstverständlich immer auch davon abhängig, für welchen Demokratiebegriff wir uns entscheiden. Das hat die jüngere politikwissenschaftliche Kontroverse um das Verhältnis von Demokratie und Populismus einmal mehr deutlich gemacht: Während Autoren wie Jan-Werner Müller (2016), die sich für einen liberalen Demokratiebegriff aussprechen, den Populismus per se als antidemokratisch deuten, vertreten andere namhafte Politikwissenschaftler\*innen, die das Ideal der Volkssouveränität als Bestandteil der Demokratieidee stärker hervorheben, die Auffassung, dass die neuen populistischen Parteien zwar „sicherlich antiinstitutionell, im Regelfall Gegner der repräsentativen Demokratie, [...] aber eben nicht antidemokratisch“ seien (Manow 2020: 17). Auf diese Debatte wie auch auf die vielen normativen Fallstricke bei der näheren Bestimmung des Demokratiebegriffs können wir hier nicht näher eingehen; stattdessen wollen wir der Einfachheit halber an die Vorarbeit von Edinger (2010) anknüpfen, der eine demokratische Kultur auf der Grundlage folgender Kriterien bestimmt:

- Demokratische Entscheidungsverfahren werden von Bürger\*innen akzeptiert, die sich als Subjekte der politischen Prozesse verstehen.
- Die bestehenden Entscheidungsverfahren garantieren eine gewaltfreie politische Kommunikation und Interessenartikulation.
- Der gesellschaftliche und politische Pluralismus erfährt eine breite Anerkennung.

Wenngleich diese Kriterien sehr offen formuliert sind, macht doch vor allem der erste Punkt deutlich, dass eine demokratische Kultur nicht erst dann gefährdet ist, wenn extremistische Parteien oder Bewegungen die politische Ordnung aktiv bekämpfen. Eine demokratische Kultur ist auch dann gefährdet, wenn eine Mehrheit der Bürger\*innen in einem Maße politisch entfremdet ist, dass diese sich nicht mehr als Subjekte der politischen Prozesse wahrnehmen, sondern auf eine Rolle als Zuschauer\*innen und Konsument\*innen reduziert sehen. Edinger hat die politische Entfremdung in seiner Analyse daher zurecht als eine konkrete Gefahr für die Demokratie benannt und ihr Ausmaß anhand einschlägiger Indikatoren (z.B. Wahlbeteiligung, Mitgliederzahlen der Parteien, Institutionenvertrauen) untersucht. Im 5. Kapitel dieser Expertise führen wir diese Vorgehensweise fort.

Da diese Expertise auf aktuelle Entwicklungen im organisierten *Rechtsextremismus* fokussiert, muss auch dieser Begriff zunächst definiert werden. Mit Richard Stöss (2010: 19) wird der Rechtsextremismus hier als „völkischer Nationalismus“ verstanden – eine Ideologie, deren gesellschaftliches Leitbild „die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende, ethnisch homogene („reinrassige“) *Volksgemeinschaft*“ ist. Aus diesem Leitbild ergibt sich die Abwertung aller Menschen, die dieser ethnisch definierten Gemeinschaft aufgrund von Merkmalen, welche als unveränderlich betrachtet werden, nicht angehören können und somit eine prinzipielle Negation der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte, wie sie z.B. im Grundgesetz kodifiziert sind. Zu unterscheiden sind

---

<sup>1</sup> Für eine einführende Übersicht vgl. z.B. Lembcke/Ritzi/Schaal 2012 u. Schmidt 2019.

rechtsextreme Einstellungsmuster und rechtsextremes Verhalten, das sich z.B. in Protesten, Lebensstilen, Wahlverhalten, Parteimitgliedschaften oder auch in Gewalt und Terror manifestieren kann (vgl. ebd.: 21).

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im Freistaat Thüringen wird in Kapitel 2 näher untersucht. Im 3. Kapitel folgt eine Analyse der aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Dabei wird zwischen dem formell und informell organisierten Rechtsextremismus differenziert: Zu ersterem zählen Parteien und vereinsförmig organisierte Angebotsstrukturen, während zu letzterem u.a. Kameradschaften, lokale Initiativen oder überregionale Netzwerke wie die Identitäre Bewegung zu rechnen sind. Weiterhin bietet das Kapitel einen Überblick über den jugend- und subkulturellen Rechtsextremismus, über Immobilien der rechtsextremen Szene und über die Entwicklung rechtsextremer Straftaten seit 2001. In Kapitel 4 wird das Gefährdungspotential des Rechtspopulismus und aktueller verschwörungstheoretisch fundierter Protestformationen für die demokratische Kultur in Thüringen untersucht. Dabei stehen ideologische und personelle Überschneidungen mit dem organisierten Rechtsextremismus im Fokus. Abgeschlossen wird die Expertise durch eine Betrachtung von Bedrohungen, denen die demokratische Kultur nicht durch die Feinde der offenen Gesellschaft, sondern gewissermaßen von innen her, nämlich durch das bereits erwähnte Problem der politischen Entfremdung der Bürger\*innen, ausgesetzt ist.

## 2 Rechtsextreme Einstellungsmuster und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

### 2.1 Rechtsextreme Einstellungen

In diesem Abschnitt wird die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen dargestellt. Ihre Messung ist relevant, weil antidemokratische Einstellungen die Voraussetzung für antidemokratisches Verhalten sind, das in der öffentlichen Berichterstattung meist im Vordergrund steht und im nächsten Kapitel näher behandelt werden soll. Die Analyse von Einstellungen kann Aufschluss über das soziokulturelle Umfeld geben, in dem rechtsextreme Akteure sich bewegen. Aus der Verbreitung von rechtsextremen Einstellungsmustern lassen sich zwar keine Prognosen über zukünftiges Verhalten ableiten, aber es können Rückschlüsse auf die Bereitschaft zu bestimmten Verhaltensformen gezogen werden, z.B. auf die Bereitschaft der Thüringer Bevölkerung, rechtsextreme Parteien zu wählen (Decker et al. 2018: 65).

Die empirische Grundlage für die folgenden Ausführungen bilden die Längsschnittdaten des THÜRINGEN-MONITORS, einer vom KomRex erstellten Langzeitstudie zur Politischen Kultur in Thüringen, die auf einer jährlich durchgeführten Bevölkerungsumfrage basiert. Im THÜRINGEN-MONITOR werden rechtsextreme Einstellungen auf der Basis einer Rechtsextremismus-Definition erhoben, die bei einer Expert\*innentagung an der FU Berlin im Jahr 2001 speziell zum Zweck der Vereinheitlichung des Forschungsdesigns für künftige empirische Untersuchungen zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen entwickelt wurde. Demnach meint Rechtsextremismus „ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Zitiert nach Stöss 2010: 57) Die sechs Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms sind folgende: Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Unterstützung einer rechten Diktatur, Nationalismus (Chauvinismus) und Migrant\*innenfeindlichkeit.



Im THÜRINGEN-MONITOR werden die Ausprägungen dieser sechs Einstellungsdimensionen des Rechtsextremismus durch zehn standardisierte Items ermittelt (vgl. Kreis 2007: 13 ff.). Die konkreten Fragen, mit deren Hilfe die Einstellungen zu den jeweiligen Dimensionen erfasst werden, sind in Tab. 1 abgebildet. Um die Bestandteile des rechtsextremen Weltbildes intern deutlicher zu differenzieren, wurden die Fragen zudem zwei unterschiedlichen, aber gleichgewichtigen Facetten des Rechtsextremismus zugeordnet, die das rechtsextreme Weltbild konstituieren: Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus. Dem Ethnozentrismus, der die Bewertung von fremden Gruppen auf der Grundlage von Normen, die von der Eigengruppe vorgegeben werden, meint, sind die unter der Dimension Nationalismus/Chauvinismus rubrizierten Fragen und außerdem zwei Fragen zugeordnet, die zu der Dimension Fremdenfeindlichkeit gehören. Die letzte der zu dieser Dimension gerechneten Fragen misst den Anteil der rassistisch eingestellten Befragten und wird daher dem Komplex des Neo-Nationalsozialismus zugeordnet.

Auffällig ist, dass die Zustimmung zu den einzelnen Fragen stark variiert, dass nationalistische und fremdenfeindliche Aussagen aber die stärkste Zustimmung erhalten. Mehr als die Hälfte der Thüringer\*innen ist der Meinung, dass „die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet ist“ und dass „ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ notwendig ist. Demgegenüber finden die Aussagen, mit denen neo-nationalsozialistische Einstellungen gemessen werden, erwartungsgemäß deutlich weniger Zustimmung. Allerdings ist die Zustimmung zu der antisemitischen Aussage und zu der den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussage im Erhebungsjahr 2019 deutlich gestiegen. Mehr als jede\*r vierte Thüringer\*in ist heute der Meinung, dass „der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte“.

Der Anteil rechtsextrem Eingestellter umfasste zu Beginn der Messungen ein Viertel der Befragten und stieg bis 2005 auf 30 % an. Bis zum Ende des Jahrzehnts sank der Anteil rechtsextrem Eingestellter auf 19 %. Innerhalb des letzten Jahrzehnts blieben die Werte unter 20 %, mit Ausnahme der Jahre 2011, 2015 und 2019, in denen jeweils 24 % gemessen wurden, sowie 2018, als der Anteil rechtsextremer Einstellungen bei 20 % lag. Als rechtsextrem werden Befragte eingeordnet, die in den beiden Kategorien „Ethnozentrismus“ und „Neo-Nationalismus“ jeweils mehr Fragen zustimmend als ablehnend beantwortet haben (vgl. Reiser et al. 2019: 55).

Zusammengefasst zeigten sich für 2019 Zustimmungen zu einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus zwischen 14 % (Sozialdarwinismus) und 42 % (Ausländerfeindlichkeit) (siehe Abb. 1). Die Befragungsergebnisse sind relativ stabil; jedoch wurde 2019 für die Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ ein neuer Höchststand und für die Dimension „Diktaturaffinität“ der bisherige Maximalpunkt vom Jahr 2001 erneut erreicht. Auffällig ist zudem, dass es seit der Mitte der vergangenen Dekade zu einer deutlichen Zunahme von Migrant\*innenfeindlichkeit (Dimension: Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit), Nationalismus (Chauvinismus) und Antisemitismus gekommen ist. Die Werte in diesen Einstellungsdimensionen befinden sich auf einem deutlich höheren Niveau als noch vor sechs Jahren.

Tab. 1: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen  
(Angaben in Prozent)

		2019	2018	2017	2016	2015
<b>Ethnozentrismus</b>	<b>Nationalismus und Chauvinismus</b>					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	61	64	64	63	62
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	34	25	30	25	29
	<b>Fremdenfeindlichkeit</b>					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	56	58	53	52	51
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	45	49	44	37	40
<b>Neo-Nationalsozialismus</b>	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	23	25	22	17	22
	<b>Sozialdarwinismus</b>					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	25	25	24	23	28
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	22	20	18	12	18
	<b>Verharmlosung des Nationalsozialismus</b>					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	26	18	16	16	24
	<b>Antisemitismus</b>					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	16	9	14	10	9
	<b>Unterstützung einer rechten Diktatur</b>					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	21	18	14	17	20	

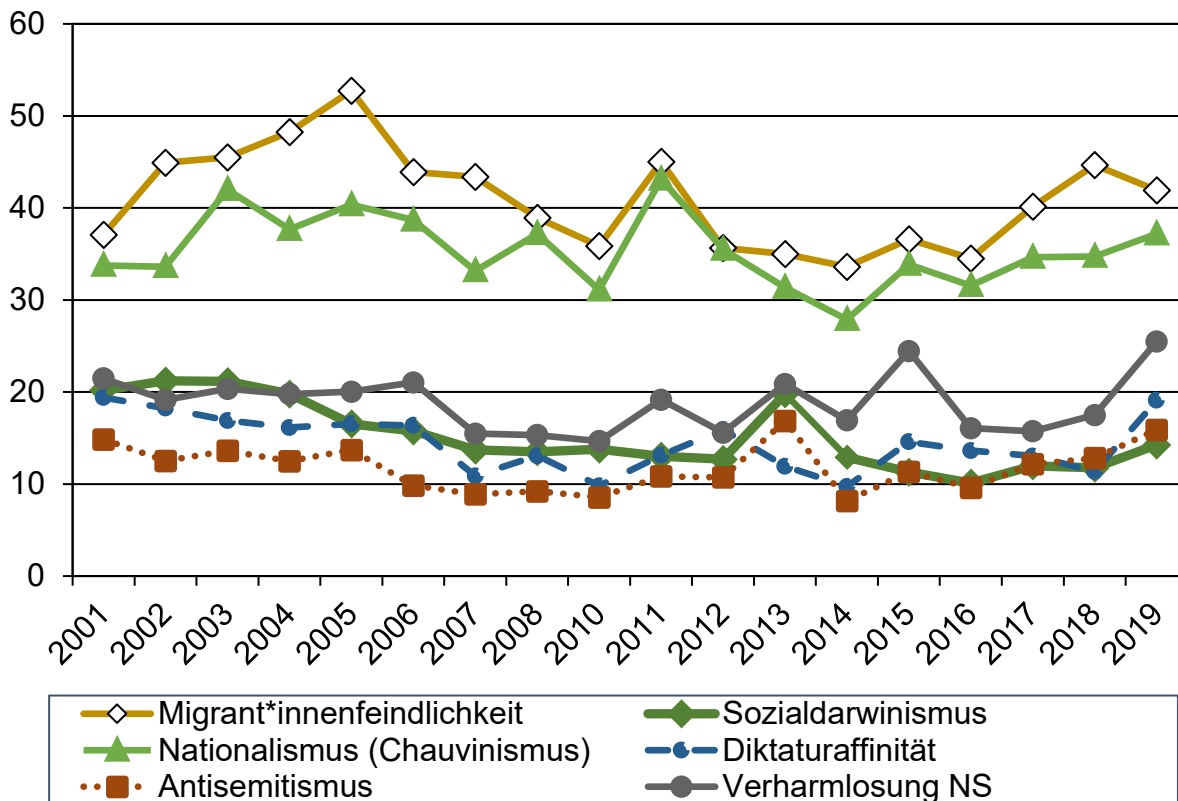


Abb. 1: Dimensionen des Rechtsextremismus (2001 - 2019)  
(Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

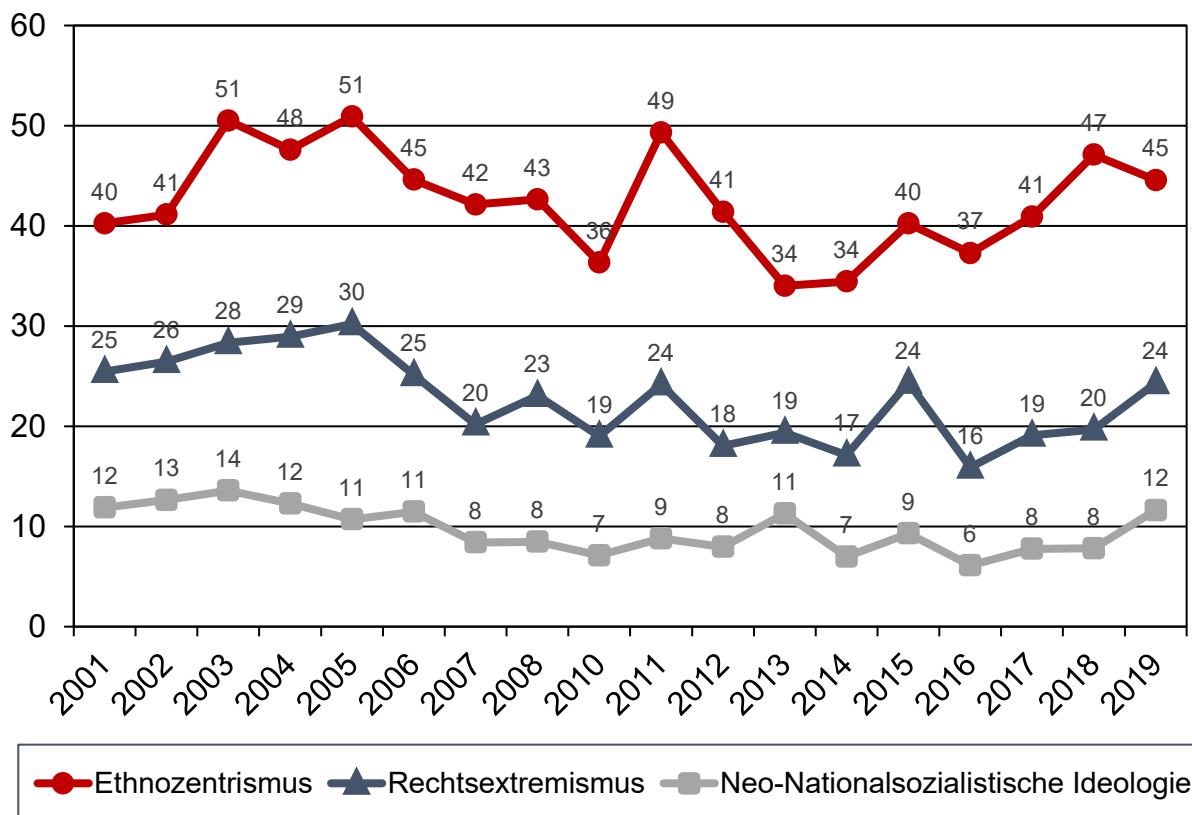


Abb. 2: Anteile rechtsextrem, ethnozentrisch und ns-ideologisch Eingestellter 2001 – 2019  
(Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

In der Forschungsliteratur wird eine Vielzahl von Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen diskutiert (für einen guten Überblick vgl. Zick/Küpper 2016: 103 ff.). Zu den wichtigsten Faktoren zählen relative Deprivation, die Neigung zu autoritären Ordnungsvorstellungen und niedrige Bildung (vgl. Quent/Salheiser/Schmidtke 2016: 14f.). Letzteres konnte auch durch die Daten des THÜRINGEN-MONITORS bestätigt werden. Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen sozialer Milieugehörigkeit und rechtsextremen Einstellungen zeigt deutlich, dass insbesondere Personen mit niedrigem Bildungsstand, auch weitgehend unabhängig vom Einkommen, hohe Werte bei Rechtsextremismus, Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus aufweisen. So zeigen sich bei niedrigem Einkommen und bei hohem Bildungsstand die niedrigsten Werte für Rechtsextremismus, Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus, während die Gruppe der Personen mit hohem Einkommen und subakademischer Bildung die höchsten Werte bei Rechtsextremismus und Neo-Nationalsozialismus aufweisen.

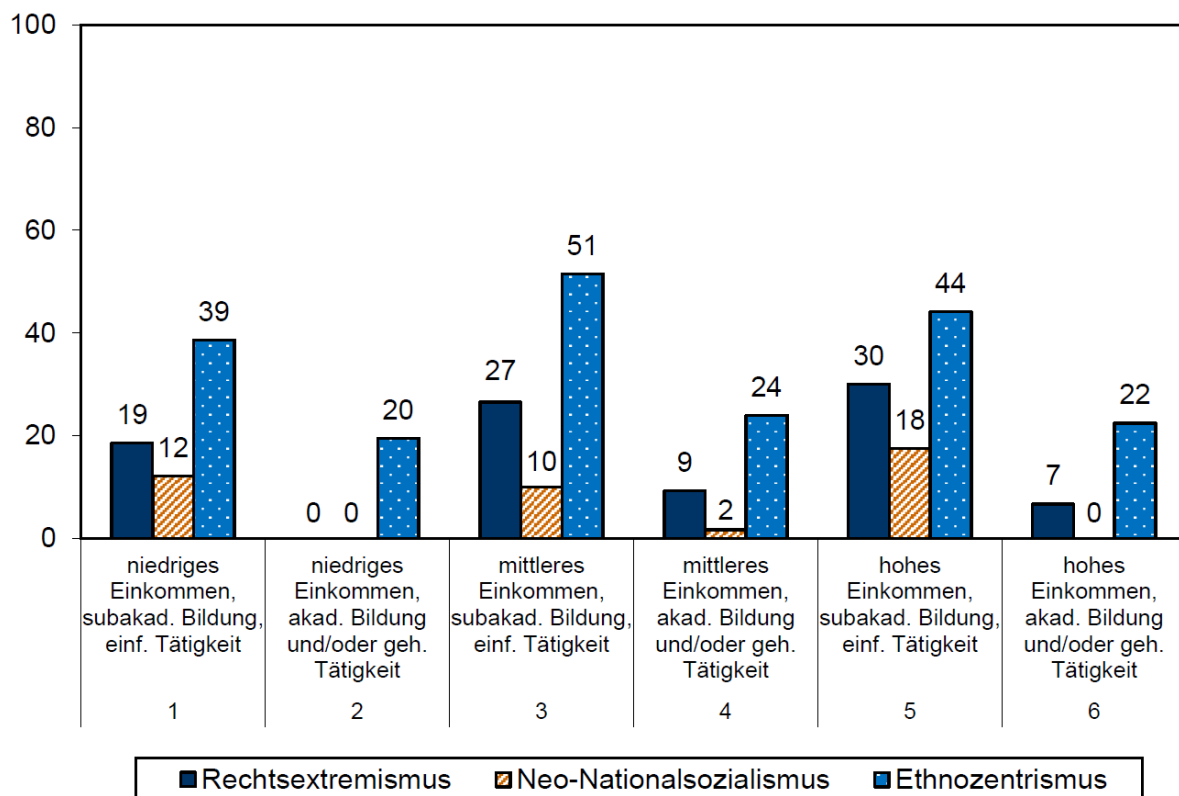


Abb. 3: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach Schichtzugehörigkeit

(Abbildung aus Thüringen-Monitor: Reiser et al. 2017:141)

## 2.2 Inklusion, Diversität und Ablehnung von ethnischen und sozialen Gruppen

Voraussetzung für einen offenen demokratischen Diskurs, an dem sich alle beteiligt fühlen können, ist die Möglichkeit der Interaktion auf gleicher Augenhöhe. Ein hohes Maß an wechselseitiger Ablehnung aufgrund von unveränderbaren Merkmalen kann daher den demokratischen Diskurs und damit eine lebendige demokratische Kultur gefährden.

Im THÜRINGEN-MONITOR werden nach dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer 2011), die u.a. in den „Mitte Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung erfasst wird (zuletzt Zick/Küpper/Berghan 2019), Vorurteile und negative Einstellungen gegenüber unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen gemessen (Reiser et al. 2019: 62). Es wird nach Vorurteilen gegenüber Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft und Muslim\*innen, Sinti\*innen und Roma\*innen,

Homosexuellen, Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Behinderten gefragt. Neben der allgemeinen Frage zu Einstellungen gegenüber Migrant\*innen wurden zwischen 2014 und 2016 auch vermehrt Fragen zu Einstellungen gegenüber Asylbewerber\*innen gestellt.

Die Einstellungen haben sich in den letzten Jahren in den meisten Kategorien nicht stark verändert (vgl. Tab. 2). Die höchste Zustimmung (2019: 81 % der Befragten) erhielt die Aussage, dass der Staat bei der Prüfung von Asylanträgen nicht großzügig sein soll. Die Forderung, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in ihre Heimatländer zurückkehren sollen, sobald Krieg und Verfolgung dort vorüber sind, wurde von einer großen Mehrheit der Thüringer\*innen unterstützt (2019: 71 %). Auch die Aussage, dass Asylsuchende aufgrund ihrer Kultur in Deutschland nicht integrierbar seien, fand im Vergleich zu den anderen Fragen zu diesem Bereich eine außergewöhnlich hohe Zustimmung (2019: 63 %). Zwei Drittel der Thüringer\*innen sind zudem der Meinung, dass wieder mehr für die Mehrheit der Menschen in Deutschland getan werden und weniger auf die Interessen von Minderheiten fokussiert werden sollte.

Relativ gering fällt die Zustimmung dagegen bei Fragen zur Überfremdung der eigenen Wohnumgebung (2019: 11 %) und zur Ablehnung von Geschlechtsumwandlungen aus (2019: 14 %). Die Zustimmung zu dieser letztgenannten Aussage nahm in den vergangenen Jahren signifikant ab.

Abnehmende Zustimmung gibt es insgesamt für homophobe Einstellungen, hier insbesondere zur Frage „Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“

Auch gegenüber Muslimen scheinen Ressentiments in der Thüringer Gesellschaft weit verbreitet zu sein. So waren 2019 63 % der Thüringer\*innen der Ansicht, dass Muslime in Deutschland zu viele Forderungen stellen. Weiterhin vertrat knapp die Hälfte (45 %) die Auffassung, dass die meisten in Deutschland lebenden Muslime unsere Werte, wie sie im Grundgesetz verankert sind, nicht akzeptieren (siehe Tab. 2). Befunde aus dem Thüringen-Monitor Integration (Beelmann et al. 2019) widerlegen diese Annahme jedoch weitgehend. Im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration wurden 2018 über 900 Fluchtmigrant\*innen in Thüringen, von denen knapp 80 % muslimischen Glaubens waren, unter anderem zu ihren politischen und sozialen Einstellungen befragt. Die große Mehrheit dieser Befragten (80 %) erachtete die Demokratie als die beste aller Staatsideen (ebd.: 118). Damit lag der Anteil der Demokratiebefürworter\*innen unter den Geflüchteten annähernd so hoch wie in der eingesessenen Thüringer Bevölkerung. Von den Thüringer\*innen betrachteten im Jahr 2018 86 % und im Jahr 2019 90 % die Demokratie als beste Staatsidee (vgl. Reiser et al. 2019: 40).

Auch konkrete demokratische Werte befürworteten die im TMI befragten Geflüchteten mehrheitlich, jedoch in etwas geringerem Ausmaß als die Demokratie insgesamt. So meinten 77 %, dass auch Minderheiten das Recht auf freie Meinungsäußerung haben sollten. Der Aussage, dass jede\*r Bürger\*in das Recht habe sollte, für ihre/seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen, stimmten rund zwei Drittel (64 %) der Geflüchteten zu. Eine große Mehrheit lehnte außerdem die Aussage, dass man für seine Ziele kämpfen sollte, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist, ab; 16 % der befragten Geflüchteten stimmten ihr jedoch zu (Beelmann et al. 2019: 118). Der Anteil der Thüringer\*innen, der dieser Aussage zustimmte, war mit 8 % deutlich geringer (Reiser et al. 2019: 40). Bei der Interpretation dieser Befunde muss jedoch die unterschiedliche Kontextualisierung berücksichtigt werden. So sind in den meisten Herkunftsregionen der Geflüchteten demokratische Strukturen und Prinzipien kaum etabliert. Zusätzlich sind gewaltsame Konflikte bzw. kriegerische Auseinandersetzungen weit verbreitet. Daher ist es denkbar, dass das Antwortverhalten der befragten Geflüchteten durch Erfahrungen und Konfliktsituationen in den Herkunftsländern beeinflusst wurde. In Be-

zug auf patriarchalische Einstellungsmuster deuten die Befunde des TMI darauf hin, dass diese unter Geflüchteten weit verbreitet sind. So befürwortete rund die Hälfte der Befragten (49 %) patriarchalische Normen und Verhaltensweisen (Beelmann et al. 2019: 133).

Hinsichtlich deutscher Institutionen wiesen die befragten Geflüchteten jedoch großes Vertrauen auf: 80 % gaben an, der Bundesregierung ziemlich oder völlig zu vertrauen. Vor dem Hintergrund, dass die Befragten nicht wahlberechtigt waren, ist dieser Befund besonders überraschend. Auch in ausführende Institutionen des Rechtsstaates war das Vertrauen groß. So äußerten drei Viertel (75 %) ziemliches oder völliges Vertrauen in Gerichte und 84 % vertrauten der Polizei ziemlich oder völlig (ebd.: 115). Damit lag das Institutionenvertrauen Geflüchteter deutlich höher als jenes der eingesessenen Thüringer\*innen. Von diesen äußerten 2019 73 % Vertrauen in die Polizei, eine knappe Mehrheit (53 %) vertraute den Gerichten und lediglich 29 % vertrauten der Bundesregierung (Reiser et al. 2019: 45).

Auch wenn das Vertrauen Geflüchteter in deutsche Institutionen ausgeprägt ist, belegen die verbreiteten patriarchalischen Einstellungsmuster und die vergleichsweise geringere Befürwortung demokratischer Prinzipien, dass der Besuch des Integrationskurses für Geflüchtete eine sinnvolle Integrationsmaßnahme darstellt. Im Integrationskurs werden, neben der deutschen Sprache, auch die Rechtsordnung, Grundkenntnisse des politischen Systems der Bundesrepublik und der deutschen Geschichte sowie Grundprinzipien der politischen Kultur in Deutschland, insbesondere Werte und Verfassungsprinzipien, vermittelt. Zur Optimierung der Wirksamkeit des Integrationskurses bzw. zum Erreichen einer nachhaltigen Wirkung, scheint eine evidenzbasierte Weiterentwicklung des Integrationskurses jedoch ratsam (vgl. Beelmann/Lutterbach 2020).

Tab. 2: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013 - 2019

	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013
<b>Migrant_innenfeindlichkeit</b>							
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	56	58	53	52	51	48	42
„Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	34	36		23			25
„Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	11	11		7			7
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	45	49	44	37	40	36	44
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	23	25	22	17	22	18	21
<b>(Klassischer) Rassismus</b>							
„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“	19				13		
<b>Vorurteile gegenüber Muslim_innen</b>							
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	45	54	48	47	47	51	49
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“	63	61	62	60	62	65	65
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“	27	28	28				
<b>Ablehnung von Asylbewerber_innen, Einstellung zu Asyl und Integration</b>							
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	57	58	54	56	55		
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	81	85	83	73	70	71	
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“	63	64		58			
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	71	74		66			
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“		97		96			
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“	48	48		51			53 (2012)
<b>Antisemitismus</b>							
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	16	9	14	10	9	9	15
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	27	26	21		29	32	32
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus)	32	34	27				
<b>Antiziganismus (Abwertung von Sinti_ zze und Rom_ nja)</b>							
„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“	40				39	38	35
<b>Etabliertenvorrechte</b>							
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“		32			27	28	
<b>Abwertung von Langzeitarbeitslosen</b>							
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“		55	58		55	50	56
<b>Abwertung von Obdachlosen</b>							
„Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“					40	39	
<b>Abwertung von Behinderten</b>							
„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“					5	7	8
<b>Gender-Rollenkonventionalismus / Antifeminismus</b>							
„Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“		11			14	12	
<b>Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen</b>							
„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“	43		45				
„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	14		23				
<b>Generalisierte Einstellung zu Minderheiten</b>							
„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“	66	68	62				

Zustimmung in Prozent: „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst, Tabelle aus Thüringen-Monitor: Reiser/Best et al. 2019: 63



## 3 Rechtsextreme Strukturen in Thüringen

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt rechtsextreme und diskriminierende Einstellungsmuster innerhalb der Thüringer Bevölkerung ausgewertet wurden, soll nun im Folgenden die Verhaltensdimension in den Blick genommen werden. Hierfür wird auf die Typologie der „Angebotsstrukturen“ der rechtsextremen Szene in Thüringen aus der letzten Gefährdungsanalyse (Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 29 ff.) zurückgegriffen, die allerdings punktuell erweitert werden soll. Der nachfolgende Überblick rechtsextremer Angebotsstrukturen in Thüringen stellt eine aktualisierte, überblicksartige Momentaufnahme ohne Anspruch auf Vollständigkeit unter Rückgriff auf Befunde der „Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ dar, die seit 2017 jährlich vom KomRex erstellt wird (s. Best/Miehlke/Salheiser 2017-2019; vgl. insb. Best/Miehlke/Salheiser 2018: 235, Abb. 154).

### 3.1 Formell organisierter Rechtsextremismus in Thüringen

Das Feld des formell organisierten Rechtsextremismus umfasst Organisationsformen mit einer festen Satzungsstruktur und Mitgliedschaft (z.B. Parteien, Vereine bzw. vereinsförmige Organisationen, Burschenschaften) (vgl. Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 29). Mit Blick auf den hohen Institutionalisierungsgrad erlangen diese Organisationsformen häufig Rechtsfähigkeit als juristische Personen, wodurch die rechtsextremen Akteure zwar einerseits stärker an das Recht gebunden und somit unflexibler sind als „lose Zusammenschlüsse“; andererseits gewährt eben dieser Rechtsstatus bestimmte rechtliche Vorteile, die Rechtsextreme bewusst nutzen (vgl. exemplarisch Quent 2016: 89 f.), bzw. einen bestimmten rechtlichen Schutz, durch die z.B. ein Ausschluss aus der Öffentlichkeit, eine ungleiche Behandlung oder ein Verbot rechtlich nur beschränkt möglich bis untersagt sind (vgl. Gundling 2017: 19 ff.; LTO 2018; 2019; Podolski 2018).

#### 3.1.1 Rechtsextreme Parteien in Thüringen

Der parteiförmige Rechtsextremismus in Thüringen ist in den 2010er Jahren durchgängig vom Landesverband der verfassungsfreundlichen „**Nationaldemokratischen Partei Deutschland**“ (NPD) und der NPD-nahen regionalen Wählergemeinschaft „**Bündnis Zukunft Hildburghausen**“ (BZH) geprägt gewesen. Neben diesen beiden Konstanten traten in den letzten Jahren vereinzelt weitere rechtsextreme Kleinstparteien in Thüringen in Erscheinung („**Die Rechte**“ von 2015 bis 2017; „**Der III. Weg**“ seit 2016), denen bisher stets die organisierte Erfurter Neonazi-Szene rund um den rechtsextremen Bewegungsunternehmer *Enrico Byczysko* angehörte. Die drei gegenwärtig in Thüringen aktiven rechtsextremen Parteien (NPD; „Der III. Weg“; BZH) vertreten eine dezidiert neonazistische Ideologie und Programmatik (vgl. Best/Miehlke/Salheiser 2018; 2019). Keine der o.g. vier Parteien verfügte in den letzten Jahren, geschweige denn gegenwärtig, über eine flächendeckende Organisationsstruktur in Thüringen. Im Gegenteil sind regionale Schwerpunkte, Aufteilungen und Hochburgen erkennbar (vgl. Best et al. 2018: 59-133; Best et al. 2019: 15-20), in denen sie gezielt und relativ erfolgreich eine „Strategie der Regionalisierung“ (Miliopoulos 2020) verfolgen bzw. rechtsextreme Graswurzelarbeit betreiben (siehe weiter unten).

Die rechtsextreme Kleinstpartei „**Die Rechte**“ verfügt seit dem Austritt der Erfurter Neonazis rund um *Biczysko* und *Michel Fischer* Ende 2017 in Thüringen über keine eigenen Strukturen mehr. Der Landesverband von „Die Rechte“ ist seither in Thüringen faktisch inaktiv und bedeutungslos (vgl. Best et al. 2018: 106 ff.; Thüringer Landtag 2020e). Seit Parteigründung 2012 stand „Die Rechte“ in Thüringen nur bei der Europawahl 2019 auf dem Wahlzettel.



Der Landesverband von „**Die Republikaner**“ besteht formell weiter<sup>2</sup>, nahm allerdings zuletzt 2014 an Wahlen in Thüringen teil (2017 und 2019 kein Antritt zur Bundestags- und Europawahl) und fiel in den letzten Jahren lediglich zweimal im Jahr 2018 nennenswert auf: als der Greizer Neonazi David Köckert (Thügida; vormals NPD, AfD) Mitglied im Landesverband werden wollte (vgl. Best et al. 2018: 105 f.) und als eine Person für die Partei bei der Bürgermeisterwahl in Berga/Elster (Landkreis Greiz) antreten wollte (vgl. Schubert 2018). Davon abgesehen verfügt der Landesverband über keine erkennbaren Strukturen in Thüringen und ist damit bedeutungslos. Inwieweit „Die Republikaner“ noch als *eindeutig rechtsextrem* einzuschätzen sind, ist eine andere Frage (vgl. Kailitz 2017; Best et al. 2018: 105 f.).

Aufgrund der Abwanderung von Wähler\*innen zur AfD gelang es den oben genannten „einschlägigen“ rechtsextremen Kleinparteien mittelfristig nicht, bei *landesweiten* Wahlen politisches Kapital aus der sog. Flüchtlingskrise schlagen zu können. Im Gegenteil sind sie bei landesweiten Wahlen in summa von ca. 4 % auf deutlich unter 1 % gefallen (vgl. Abb. 4). Eine Ausnahme hiervon bilden *kommunale* Wahlergebnisse in einzelnen Hochburgen (siehe NPD und BZH weiter unten).

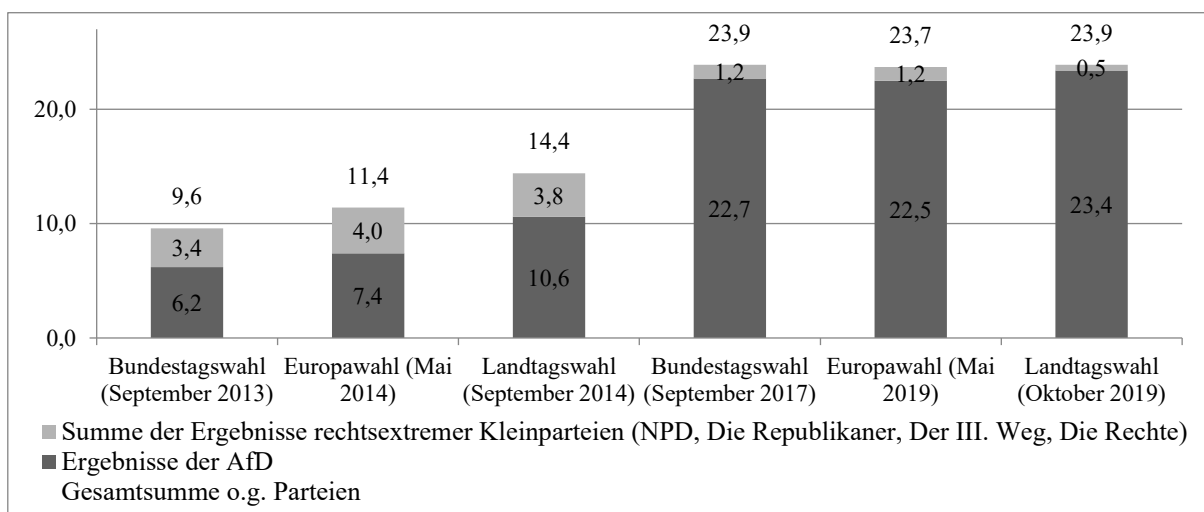


Abb. 4: Zeit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent)

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

## Die NPD in Thüringen

Der Landesverband der NPD ist mittlerweile die am längsten aktive rechtsextreme Partei in Thüringen. Allerdings ist der Landesverband in den letzten Jahren strukturell und personell auf wenige Regionen in Nord- und Südwestthüringen und einzelne Inseln im Landkreis Sömmerda, im Weimarer Land und Gera zusammengeschrumpft (vgl. insb. Best et al. 2018). Die wichtigste NPD-Hochburg ist die Region rund um die kreisfreie Stadt Eisenach (vgl. Thüringer Landtag 2018g; Thüringer Landtag 2020). Dort befindet sich neben der Parteizentrale, dem sog. „Flieder Volkshaus“, in der regelmäßig Partei- und Szeneaktivitäten stattfinden, ein weiteres NPD-nahes Szeneobjekt. Zudem erhält die NPD auf Kreisebene in Thüringen seit 2013 ihre höchsten Wahlergebnisse stets in Eisenach (vgl. Tab. 4).

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.die-republikaner.net/landesverbände/thüringen/> (aktuell [Juli 2020] mit einer Adresse in Düsseldorf). Das Facebook-Profil des Landesverbandes (<https://www.facebook.com/republikanerth/>) hat seit 2019 nur in 2 Beiträgen einen Bezug zu Thüringen gehabt. Der Rest ist Werbung für die Bundespartei.

Die NPD ist heute landesweit machtpolitisch bedeutungslos und elektoral zur Kleinstpartei geschrumpft (vgl. Tab. 3). Aufgrund der deutschlandweit zuletzt geringen Wahlergebnisse wird die NPD vorläufig aus der staatlichen Parteienfinanzierung, um die es der Partei „vorrangig ging“<sup>3</sup>, für das Jahr 2019 ff. herausfallen. Nach Eigenangaben soll die NPD zur Landtagswahl 2019 ca. 260 Mitglieder gehabt haben (vgl. Oppelland 2019; MDR 2019a). In Wirklichkeit dürften die Zahlen deutlich darunter gelegen haben (vgl. Best et al. 2018: 75 f.; AfV 2019b: 18) für 2019 ist von deutlich unter 170 auszugehen (vgl. Thüringer Landtag 2020e).

Obleich die NPD in Thüringen strukturell, personell, elektoral und finanziell zusammengeschrumpft ist und landesweit macht- bzw. parteipolitisch durchgängig randständig, isoliert und bedeutungslos war, darf dadurch kein falscher Eindruck entstehen: Die NPD galt bereits mehrfach in ihrer Parteigeschichte als totgesagt und versteht sich als eine „Kampfgemeinschaft“ und „Weltanschauungspartei“ (Brandstetter 2017: 39; vgl. Missy 2013; Brandstetter 2012). Zudem darf die strukturelle Bedeutung des Landesverbandes für die rechtsextreme Bewegung nicht unterschätzt werden: Die Thüringer NPD und deren Akteure tragen mit ihren Aktivitäten, Veranstaltungen und Kampagnen, Strategien, Geschäftsmodellen bzw. Vertriebsstrukturen und der bereitgestellten Infrastruktur wesentlich dazu bei, dass weiterhin verschiedene Angebotsstrukturen für die rechtsextreme Bewegung in und außerhalb Thüringens verfügbar sind (vgl. Best et al. 2017: 64 ff., 79f.; 2018 passim; 2019: 8-15, 26 ff.).

Tab. 3: Landesweite Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Thüringen (in Prozent)

Wahlen zum Kreistag und den kreisfreien Stadträten*		Landtagswahl (Zweitstimmen)		Bundestagswahl (Zweitstimmen)		Europawahl	
2014	2019	2014	2019	2013	2017	2015	2019
3,1	0,8	3,6	0,5	3,2	1,2	3,4	1,0

\* Die NPD trat 2014 in 17 und 2019 in 10 Landkreisen und kreisfreien Städten an.

Tab. 4: Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Eisenach (in Prozent)

Stadtratswahl des kreisfreien Eisenach		Landtagswahl (Zweitstimmen)		Bundestagswahl (Zweitstimmen)		Europawahl	
2014	2019	2014	2019	2013	2017	2015	2019
7,4	10,2	6,4	3,1	4,8	4,1	5,5	4,6

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen

### Das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH)

Das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) ist eine regionale, rechtsextreme Wählervereinigung im Landkreis Hildburghausen, die 2009 von ehemaligen NPD-Mitgliedern gegründet wurde. Die Wählervereinigung wird seit ihrer Gründung vom NPD-sozialisierten<sup>4</sup> bzw. NPD-nahen Neonazi und rechtsextremen Bewegungsunternehmer Tommy Frenck geführt (vgl. AfV 2019b: insb. 30-35; 2018: 24 ff.; Kreter 2019a; 2020). Obgleich das BZH programmatisch gemäßiger als die NPD oder „Der III. Weg“ in Thüringen auftritt (vgl. Best et al. 2019: 18 ff.), überwiegen auf der Facebook-Präsenz des BZH in täglich geteilten Nachrichtenmeldungen geflüchteten- und islamfeindliche Positionen.

Das BZH verfügt im Landkreis über ein hohes Mobilisierungspotential und einen gestiegenen elektoralen Rückhalt (vgl. Tab. 5). Seit der Kommunalwahl 2019, bei der das BZH 55 Kandidat\*innen in

<sup>3</sup> <https://www.facebook.com/wieschkepatrick/posts/1272861806220095> (Abruf: 29. Oktober 2019).

<sup>4</sup> Frenck wurde als Jugendlicher vom damaligen NPD-Landesvorsitzenden Frank Schwerdt „entdeckt“ (Ruf/Sundermeyer 2009: 25) und gezielt aufgebaut (vgl. ebd.: 24 ff.).

15 kommunalen Gremien des Landkreises Hildburghausen aufstellte (2014: 23 Kandidat\*innen), verfügt die Wählervereinigung über 16 kommunale Mandate (2014: 2).<sup>5</sup> Als regionale Wählervereinigung ist das BZH landesweit machtpolitisch bedeutungslos; allerdings spiegelt die Entwicklung des BZH eine bedenkliche *Normalisierung* des Rechtsextremismus im Landkreis wider (vgl. Quent/Richter/Salheiser 2019: 12-13, 32-33), die vor dem Hintergrund der rechtsextremen „Strategie der Regionalisierung“ (Miliopoulos 2020) und der *Raumgewinne* von Frencck nicht unterschätzt werden darf: Frencck ist kommunal verankert, thüringen- und deutschlandweit in der rechtsextremen Bewegung vernetzt, be- und anerkannt und er bietet durch seinen wirtschaftlich-elektoralen Erfolg eine Motivation und Vorlage für andere rechtsextreme Akteure und regionale Graswurzelarbeit. Wichtigster Erfolgsfaktor ist Frenccks Gasthaus „**Goldener Löwe**“ in Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen): Seit dessen Erwerb 2014 konnte Frencck damit eine eigene rechtsextreme Erlebniswelt-orientierte Angebots-, Vertriebs- und Infrastruktur bereitstellen, die über den Landkreis und Thüringen hinaus Rechtsextreme mobilisiert (vgl. Best et al. 2017-2019 passim) und die Frencck beständig weiter auszubauen versucht (seit Mitte 2017 mit der Konzertwiese im benachbarten Themar; seither wurden von ihm mehrere Versuche unternommen, andere Objekte im Landkreis und darüber hinaus zu erwerben; vgl. außerdem „**Junge Revolution**“). Die Entwicklung und Wahlerfolge bzw. die rechtsextremen Geländegewinne des BZH sind ein Resultat von Frenccks intensivierter und für ihn gewinnbringender Graswurzelarbeit.

Tab. 5: Landkreisweite Wahlergebnisse des BZH und von Tommy Frencck seit 2014

Wahlebene	Jahr	BZH	Tommy Frencck
Kreistagswahl	2014	3,4 %	1670 Vorzugsstimmen (14. meiste)
	2019	8,6 %	6079 Vorzugsstimmen (zweitmeisten)
Landratswahl	2018	-	16,6 %

Eigene Darstellung. Quelle: Landeswahlleiter Thüringen.

### „Der III. Weg“

Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ ist seit Mai 2015 in Thüringen in wenigen Regionen (hauptsächlich in Mittel- und Ostthüringen, vereinzelt in Nord- und Südwestthüringen) organisiert und hat bis heute keinen Landesverband in Thüringen gegründet, sondern ist im Freistaat weiterhin in zwei sogenannten Stützpunkten („Thüringer Wald/Ost“ und „Ostthüringen“) organisiert (vgl. Best et al. 2018: 110 ff.; 2019: 18 ff.). Die Partei weist deutliche Bezüge zum historischen Nationalsozialismus auf und versteht sich als „nationalrevolutionäre Bewegung“, die mittels des „Werkzeugs Partei“ eine „Kampfgemeinschaft“ aufbauen will.<sup>6</sup> Insgesamt ist „Der III. Weg“ klar verfassungs- und demokratiefeindlich ausgerichtet (vgl. ebd.; AfV 2017-2019 passim; BfV 2016-2020a passim; MOBIT e.V. 2019c).

Seit dem Beitritt eines nicht genau bezifferbaren Teils des damaligen Thüringer Landesverbandes der Partei „Die Rechte“ im Sommer 2018 rund um das Neonazi-Duo *Enrico Biczysko* (langjähriger rechtsextremer Bewegungsunternehmer aus der Erfurter Hooligan-Szene, vgl. Quent/Schulz 2015: 240 ff.) und *Michel Fischer* (vormals Führungsfigur verschiedener neonazistischer Gruppierungen in Weimar und Umgebung) ist Erfurt und dort insbesondere der südöstliche Stadtteil Herrenberg bisher die Hochburg von „Der III. Weg“ in Thüringen gewesen (vgl. Thüringer Landtag 2020e; Best et al. 2019; 2018; MOBIT 2019a; 2019c). Zur Kommunalwahl 2019 trat die Partei nur in Erfurt an und

<sup>5</sup> Zum Vergleich: Die AfD stellte zur Kommunalwahl 2019 im Landkreis Hildburghausen 12 Kandidat\*innen auf (nur für den Kreistag und Stadtrat Hildburghausen) und erhielt insgesamt 10 Mandate.

<sup>6</sup> <https://der-dritte-weg.info/2018/08/iii-weg-parteevorstellung-in-erfurt-durchgefuehrt/> und <https://der-dritte-weg.info/2019/06/wahlkampfauwertung-in-erfurt/> (Abruf: 17. Juli 2020).

erhielt durch zwei Nachrücker (zuletzt im April 2020)<sup>7</sup> je ein Mandat in drei Ortsteilräten. Bei der Wahl für das Amt des Ortsteilbürgermeisters 2019 im Stadtteil Herrenberg, in dem die organisierte Neonazi-Szene rund um Biczysko mit ihrer „**Volksgemeinschaft**“ seit 2015 ihre rechtsextreme Graswurzelarbeit intensiviert hat (vgl. Best et al 2017; 2018; MOBIT e.V. 2019a), errang die Kandidatin von „Der III. Weg“ (als einzige Gegenkandidatin zum amtierenden Ortsteilbürgermeister) mit 37,3 % einen bedenklichen Teilerfolg. Davon abgesehen ist die Partei in Thüringen politisch bedeutungslos und hat im Vergleich zu den anderen rechtsextremen Kleinparteien in Thüringen den niedrigsten elektoralen Rückhalt. Über Erfurt hinaus ist die Partei selten aktiv (dann v.a. mit Flugblattverteilungen und Infoständen).

Derzeit ist fraglich, ob bzw. wie lange die Parteistrukturen in Erfurt noch Bestand haben, denn die Kader um Biczysko sollen seit etwa Juni 2020 nicht mehr in der Partei sein (vgl. (MDR 2020b); Radio F.R.E.I. 2020b). Davon unabhängig darf die rechtsextreme Graswurzelarbeit rund um Biczysko und Fischer in Erfurt weiterhin nicht unterschätzt werden, weil diese auch ohne Parteistrukturen in einschüchternd-bedrohlicher und gewalttätiger Weise fortbestehen wird und längst intensiv auf die Jugendrekrutierung und auf rechtsextremes Kampfsporttraining ausgerichtet ist (vgl. Neigelt 2018; Wolf 2019; MDR 2020b; 2020c).

### Sonstige Kleinparteien in Thüringen mit Bezügen zum Rechtsextremismus

Die dem *Reichsbürgermilieu* zuzuordnende Wählervereinigung „**Die Parteifreien Wähler**“ (DPFW) existiert formal noch und hat weiterhin eine Landesvertretung in Thüringen,<sup>8</sup> dessen Vorsitzender *Frank Geißler* zwischenzeitlich zum mittlerweile inaktiven Thügida-Netzwerk gehörte (vgl. MOBIT Chroniken 2016-2017 passim - MOBIT e.V. 2020a) und sich immer wieder an rechtsextremen Veranstaltungen außerhalb Thüringens beteiligt (vgl. *haskala* 2017)<sup>9</sup>. Zur Landtags- und Europawahl 2014 wurde die Partei nicht zugelassen (vgl. Bundeswahlleiter 2014: 4 f.; König 2018: 411). Weil darüber hinaus nur noch vereinzelte Aktivitäten von der Wählervereinigung in Thüringen ausgingen, zuletzt 2017 (vgl. *Hagen* 2017), ist sie in Thüringen als faktisch inaktiv und bedeutungslos einzustufen.

Der Versuch von zwei ehemaligen NPD-Kandidaten (*Klaus Städler*<sup>10</sup>, *Timo Pradel*), im Landkreis Gotha zur Kreistagswahl 2019 als Wählergruppe „Unabhängige Bürger für Landkreis Gotha“ anzutreten, scheiterte aufgrund zu weniger Unterstützerunterschriften.<sup>11</sup> Zuvor versuchte Pradel, über den damaligen AfD-Ortsverband Friedrichroda-Bad Tabarz zu einer Stadtratswahl anzutreten, was zu dessen Auflösung führte (vgl. *Fischer* 2019; *Klaus* 2019). Im Februar 2020 gründete Pradel u.a. mit einem ehemaligen AfD-Mitglied des aufgelösten Ortsverbandes die „Thüringer Heimatpartei“ (THP). Aktivitätsschwerpunkt ist Friedrichroda (Landkreis Gotha). Die Partei versteht sich als „freiheitlich-patriotisches Korrektiv zum Blockparteienkartell UND zur AfD!“ Das Parteiprogramm und die Außendarstellung sind u.a. fremden- und islamfeindlich geprägt. Eine Teilnahme an der nächsten Landtagswahl 2021 ist geplant.

---

<sup>7</sup> Vgl. <https://der-dritte-weg.info/2020/04/der-iii-weg-aktivistin-gabriele-wanjukowa-rueckt-zum-ortsteilrat-in-erfurt-wiesenhuegel-nach/> (Abruf: 17. Juli 2020).

<sup>8</sup> <http://dpfw.eu/lv-thueringen/> (Abruf: 10. Juli 2020).

<sup>9</sup> Vgl. außerdem: <https://twitter.com/FriedensWatch/status/1061229829322915840> (Abruf: 10. Juli 2020).

<sup>10</sup> Nachtrag vom 16.08.2021: *Klaus Städler*, der Mitglied der Deutschen Sozialen Union (DSU) war, hat sich 2009 im Wahlkreis 15 (Gotha II) als Direktkandidat der NPD um ein Landtagsmandat beworben. In der ursprünglichen Textfassung der vorliegenden Analyse wurde Herr Städler missverständlich als ehemaliger „NPD-Kader“ klassifiziert. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

<sup>11</sup> Nachtrag vom 16.08.2021: Die politischen Aktivitäten der „Unabhängigen Bürger“ lassen nicht darauf schließen, dass es sich bei ihnen um eine rechtsextremistische Gruppierung handelt. In diesem Abschnitt werden jedoch auch Parteien und Wählergruppen behandelt, deren führende Akteure in der Vergangenheit eindeutige Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene hatten.

### 3.1.2 Vereinsförmig organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen in Thüringen

Neben parteiförmigen Organisationen gehören vereinsförmige Organisationen zu den formellen rechtsextremen Angebotsstrukturen. Diese können von Rechtsextremen direkt gegründet oder übernommen worden sein oder Rechtsextreme können versuchen, Vereinsstrukturen zu unterwandern, sodass eine Grauzone entsteht. Von den vereinsförmigen rechtsextremen Organisationen gehen je nach Aktivität, Handlungsfeld, Bedeutung, Größe bzw. Organisations- und Vernetzungsgrad in unterschiedlicher Weise und Intensität Gefährdungen aus (vgl. Quent/Schulz 2015). Mit der Gründung von Vereinen bietet sich rechtsextremen Akteuren die Gelegenheit, sich in der Zivilgesellschaft zu verankern, um dadurch aus der gesellschaftspolitischen Isolation herauszutreten und den gesellschaftlichen Resonanzraum für rechtsextremes Denken zu vergrößern (vgl. ebd.: 21 ff.; Kulturbüro Sachsen 2019: 7 ff.; Schroeder et al. 2020: 5-10, 118-123 ff.).

#### Rechtsextreme Vereine in Thüringen

Analytisch zu unterscheiden sind in Thüringen ansässige rechtsextreme Vereine, die von rechtsextremen Akteuren in Thüringen gegründet, unterwandert und/oder betrieben werden, von rechtsextremen Vereinen, die in Thüringen Aktivitäten entfalten, aber dort nicht ansässig sind (z.B. Veranstaltungen der „*Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung*“ im Hotel Hufhaus in Ilfeld, Landkreis Nordhausen, oder die Jahreskongresse der „*Gesellschaft für freie Publizistik*“ im „Veranstaltungszentrum Erfurter Kreuz“ in Kirchheim, Ilm-Kreis). Aufgrund der Vielzahl an in Frage kommenden rechtsextremen Vereinen, die seit der letzten Gefährdungsanalyse in Thüringen aktiv waren (unabhängig davon, ob sie mittlerweile inaktiv sind), wird im Folgenden lediglich ein grober Überblick über Vereinsstrukturen gegeben, die unter die erstgenannte Kategorie fallen (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: In Thüringen ansässige rechtsextreme Vereine seit 2015

Vereinsname	Kurze Zu- und Einordnung
„Barbaria Sportgemeinschaft“	Sportverein der rechtsextremen Kampfsportgruppe der „Barbaria Schmölln“ (Altenburger Land)
„Demokratieförderverein Thüringer Identitärer“	Trägerverein der „Identitären Bewegung Thüringen“; trat nach 2019 in Thüringen öffentlich nicht mehr in Erscheinung
„Deutscher Zivilschutz“	Trägerverein des neurechten „Bürgerforums Altenburger Land“; Organisator verschiedener, zumeist unpolitischer Veranstaltungen
„Flieder Volkshaus“	Trägerverein der NPD-Parteizentrale in Eisenach
„Gedächtnisstätte“	Geschichtsrevisionistischer, bundesweit vernetzter Verein mit hoch frequentiertem Veranstaltungsgelände in Guthmannshausen (Sömmerda)
„Lebenskurve“	Teil des neurechten „Bürgerforums Altenburger Land“
„Neue Stärke Erfurt“ (vormals „Volksgemeinschaft Erfurt“)	Verein der Erfurter Neonazi-Szene um <i>Enrico Biczysko</i> und <i>Michel Fischer</i> , von der eine intensive rechtsextreme Graswurzelarbeit in Erfurt ausgeht (siehe „Der III. Weg“)
„Schlesische Jugend-Bundesgruppe“, „Schlesische Jugend-Landesgruppe Thüringen“	Vereine der völkischen, gebietsrevisionistischen und revanchistischen „Schlesischen Jugend“ mit Sitz in Marlishausen (OT Arnstadt, Ilm-Kreis)
„Stahlsau“	Tarnverein für paramilitärische Aktivitäten von <i>Axel Schlimper</i> ; mittlerweile inaktiv
„THÜGIDA & Wir lieben Sachsen“	Verein des gleichnamigen Netzwerkes u.a. rund um <i>David Köckert</i> ; trat nach 2019 in Thüringen öffentlich nicht mehr in Erscheinung

Eigene Darstellung. Quellen: Best et al. 2017-2019; KomRex-Recherchen 2017-2020; AfV 2016-2019 passim; Budler 2018a; 2018b; Thüringer Landtag 2018b; 2019f; 2019i; Kovahl 2019; MOBIT e.V. 2019b; Mudra 2018;



### Rechtsextreme Burschenschaften in Thüringen

Die vormals NPD-nahe (via *André Kapke* und *Ralf Wohlleben*), mittlerweile „Der III. Weg“-nahe rechtsextreme Burschenschaft „Normannia zu Jena“ hat ihren Schwerpunkt in den 2010er Jahren nach Kahla (Saale-Holzland-Kreis) in das Umfeld der rechtsextremen Immobilie „**Burg 19**“ verlagert, trat allerdings als Burschenschaft öffentlich immer weniger wahrnehmbar in Erscheinung und soll im Februar 2019 „in Vertagung“ gegangen sein (Verbindungsleben vorläufig eingestellt, aber nicht aufgelöst) (vgl. Thüringer Landtag 2018e; 2018e; 2020f; 2020j; Haak 2019). Allerdings sind die Mitglieder der Burschenschaft weiterhin politisch aktiv (vgl. ebd.; Thüringer Landtag 2020g). Mitglieder der „Normannia“ nahmen in den letzten Jahren an verschiedenen rechtsextremen und AfD-Demonstrationen in Thüringen teil und führten gemeinsame Veranstaltungen mit der „**Identitären Bewegung Thüringen**“, darunter eine mit *Martin Sellner* (IB Österreich) als Redner, durch (vgl. ebd.; Thüringer Landtag 2016b; 2018f; 2019d)<sup>12</sup>. Bei einem gewalttätigen, rassistisch motivierten Übergriff auf geflüchtete Jugendliche und deren Unterkunft in Kahla (April 2018) waren Burschenschafter der „Normannia“ tatbeteiligt (vgl. ezra 2018; Thüringer Landtag 2018c; Langer 2018; Thüringer Landtag 2018a).

Rechtsextreme Bezüge weist auch die 2008 gegründete „**Alte Burschenschaft Burgkeller Jena in der DB**“ auf. Die Burschenschaft ist Mitglied der „**Deutschen Burschenschaft**“ (DB). Die DB ist ein Dachverband und hält seinen „Burschentag“ jährlich in Eisenach, dem Gründungsort der DB, ab. Seit dem Bruch und nachfolgenden Ausritten gemäßigter Verbände infolge eines innerverbandlichen Streites um die Aufnahmekriterien Anfang der 2010er Jahre (kritisiert als „Arierparagraf“) verblieb in der DB „im Wesentlichen der rechtsextreme Rand des Burschenschaftswesens“ (Weidinger 2017: 122), sodass die DB spätestens seitdem als extrem rechts eingeordnet wird (Kurth 2014: vgl.; Kurth/Weidinger 2017).

### 3.2 Informell organisierte rechtsextreme Gruppen

Das Spektrum des informell organisierten Rechtsextremismus umfasst ein heterogenes Feld von stärker bewegungsförmig ausgerichteten Organisationsformen (z.B. Kameradschaften, „Freie Netze“; lokale bis überregionale Initiativen und Netzwerke; virtuelle Handlungsstrukturen bzw. Kampagnen, Bürgerwehren). Diese sind gekennzeichnet durch fluidere, losere Strukturen mit geringerer Zugangshürde und Hierarchie, geringer bis fehlender Formalität sowie durch eine höhere personelle Fluktuation (vgl. Quent/Schulz 2015: 25 f.; Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 29, 35 f.). Die informellen Angebotsstrukturen bilden unter den rechtsextremen Angebotsstrukturen den größten Anteil. Von den in der letzten Gefährdungsanalyse benannten informell organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen (vgl. Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 35 ff.) treten aktuell (Stand: Juli 2020) noch zwei öffentlich in Erscheinung: täglich und virtuell die Nachfolgeorganisation der „**Patriotischen Bürgerbewegung für Arnstadt**“ (seit Mitte 2018 als „**Für Arnstadt**“<sup>13</sup> mit mittlerweile überwiegend unverdächtigen virtuellen Aktivitäten, die allerdings vereinzelt unterschwellig

<sup>12</sup> Vgl. außerdem: <https://www.facebook.com/1492126171014950/posts/1733343073559924/> (Abruf: 27. Juli 2020).

<sup>13</sup> Die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Raymond Walk (Thüringer Landtag 2019j) enthält diesbezüglich einen Fehler: die Facebook-Gruppe „Stadtwache Arnstadt“ existiert noch. Sie hat lediglich die Vanity-URL irgendwann vor August 2018 zu „fuerArnstadt“ geändert und irgendwann danach auch den Info-Text angepasst (im August 2018 noch: „Die Stadtwache Arnstadt möchte [...]“; aktuell: „Arnstadt möchte [...]“). Vgl. <https://www.facebook.com/fuerArnstadt/photos/a.1500198343554716/1660599124181303> (Abruf: 30. Juli 2020).

islam- und asylfeindliche Vorurteile bedienen und solche Konnotationen v.a. in den Kommentarbereichen enthalten) und regelmäßig das rechtsextreme „**Bündnis Zukunft Landkreis Gotha**“. Die anderen in der letzten Gefährdungsanalyse aufgeführten Angebotsstrukturen traten in dieser Form länger nicht mehr öffentlich in Erscheinung, weil sie faktisch inaktiv wurden und/oder sich umstrukturiert haben (z.B. „**Volksbewegung Nordthüringen**“) oder sich nach polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen formal auflösten.

Es würde den Rahmen dieser Analyse sprengen, an dieser Stelle alle informell organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen aufzuzählen, die seit der letzten Gefährdungsanalyse in Thüringen in Erscheinung traten. Beispielhaft sei hier lediglich auf die islamfeindliche Initiative „**Erfurt zeigt Gesicht**“ hingewiesen, die Verbindungen zu rechtsextremen Akteuren auch außerhalb Thüringens aufweist (MDR 2019b).

### **Bürgerwehren (Rechtsextreme Bürgerwehren in Thüringen seit bzw. nach 2015)**

Während und infolge der sogenannten Flüchtlingskrise gründeten rechtsextreme Akteure u.a. in Thüringen eine Reihe von Bürgerwehren bzw. bürgerwehr-ähnlichen Angebots- und Handlungsstrukturen oder beteiligten sich an diesen (vgl. Tab. 7). Daneben führten 2019 Mitglieder der NPD im Rahmen ihrer sog. „Schafft Schutzzonen“ (SS)-Parteikampagne vereinzelt „Bürgerstreifen“ in Sondershausen (Kyffhäuserkreis) und (damalige) Mitglieder von „Der III. Weg“ vereinzelt „nationale Streifen“ in Erfurt durch. Die in Thüringen identifizierten Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen (vgl. Tab. 7) entfalten bis heute hauptsächlich virtuelle Aktivitäten und nur kurzzeitig und punktuell Aktivitäten im öffentlichen Sozialraum.

Rechtsextreme Bürgerwehren unterstellen dem Staat, den politisch Verantwortlichen und Sicherheitsbehörden vielfach Untätigkeit bis hin zur Duldung von kriminellen Handlungen, die von Migrant\*innen begangen werden. Zudem bedienen und schüren rechtsextreme Bürgerwehren fremden- und asylfeindliche Vorurteile, indem sie diese Personengruppen pauschal als Einbrecher\*innen, Diebe, Kriminelle verdächtigen (Thüringer Landtag 2017b; Bündnis gegen Rechts - Werratal 2017). Aufgrund der vorwiegend virtuellen Aktivitäten von rechtsextremen Bürgerwehren in Thüringen ist die Instrumentalisierung des Sicherheitsempfindens durch solche Gruppen als besonders problematisch zu bewerten. Eine Überdramatisierung und Verzerrung der tatsächlichen Lage der inneren Sicherheit in Verbindung mit einer einseitigen, hetzerischen Fokussierung auf Ausländerkriminalität, wie sie auch von der **AfD** systematisch getätigt wird (vgl. Hestermann/Hoven 2019), kann dem Aufbau von Angst und Vorurteilen gegenüber bestimmten Gruppen Vorschub leisten und im Extremfall gar zur Selbstjustiz motivieren.

Tab. 7: Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen

Name	Kurze Zu- und Einordnung (Stand: Juli 2020)
„Bürgerforum Meuselwitz“ (Altenburger Land)	Um 2015 von <i>Daniel Peschek</i> (vorbestrafter, früherer NPD-naher Kameradschaftsführer der Zwickauer Neonazi-Szene) gegründete private Facebook-Gruppe (aktuell über 1500 Mitglieder); überreichte 2016 bei einer Einwohnerversammlung zum Thema Asyl einen Fragenkatalog und schlug der Stadtverwaltung 2020 ein Sicherheitskonzept mit polizeiähnlichen Befugnissen vor; davon abgesehen überwiegend und weiterhin virtuell aktiv
„Bürgerwehr Arnstadt“ (Ilm-Kreis)	Vorläufer u.a. von „Patriotische Bürger für Arnstadt“; in anderer Form weiterhin aktiv
„Bürgerwehr Piesau-Lichte“ (OT Neuhaus am Rennweg, Landkreis Sonneberg)	2016 gegründete rechtsextreme Facebook-Gruppe (unter dem Motto „Wir rufen nicht die Polizei! Um unerwünschte Besucher kümmern wir uns höchstpersönlich“; aktuell ca. 60 Abonent*innen) mit starken Bezügen zur Reichsbürgerideologie; weiterhin nur virtuell aktiv

„Bürgerwehr Unterstuh, Gerstungen und Umgebung“ (Landkreis Wartburgkreis)	2015 von <i>Andreas Niebling</i> (ehemaliger NPD-Funktionär) gegründete, private, rechtsextreme Facebook-Gruppe; erreichte in kurzer Zeit über 2000 Mitglieder (aktuell über 2800); überregionales Sammelbecken für rechtsextremes und rechtsaffines Spektrum; 2015 mit Streifzügen aufgefallen; <i>Niebling</i> war u.a. 2015 auf lokalen NPD-Demos und 2017 als „Saalschutz“ (Bündnis gegen Rechts - Werratal 2017) einer AfD-Veranstaltung aufgefallen; die „Bürgerwehr“ ist weiterhin virtuell aktiv
„Bürgerwehr Thüringen“	Private Facebook-Gruppe; überregionales Sammelbecken für Akteure und Personen aus dem rechtsextremen und AfD-Spektrum; war 2019 virtuell noch aktiv
„Ellricher [Bürger] für Sicherheit und Ordnung“ (Landkreis Nordhausen)	2015 von einem lokalen Kaufmann als Interessensgemeinschaft gegründete Bürgerinitiative (ohne Vereinsstatus); hatte Verbindungen zur damaligen lokalen und regionalen Neonazi-Szene (u.a. „Volksbewegung Nordthüringen“); nach 2017 keine Aktivitäten mehr bekannt
„Sicherheit für Eisenach“ (ursprünglich „Schutz für Eisenach“)	2017 gegründete private Facebook-Gruppe (aktuell über 2400 Mitglieder), an der sich u.a. regionale NPD-Mitglieder beteiligen; weiterhin virtuell aktiv
„Soldiers of Odin Germany“	Rechtsextreme, bundesweit agierende Gruppierung; soll eine „Division“ in Thüringen haben; keine öffentlichen Aktivitäten bekannt oder erkennbar
„Wachsamer Bürger Bad Blankenburg“ (Saalfeld-Rudolstadt)	Ende 2016 einmalig in Erscheinung getreten (Flugblattverteilung mit u.a. islamfeindlichen Inhalten)

Eigene Darstellung. Quellen: Best et al. 2017-2019; KomRex-Recherchen 2017-2020 Thüringer Landtag 2015; 2017a, 2017b, 2018d, 2018h, 2019c, 2019j; Bündnis gegen Rechts - Werratal 2017; Rosenkranz 2020; Speit 2020; Stadtverwaltung Meuselwitz 2016; 2020a; 2020b; thuringenrechtsaussen 2017.

### 3.3 Rechtsextreme Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld

„Rechtsextremismus“, verstanden „als innovationsfähige soziale Bewegung“ (Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 23), beschränkt sich nicht allein auf formell und informell organisierte Angebotsstrukturen (vgl. Langebach 2016: 401 ff., Schedler 2016a: 287 f.). Um z.B. Nachwuchs zu rekrutieren oder die Anhängerschaft über die eigenen genuinen Wirkungsgrenzen hinweg zu vergrößern, bewegen sich rechtsextreme Akteure in verschiedenen jugend- und subkulturellen Feldern (z.B. Rockermilieu, Hooliganszene, Reichsbürgermilieu, Kampfsport). Diese Akteure können dabei gezielt Angebote für eben diese sozialen Gruppen organisieren oder diese durch Angebotserweiterung in vorhandene rechtsextreme Angebotsstrukturen einbinden (z.B. Kampfsport auf Rechtsrock-Events) (vgl. Quent/Schulz 2015: 26 f.; Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 42). Dadurch können sich eigene rechtsextreme Angebotsstrukturen innerhalb von Jugend- und Subkulturen herausbilden (z.B. „Kampf der Nibelungen“), die sich entweder selbst „dem“ Rechtsextremismus zuordnen oder die analytisch aufgrund verschiedener Überschneidungen (personell, strukturell, inhaltlich-ideologisch) „dem“ Rechtsextremismus zuzurechnen sind.

#### Rechtsextreme Akteure und Angebotsstrukturen im subkulturellen Bereich



Subkulturen sind heterogen und zeichnen sich durch eine hohe Fluktuation aus, können aber gleichfalls Angebotsstrukturen ausbilden (vgl. Stöss 2010: 159). Skinheads waren lange Zeit die dominierende Subkultur innerhalb des Rechtsextremismus, verloren aber an Bedeutung (vgl. Stöss 2010: 160 ff.; Langebach 2016: 407 ff.; Schedler 2016b; Pfahl-Traughber 2019b: 197 ff.). Weitere Subkulturen, die häufiger rechtsextreme Bezüge aufweisen können, sind die Hooligan- und Kampfsportszene sowie das Rocker- und Reichsbürgermilieu. Darüber hinaus können weitere Subkulturen inhaltlich-ideologische Anschlüsse und Einfallstore an „den“ Rechtsextremismus bieten, wie z.B. bei der rechtsextremen **Anastasia-Bewegung** (vgl. Best et al. 2019: 28 f.; Hellwig 2020), im Neopaganismus bzw. Neuheidentum oder bei „Reenactment“-Veranstaltungen mit germanischen oder Wikinger-Bezügen (vgl. Banghard 2016; Ickerodt 2017; Oehrl/Pesch 2017; Bonvalot 2018).

### **Rechtsextremes Rockermilieu in Thüringen**

Gruppen aus dem Rockermilieu zeichnen sich durch langjährige, streng hierarchische, auf Disziplin und Loyalität aufbauende, in sich geschlossene Strukturen und selbst geschaffene Regeln und Satzungen aus. Mitglieder sind fest integriert, identifizieren sich nach innen und außen (z.B. über das Tragen gleicher Kleidung, Patches bzw. Abzeichen) und durchlaufen einen langjährigen Prozess (vgl. Schmid 2012). Nach eben diesem Prinzip treten seit 2014 das neonazistische Rechtsrock-Netzwerk **„Bruderschaft H8 Thüringen“** (alternativ ohne „H8“; doppeldeutiges Szenewortspiel für „Hate“, dt. Hass, und „88“, d.h. „Heil Hitler“) bzw. die **„Turonen“** und dessen Supportergruppe **„Garde 20“** aus dem Raum Gotha auf. In der „Bruderschaft“ sind Akteure aus der Neonazi-Szene, die rund um das „Gelbe Haus“ in Ballstädt (Landkreis Gotha) und die rechtsextremen Musikbands **„Treueorden“** und **„N.A.P.O.L.A.“** („Natürliche politische Alternative“; Anspielung auf die Abkürzung der nationalsozialistischen Erziehungsanstalten) organisiert ist, aktiv. Ein zentraler Akteur der „Bruderschaft“ ist Steffen Richter. Die „Bruderschaft“ und Richter wiesen lange Zeit Merkmale einer rechtsextremen Bewegungsunternehmung auf (insbesondere durch die Organisation von mehreren Rechtsrock-Events, u.a. in Kirchheim, und mit ihrem weitläufigen, bis ins Ausland reichenden Kontaktnetzwerk, das auch die verbotene Gruppe „Combat 18“ umfasst). Allerdings ist die öffentliche Wahrnehmung der Bruderschaft spätestens seit der polizeilichen Auflösung eines Rechtsrock-Events in Apolda (Oktober 2018), mit der finanzielle Einbußen und ein Reputations- bzw. Imageverlust einhergingen, in Thüringen deutlich zurückgegangen (vgl. Best et al. 2017-2019 passim; AfV 2019b: 46 ff.; 2018: 24 ff.; BMI 2019: 64 f.; Thüringer Landtag 2016a; 2018h; 2019e; 2018i; 2019g; 2019h; 2020b; Kreter 2019a: 164 ff.).

Der „Rocker-Habitus“ (Schmid 2012: 221 f.) in Verbindung mit rechtsextremer Ideologie birgt eine erhöhte Gefahr, dass rockerähnlich organisierte Rechtsextreme stärker zur Selbstjustiz neigen und dabei „billigend in Kauf [nehmen], das Gewaltmonopol des Rechtsstaats zu unterlaufen“ (ebd.). Der Überfall auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt 2014 durch Angehörige der „Bruderschaft“, bei der diese sich laut eines damals Angeklagten „Respekt verschaffen“ (zit. nach Jansen 2017) wollten, ist vor diesem Hintergrund zu verstehen. Allerdings hat sich durch den (langjährigen und noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen) Gerichtsprozess in Ballstädt vorerst eine Art „Burgfrieden“ (Lirabelle 2017) eingestellt.

### **Rechtsextreme Hooligan- und Kampfsportszene in Thüringen**

Zwischen rechtsextremen Hooligans und Kampfsport bestehen häufig informell-fließende bis konkret-handfeste personelle und ideologische Übergänge und Überschneidungen (z.B. bezüglich der Politisierung und Ideologisierung von Sport und der Affinität zur Gewalt). Daher werden beide Phänomene zusammen abgehandelt.

„Hooligans“ sind Personen(-gruppen), die bei bestimmten Ereignissen, insbesondere im Umfeld von Fußballspielen (der Männer), öffentlich durch ein aggressives Verhalten und „Gewaltanwendung

um der Gewaltanwendung willen“ (Pfahl-Traughber 2019b: 213) auffallen. Die Schnittmengen zwischen Hooligans und Rechtsextremismus sind vielfältig. Zentral sind die Gewaltaffinität, ein chauvinistisch aufgeladenes Bild von Männlichkeit und verschiedene Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bzw. Diskriminierungs- und Abwertungsmechanismen (z.B. Sozialdarwinismus, Rassismus) (vgl. Claus 2017; Becker 2019; Pfahl-Traughber 2019b: 213 ff.; Schubert 2019). „Hooligans“ sind zwar terminologisch von „Ultras“ (fanatische Anhänger einer Mannschaft) zu unterscheiden, das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch rechtsaffine Hooligans hinter dem Label tarnen (z.B. im Fall der „**Ultras Nordhausen**“, vgl. WELT 2019). Überhaupt existieren seit der letzten Gefährdungsanalyse bzw. nach 2016 weiterhin insbesondere in **Nordhausen** (zuletzt in Form der „Volksbewegung Nordthüringen“, vgl. Best et al. 2019) und im Umfeld der Fußballmannschaft von Rot-Weiß Erfurt (KEF bzw. „**Kategorie Erfurt**“, siehe Biczysko; „**Jungsturm Erfurt**“) verschiedene mehr oder weniger formell organisierte Gruppen und Netzwerke, bei denen es zwischen der rechtsextremen und Hooligan-Szene in und außerhalb des Stadions vielfach personelle Verknüpfungen gibt, die sich nicht nur auf diese Städte und Vereine beschränken (vgl. Radio F.R.E.I. 2020a).

„Kampfsport“ erweist sich für Rechtsextreme seit jeher als ein hoch attraktives Wirkungsfeld. Neu ist lediglich der Aspekt der „Professionalisierung“, der Gewaltbereitschaft sowie der Kommerzialisierung und Vernetzung (Claus 2018): Was früher in Wehrsportübungen und beim Ackerkampf stattfand, hat sich (auch wegen des Verbotes von Ackerkämpfen) verlagert in rechtsextreme Trainingsgruppen und -gyms, europaweite Netzwerke und Szeenevents. Nichtsdestotrotz – das zeigte zuletzt die Auflösung eines Wehrsportlagers auf einer Wiese in Stützerbach (Ilm-Kreis) mit Angehörigen u.a. von der „Jungen Revolution“ – haben Wehrsportübungen noch nicht ausgedient.<sup>14</sup>

Aus dem Bereich des Kampfsportes in Thüringen sind einige Gruppen in Teilen bis gänzlich als rechtsextrem einzuordnen: „Barbaria Sportgemeinschaft Schmölln“ (Altenburger Land), das „Team Bäumler“ vom „ASC Ronneburg“ (Greiz), die NPD-nahe Gruppe „Knockout 51“ und „Wardon 21“ (Südthüringen) (vgl. MOBIT e.V. 2019b; AfV 2019: 44 ff.; MDR 2020c). Mit dem Austritt der Kader rund um Enrico Biczysko, einem früheren Mitglied von „Kategorie Erfurt“, aus „Der III. Weg“ und dem bevorstehenden Verlust der Immobilie am Herrenberg ging es mit der Sportgemeinschaft „Körper und Geist“ in Erfurt formal zu Ende. Derzeit ist unklar, wie die Neonazis ihr Kampfsporttraining in Erfurt fortführen werden.

### **Angebotsstrukturen aus dem Bereich des Reichsbürger\*innen-Phänomens in Thüringen**

„Reichsbürger\*innen“ im weiteren Sinne ist ein Sammelbegriff und eine Fremdbeschreibung für ein sehr heterogenes Phänomen und Milieu (vgl. Krüger 2017), deren Anhänger\*innen aus unterschiedlichen Gründen und Motiven die Existenz, Legitimität und Legalität der Bundesrepublik Deutschland, des Grundgesetzes, des bestehenden Rechtssystems und der bestehenden politischen Ordnung ablehnen und das verschiedenartig zum Ausdruck bringen (z.B. durch Vielschreiberei, Abgabe des Personalausweises, Praktiken der „Selbstverwaltung“ und der „Reaktivierung“ von Gemeinden). Das Phänomen ist „nicht neu“ (Pfahl-Traughber 2019b: 194), fristete aber bis zu den 2000er Jahren eher ein Schattendasein. Mit zunehmender Ausbreitung des Internets war die Reichsbürger\*innen-Ideologie zugänglicher geworden und in Verbindung mit einem hohen Sendungsbewusstsein der Reichsbürger\*innen nach außen erlebte das Phänomen in den 2010er Jahren eine enorme Verbreitung (vgl. BfV 2017-2020; Schönberger 2020b; AfV 2016-2019; Wilking 2017; Vollmer 2018; Freitag/Hüllen/Krüger 2017; Rathje 2017a; 2017b; Speit 2018).

---

<sup>14</sup> Vgl. <https://twitter.com/KatharinaKoenig/status/1285587367907254273>, <https://twitter.com/KatharinaKoenig/status/1284933226105049088> und <https://twitter.com/sannykujath/status/1284886260063051776> (Abruf: 8. August 2020).

Neben der Grundannahme, das Deutsche Reich existiere fort (vgl. Günther 2020; Schönberger 2020a) ist das Hauptnarrativ der Reichsbürger\*innen von der Annahme bestimmt, es gebe eine gegen Deutschland („die Deutschen“, „das deutsche Volk“) gerichtete Weltverschwörung und die deutsche Politik sei fremdbestimmt. Das wird unterschiedlich intensiv mit antisemitischen, fremdenfeindlichen, rassistischen und völkisch-nationalistischen Elementen konnotiert (vgl. Vollmer 2018; Freitag et al. 2017; Hüllen/Homburg 2017; Rathje 2017a; 2017b).

Thüringen gehört zu den Bundesländern, in denen, bezogen auf 100.000 Einwohner, der Anteil der Reichsbürger\*innen an der Bevölkerung am höchsten ist (vgl. Bathe et al. 2018: 64, Abb. 1 u. Abb. 5). Nach einer Auswertung der bisher (bis zum 16. August 2020) beantworteten und verfügbaren 39 Kleinen Anfragen der Landtagsabgeordneten König-Preuss seit 2018 zum Thema „Neonazi-Szene in ...“ ist für den Zeitraum seit 2017 festzuhalten: Es gibt in jedem Landkreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt Thüringens Reichsbürger\*innen, deren Anzahl sich hauptsächlich im unteren zweistelligen Bereich befindet; nur im Landkreis Hildburghausen kam es bisher zu einem Anstieg des Personenpotenzials; die meisten Reichsbürger\*innen befinden sich im Landkreis Gotha, im Altenburger Land sowie im Wartburgkreis und in Eisenach; die meisten noch bewaffneten Reichsbürger\*innen sind im Eichsfeld ansässig (vgl. König-Preuss 2020).

Tab. 8: Anzahl an Reichsbürger\*innen (inkl. Selbstverwaltern) in Thüringen

2016: ca. 550*	2017: ca. 650*	2018: ca. 1000* bis 1100	(April) 2019: über 800
----------------	----------------	--------------------------	------------------------

Eigene Darstellung. Quellen: AfV Thüringen 2016-2019\*; MDR 2019b.

\* Die Angaben in AfV Thüringen (2016-2019) beziehen sich auf den 31.12 des jeweiligen Beobachtungsjahres.

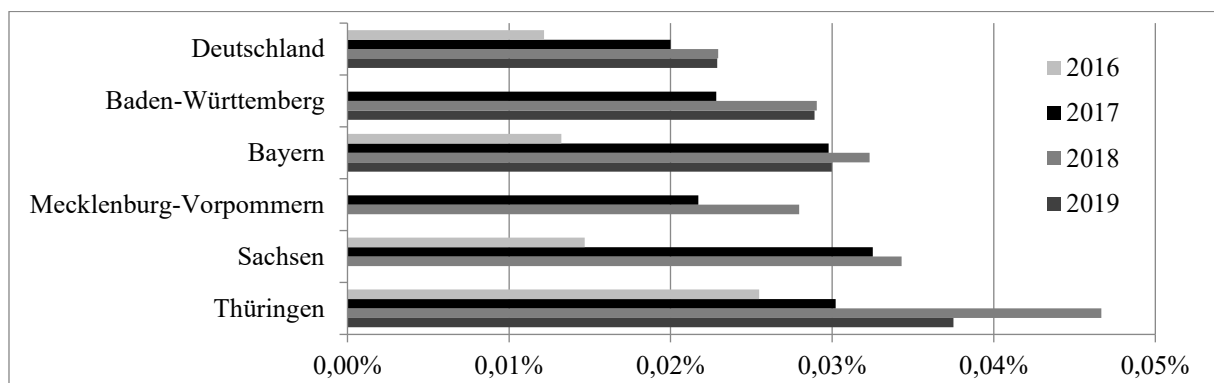


Abb. 5: Bundesländer mit der höchsten Prozentzahl an Reichsbürgern (inkl. Selbstverwaltern)

Eigene Darstellung. Quellen: Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder 2016-2020; Destatis; Statista.

### Rechtsextreme Akteure und Angebotsstrukturen im jugendkulturellen Bereich

Neben rechtsextremen Angebotsstrukturen (z.B. die „Jungen Nationalisten“ und „Schülersprecher.info“ von der NPD; „Schlesische Jugend“, „Identitäre Bewegung“ oder das neonazistische Projekt „Junge Revolution“) und Akteuren (z.B. aus dem Umfeld von Patrick Wieschke oder Enrico Biczysko), die in Thüringen gezielt versuchen, Jugendliche (erweitert auch Familien mit Kindern) anzusprechen und zu rekrutieren bzw. jugendlich geprägte Angebotsstrukturen zu etablieren oder soziale Bewegungen zu unterwandern (z.B. bei einer „Fridays for Future“-Demonstration in Erfurt, vgl. Ayyadi 2019)<sup>15</sup>, konnten drei rechtsextreme Angebotsstrukturen identifiziert werden, die sich im bzw. mit Bezug zum jugendkulturellen Feld in Thüringen herausgebildet haben: die NPD-nahe „Nationale Front Gotha“ (gegründet als „Nationale Jugend Gotha“); der NPD-nahe „Nationale Aufbau Eisenach“ und dessen Vorläuferorganisationen sowie die „Neue Hitler Jugend“ (NHJ). Letztere ist die Selbstbezeichnung einer über WhatsApp organisierten Jugendgruppe mit ca. 30 Mitgliedern,

<sup>15</sup> Vgl. [https://twitter.com/klaus\\_kurt/status/1131892837962919936](https://twitter.com/klaus_kurt/status/1131892837962919936) (Abruf: 7. August 2020).

die Mitte 2019 in Pößneck (Saale-Orla-Kreis) für Schmierereien, Bedrohungen und Übergriffe auf ausländische Jugendliche verantwortlich gewesen ist. Darüber hinaus tauchte das Kürzel „NHJ“ bei Schmierereien in Arnstadt (Ilm-Kreis) und in Kahla (Saale-Holzland-Kreis) auf. Die Gruppe soll sich infolge von polizeilichen Ermittlungsverfahren selbst aufgelöst haben, allerdings weisen Sachbeschädigungen weiterhin Bezüge zur NHJ auf (vgl. Thüringer Landtag 2019k; 2020a; 2019b). Insgesamt waren die Aktivitäten der o.g. drei Gruppen überwiegend davon geprägt, durch wahrnehmbare, einschüchternde Präsenz und/oder Straftaten in den lokalen Sozialraum einzuwirken und dadurch Geländegewinne (hier: Provokations- und Raumgewinne) zu erzielen.

### 3.4 Rechtsextreme Szene-Infrastruktur in Thüringen

Aus den vorherigen Kapiteln ging bereits vereinzelt hervor, dass der Besitz und die Nutzung von Immobilien in Thüringen für die rechtsextreme Bewegung bedeutsam ist. Das Vorhandensein einer rechtsextremen Szene-Infrastruktur (Immobilien, Treffpunkte bzw. Veranstaltungsorte) und Vertriebsstruktur (Szeneläden und Versandhandel) ist ein zentrales Kennzeichen des Rechtsextremismus in Thüringen. Bei den rechtsextremen Immobilien und Treffpunkten bzw. Veranstaltungsorten handelt es sich um Lokalitäten, die von Rechtsextremen dauerhaft bzw. regelmäßig für Aktivitäten mit Szenebezug (z.B. politische Tätigkeit, „Erlebniswelt“-bezogene Veranstaltungen, Vorträge, Treffen, Kampfsporttraining) genutzt werden, wo sie willkommen sind und Hegemonie ausüben bzw. beanspruchen. Zusätzlich zu dieser Szene-Infrastruktur zählt die vom KomRex erstellte „Topografie des Rechtsextremismus“ die rechtsextreme Vertriebsstruktur, d.h. Szeneläden und offizielle Versandhandelsadressen. Im Rahmen des Topografie-Projekts wurden bisher diejenigen Objekte dokumentiert, die diese Kriterien erfüllen und im Zeitraum seit Januar 2014 oder bis dahin „aktiv“ (d.h. in Nutzung) waren (vgl. zu den Arbeitsdefinitionen: Best et al. 2017: 46 ff.; 2018: 40 ff.; Patz/Salheiser 2019: 6).

Aus der regelmäßig aktualisierten Beobachtungsliste sind für den o.g. Zeitraum nach Quellenlage und Recherchestand in Thüringen insgesamt 53 Objekte als „rechtsextrem“ einzustufen, von denen zum Stichtag 30.07.2020 36 „aktiv“ waren.<sup>16</sup> Diese Objekte haben jeweils unterschiedliche Funktionen und Relevanz für die rechtsextreme Bewegung (z.B. als reiner Versandhandel, als Treffpunkt, als Austragungsort) und sie wirken unterschiedlich in den öffentlichen Raum ein (vgl. Best et al. 2017-2019; AfV 2019; MOBIT e.V. 2018b; Patz/Salheiser 2019). Über eigene „Stützpunkte“ für die Bewegung zu verfügen, ist Teil rechtsextremer Raumergreifungsstrategien (vgl. Eckhardt i.E.). Im Umfeld von Rechtsrock-Veranstaltungsorten (insb. in Kirchheim, Kloster Veßra und Themar), bei denen die Polizei vor Ort im Einsatz ist, gibt es regelmäßig Anzeigen gegen Veranstaltungsteilnehmende (vgl. Thüringer Landtag 2020k; 2020h). Im Umfeld von Szene-Immobilien gab es erhebliche Straf- und Gewalttaten gegenüber markierten Feindbildern (z.B. im April 2018 in Kahla gegenüber jugendlichen Geflüchteten und im August 2020 im Umfeld der „Volksgemeinschaft“ gegenüber drei Afrikanern), bei denen in einigen Fällen der Gerichtsprozess noch nicht begonnen hat (z.B. nach dem schweren Raubüberfall gegenüber Journalisten im Umfeld von *Thorsten Heises* Objekt im April 2018) oder noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist (z.B. aufgrund eines formalen Fehlers im Urteil zum Überfall auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt 2014 aus dem Umfeld des „Gelben Hauses“). Das Vorhandensein rechtsextremer Infrastruktur ist einer der Hauptgründe für die hohe Anzahl an rechtsextremen Musik-, aber auch internen Veranstaltungen in Thüringen (vgl. Best et al. 2017-2019; MOBIT e.V. 2018a: 13 ff.; 2020b). Daher gelten Immobilien als zentrale „Stützpfeiler neonazistischer Aktivitäten“ (MOBIT e.V. 2018b: 4).

---

<sup>16</sup> Bekannt ist das rechtskräftige Gerichtsurteil, demnach die „Volksgemeinschaft“-Immobilie in Erfurt bis zum 31. August 2020 geräumt werden muss.

Aus der Beobachtungsliste der Topografie sind neben den Objekten der rechtsextremen Bewegungsunternehmer in Thüringen (Gaststätte „Goldener Löwe“ und Konzertwiese in Themar, das „Lieder Volkshaus“ und die „Volksgemeinschaft“ sowie die Vertriebsstrukturen von *Thorsten Heise*, *Tommy Frenck* und *Patrick Wieschke*) außerdem die – insbesondere bezüglich des Nationalsozialismus und Holocausts geschichtsrevisionistisch agierende – „Gedächtnisstätte“ in Guthmannshausen (Landkreis Sömmerda), das Veranstaltungszentrum „Erfurter Kreuz“ in Kirchheim (Ilm-Kreis) und das abgelegene Hotel „Hufhaus“ in Illfeld (Ortsteil Harztor, Landkreis Nordhausen) hervorzuheben – jeweils aufgrund ihrer deutschlandweiten und Szeneübergreifenden, d.h. insgesamt sehr hohen Bedeutung sowie starken Frequentierung, die z.T. seit über einem Jahrzehnt anhält (vgl. Best et al. 2017-2019; ebd.; AfV 2016-2019 passim; Thüringer Landtag 2020d; 2020c; 2020m). Gleichfalls bedeutend sind das sog. „Gelbe Haus“ in Ballstädt (Ortsteil der Landgemeinde Nesselal, Landkreis Gotha), die sog. „Burg 19“ in Kahla (Saale-Holzland-Kreis) und das sog. „Ober-salzberg Sonneberg“ in der kreisfreien Stadt Sonneberg, weil sie lokalen Neonazi-Akteuren und Rechtsextremen seit Jahren als private Rückzugs- und Veranstaltungsorte bzw. Treffpunkte dienen (vgl. ebd.; Thüringer Landtag 2020b; 2020j).

Im Zusammenhang mit rechtsextremer Szene-Infrastruktur ist auf die seit Anfang 2020 öffentlich in Erscheinung getretene rechtsextreme Initiative „**Zusammenrücken in Mitteldeutschland**“<sup>17</sup> hinzuweisen. Hierbei handelt es sich um ein langfristig angelegtes, rassistisches Siedlungsprojekt, bei dem unter wiederholter (vgl. Metzger 2020) Bezugnahme auf Björn Höckes „gallische Dörfer“-Topos<sup>18</sup> aus seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ dafür geworben wird, dass sich „nationalbewusste Menschen“<sup>19</sup> aus Westdeutschland gezielt in Mitteldeutschland niederlassen („zusammenrücken“), um dort einen „weißen Ethnostaat“ aufzubauen<sup>20</sup> bzw. „völkische Landnahme“ zu betreiben (haskala 2020). Vorbilder sind Jamel (Mecklenburg-Vorpommern) sowie die Ideologie der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und völkischen Siedler. Bezüglich Thüringen ist bekannt, dass die Initiative über den rechtsextremen Liedermacher *Frank Renniecke* eine Wohnung in einem Dorf am Rennsteig „mit sich Gleichgesinnten“ und dem Thing-Kreis „um die Ecke“ – also vermutlich Haselbach – in Sonneberg anbietet.<sup>21</sup> Fraglich ist, wie nachhaltig und erfolgreich das Projekt langfristig sein wird (vgl. Freires 2020).

Absolut betrachtet lassen sich sechs Räume mit einer hohen Dichte an rechtsextremer Szene-Infrastruktur identifizieren: Die höchste Dichte lässt sich in Erfurt und Gera feststellen. Kleinere Verdichtungen gibt es um Jena und Suhl. Nebenzentren stellen Eisenach und Nordhausen dar. Allerdings muss hierbei berücksichtigt werden, dass in dieser Betrachtung nicht zwischen Orten mit hoher und niedriger Bevölkerungsdichte unterschieden wird. In Abb. 6 wird die Anzahl der Immobilien pro 100.000 Einwohner dargestellt. Hier zeigt sich, dass Gera zwar in die Klasse mit dem

<sup>17</sup> Seit August unter <https://zusammenruecken.io>, zuvor unter der Domain „.info“ (Abruf: 21. August 2020).

<sup>18</sup> In der Rubrik „Lesenswertes“ unter <https://zusammenruecken.io/lesenswertes/> (Abruf: 21. August), wird konkret folgende Passage von Höcke zitiert: „Dann haben wir immer noch die strategische Option der »gallischen Dörfer«. Wenn alle Stricke reißen, ziehen wir uns wie einst die tapfer-fröhlichen Gallier in unsere ländlichen Refugien zurück, und die neuen Römer, die in den verwahrlosten Städten residieren, können sich an den teutonischen Asterixen und Obelixen die Zähne ausbeißen! Wir Deutschen – zumindest die, die es noch sein wollen – sind dann zwar nur noch ein Volksstamm unter anderen. Die Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus wird aber so zu einer Auffangstellung und neuen Keimzelle des Volkes werden. Und eines Tages kann diese Auffangstellung eine Ausfallstellung werden, von der eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt.“

<sup>19</sup> „Zusammenrücken in Südthüringen“ unter <https://zusammenruecken.io/podcast/> (Abruf: 21. August 2020).

<sup>20</sup> <https://diekurskorrektur.wordpress.com/2020/03/05/ueber-die-initiative-zusammenruecken/> (Abruf: 21. August 2020).

<sup>21</sup> Zit. *Frank Renniecke* in „Zusammenrücken in Südthüringen“ unter <https://zusammenruecken.io/podcast/> (Abruf: 21. August 2020).



zweithöchsten Verhältnis von Immobilien zu Einwohnern eingeteilt wird, Erfurt jedoch nur im Mittelfeld rangiert. Ein anderes Bild ergibt sich für die Schwerpunkte Nordhausen, Eisenach und Hildburghausen, die die höchste Dichte an Immobilien im Verhältnis zur Einwohnerzahl aufweisen.

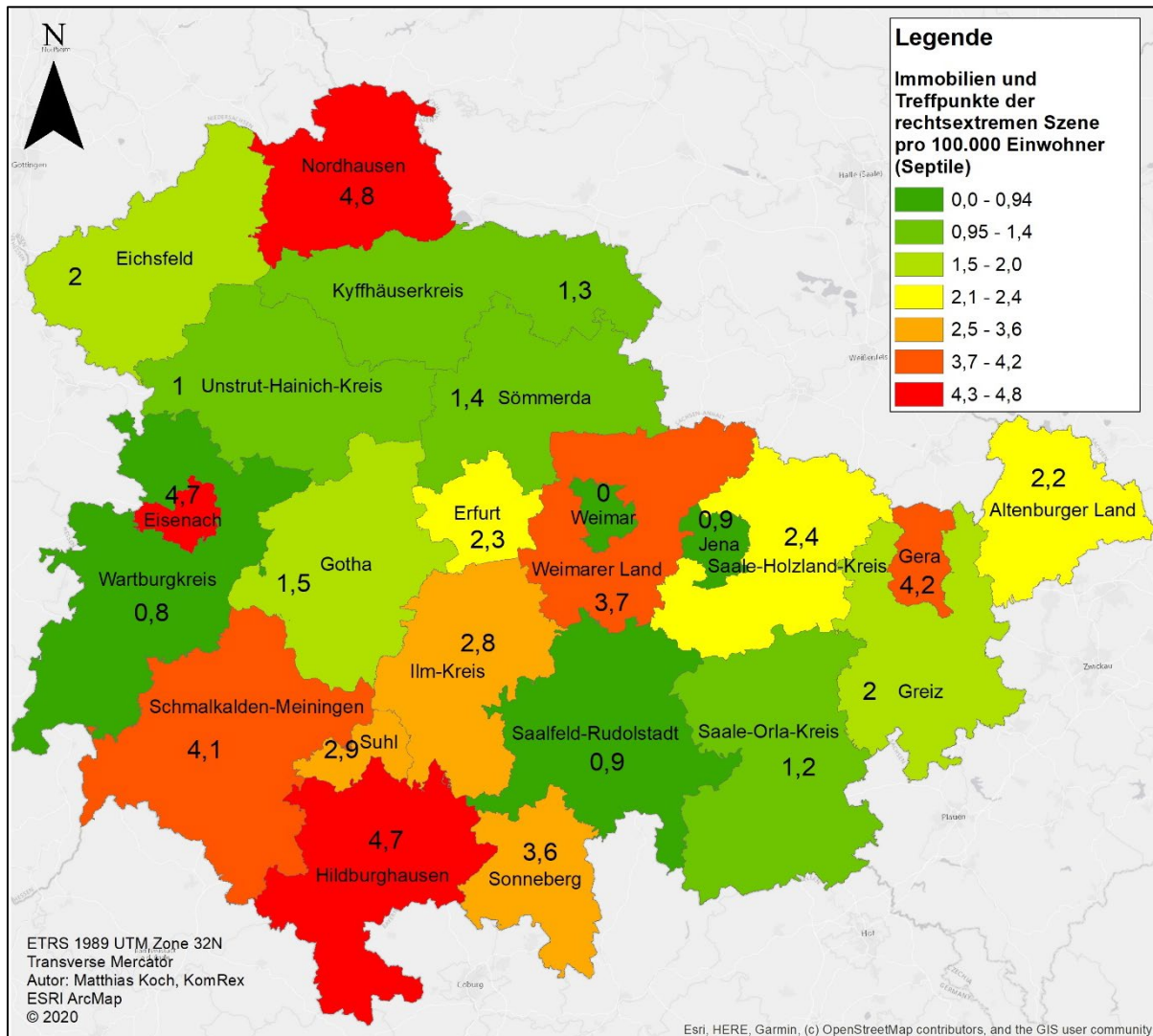


Abb. 6: Anzahl der Immobilien und Treffpunkte von Bewegungen und Akteuren der rechtsextremen Szene pro 100.000 Einwohner auf Landkreisebene (aktiv und inaktiv)  
 (Daten: Topografie des Rechtsextremismus, Grundkarte: TLBG 2020)

### 3.5 Angebotsstrukturen rund um den Rechtsrock in Thüringen

„RechtsRock“ (Dornbusch/Raabe 2002) ist ein Sammelbegriff für stilistisch vielfältige „Musik mit rassistischen, nationalistischen, antisemitischen oder auch offen neonazistischen Texten“ bzw. mit „politisch extrem rechten Botschaften“ (vgl. Naumann 2009: 10, FN 26; Raabe 2019). Für die rechtsextreme Szene erfüllt die Musik wichtige, strukturbildende und -festigende Funktionen, u.a. die der Identitätsstiftung, der Ideologisierung, Rekrutierung und Mobilisierung von Anhänger\*innen, der Vernetzung von Akteur\*innen und der Akquise finanzieller Mittel (vgl. MOBIT e.V. 2018a; Kreter 2019a; 2019b; 2020; Raabe 2019).

Thüringen stellt ohne Zweifel eine „Rechtsrock-Hochburg“ dar (Kreter 2020). So sind in Thüringen mehrere wichtige Szene-Versandhändler\*innen tätig, die rechtsextreme Tonträger und Merchandise-Artikel vertreiben, und zahlreiche Bands und Einzelinterpret\*innen aktiv, die auch deutschlandweit oder sogar international auftreten und daher in der Szene einen gewissen Bekanntheits-

und Popularitätsstatus besitzen (vgl. Thüringer Landtag 2020f; 2020i). Besondere Relevanz für das Rechtsrock-Geschehen im Freistaat haben die bereits seit den 2000er Jahren jährlich stattfindenden Rechtsrock-Großveranstaltungen, an denen mehrere hundert bis tausend Rechtsextreme aus dem gesamten Bundesgebiet und Ausland teilnehmen und bei denen Veranstalter\*innen und Händler\*innen hohe Einnahmen generieren können (vgl. MOBIT e.V. 2018a: 22-26, 28-33). Die weit überwiegende Mehrheit der registrierten bzw. dokumentierten Musikveranstaltungen hatte vergleichsweise kleine Besucher\*innenzahlen, allerdings war insgesamt gerade in den letzten Jahren eine beachtliche Zunahme rechtsextremer Musikveranstaltungen zu konstatieren (vgl. Tab. 9).

Die Gründe für die große Attraktivität Thüringens als Austragungsort für rechtsextreme Musikveranstaltungen sind vielfältig. Elementar sind das Vorhandensein einer etablierten, professionalisierten Szene-Infrastruktur, die regen Aktivitäten rechtsextremer Bewegungsunternehmer\*innen und die günstige geographische Zentrallage Thüringens (vgl. Best et al. 2017, S. 67 ff.; Heerdegen 2018; MOBIT e.V. 2018a: 36 ff.). Des Weiteren kann von einem ausgeprägten finanziellen Eigeninteresse der Veranstalter\*innen, auftretenden Musiker\*innen und Szene-Händler\*innen ausgegangen werden, aufgrund dessen sie bemüht sind, ihre Rechtsrock-Veranstaltungen möglichst häufig und störungsfrei durchzuführen. In den letzten Jahren wurden von der Thüringer Politik, den Behörden und der Zivilgesellschaft große Anstrengungen unternommen, um öffentliche Rechtsrock-Veranstaltungen mit großen Teilnehmendenzahlen zu unterbinden. Wie erfolgreich ein konzertiertes Vorgehen von Bürgerinitiativen, Versammlungsbehörden, Polizei und Justiz gegen Rechtsrock-Events ist, zeigten u.a. die (kurzfristige) gerichtliche Untersagung einer geplanten Großveranstaltung in Mattstedt (August 2018) und das als politische Kundgebung getarnte Konzert auf dem Marktplatz in Apolda (Oktober 2018), das nach gewalttätigen Angriffen auf Polizeibeamt\*innen aufgelöst wurde. Für die Veranstaltenden führte dies zu finanziellen Einbußen und z.T. erheblichen Reputationsverlusten in der Szene. Allerdings scheint es wegen des zunehmenden Repressionsdrucks zu einem Gegentrend (s.u.) gekommen zu sein: Statt Open-Air-Festivals wurden 2019 mehr „private“ Konzerte und Liederabende in Szene-Immobilien (z.B. in Kloster Veßra und Kirchheim) durchgeführt und diese wiederum häufiger klandestin organisiert. 2020 dürften die Corona-bedingten Einschränkungen vorübergehend auch das rechtsextreme Konzertaufkommen in Thüringen erheblich dämpfen, weil die Einhaltung staatlicher Präventionsmaßnahmen und eine erhöhte Planungsunsicherheit Aktivitäten der Szene behindern. Mittelfristig ist aber von einer deutlichen Wiederzunahme der Rechtsrock-Aktivitäten auszugehen. Damit dürfte auch die Anzahl politisch motivierter Straftaten wieder steigen, die nach Datenlage der Topografie statistisch mit dem Konzertaufkommen assoziiert sind.

Tab. 9: Überblick zu rechtsextremen Musikveranstaltungen in Thüringen (2014–2019) nach Angaben der Topografie und von MOBIT

Kategorie	2014	2015	2016	2017	2018	2019
rechtsextreme Musikveranstaltungen <u>ohne</u> Veranstaltungen mit musikalischen Beiträgen (KomRex)	29	42	48	56	54	-*
rechtsextreme Musikveranstaltungen <u>mit</u> Veranstaltungen mit musikalischen Beiträgen (KomRex)	36	61	62	63	81	-*
„RechtsRock-Veranstaltungen“ (vgl. MOBIT 2020a)	27	46	54	60	71	65

\* Angaben lagen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht vollständig vor.



### 3.6 Entwicklung der Aktivitäten und Straftaten mit rechtsextremem Kontext

Durch die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT e.V.) werden seit 2006 Aktivitäten von rechtsextremen Gruppen und Bewegungen erfasst. Es werden Ereignisse in den Kategorien „Konzert“, „Öffentliche Aktion“, „Online-Aktivität“, „Sachbeschädigung“, „Übergriff“, „Veranstaltung“ und „Sonstiges“ registriert. In der Summe gibt die Aufzeichnung dieser Vorkommnisse ein Bild darüber ab, wie aktiv die rechte Szene insgesamt tatsächlich ist.

Seit Beginn der Erfassung sind die Vorkommnisse insgesamt angestiegen. Nach Höhepunkten in den Jahren 2015 und 2016 waren in den darauffolgenden Jahren wieder weniger Fälle zu verzeichnen. Allerdings ist die Fallzahl extrem rechter Aktivitäten immer noch höher als zu Beginn des letzten Jahrzehnts. Auch wird der 2015 gebrochene bisherige Höchststand aus dem Jahr 2009 seit 2015 jährlich überschritten (siehe Abb. 7).

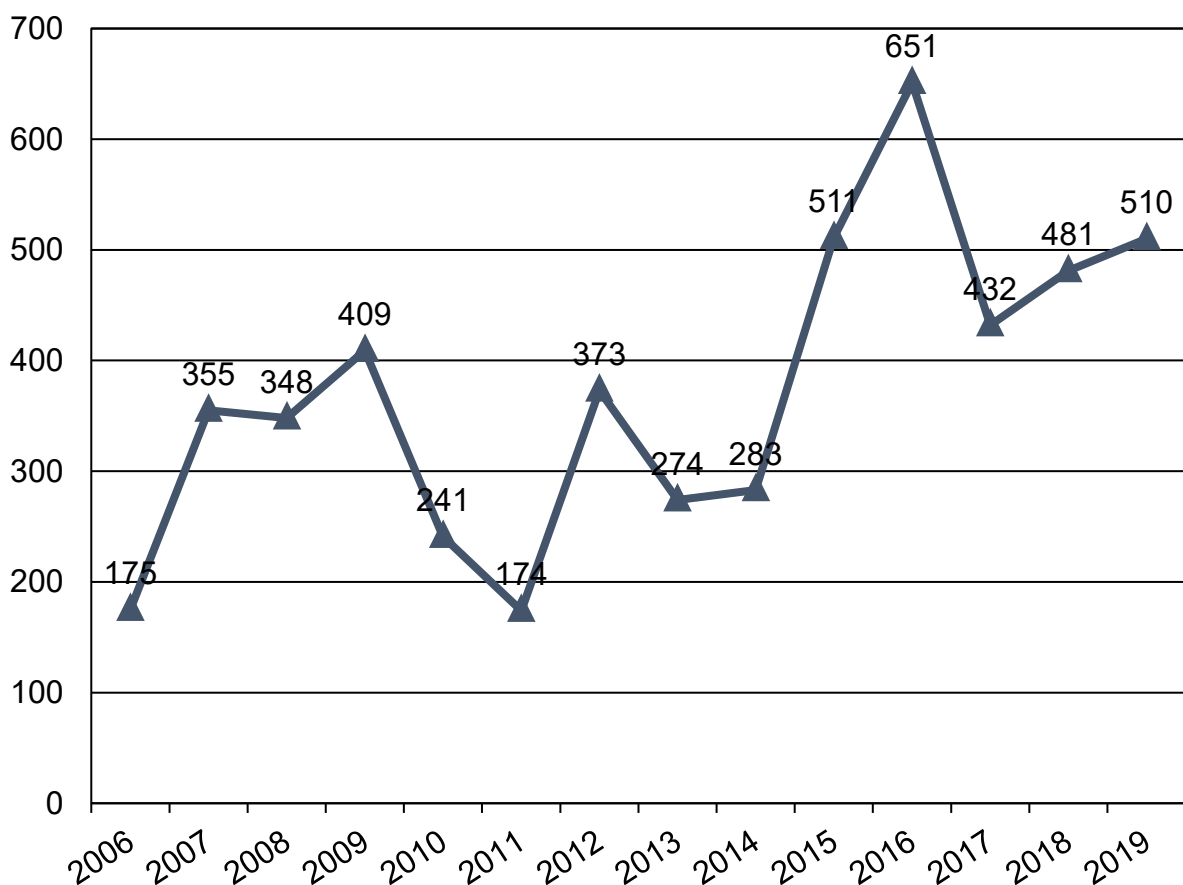


Abb. 7: Fälle in der Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen nach Jahren (MOBIT e.V. 2020a)

Wie in anderen Regionen Deutschlands kam es im Zuge der Migrationsdebatten ab 2014 auch in Thüringen zu einem sprunghaften Anstieg von Straf- und Gewalttaten mit rechtem Tatmotiv. Im Vergleich zu 2014 hatte sich die Zahl der Gewalttaten im Jahr 2016 mehr als verdoppelt (siehe Abb. 8). Danach ging die Anzahl der Gewalttaten stark, die der weiteren Straftaten leicht zurück. So war 2019 bei den Gewalttaten wieder das Niveau von 2013 erreicht, während die Anzahl weiterer Straftaten auf einem sichtbar höheren Niveau verblieb. Letzteres ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass es im Zuge der Anti-Asyl-Agitation während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2014/15 im rechten politischen Spektrum zu einer Enthemmung und Radikalisierung gekommen ist, die durch-

aus weiter fortwirkt. Der Anteil von Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund pro 100.000 Einwohner sind in Thüringen im Vergleich zum Jahr 2014 auf einem ähnlichen Niveau. Ein anderes Bild zeigt sich im Vergleich dazu in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, wo dieser Wert deutlicher angestiegen ist (vgl. Tab. 10). Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund haben gemessen an der Bevölkerung seit der letzten Gefährdungsanalyse nur leicht zugenommen. Anzunehmen ist, dass sie insbesondere 2015 und 2016 deutlich höher lagen.

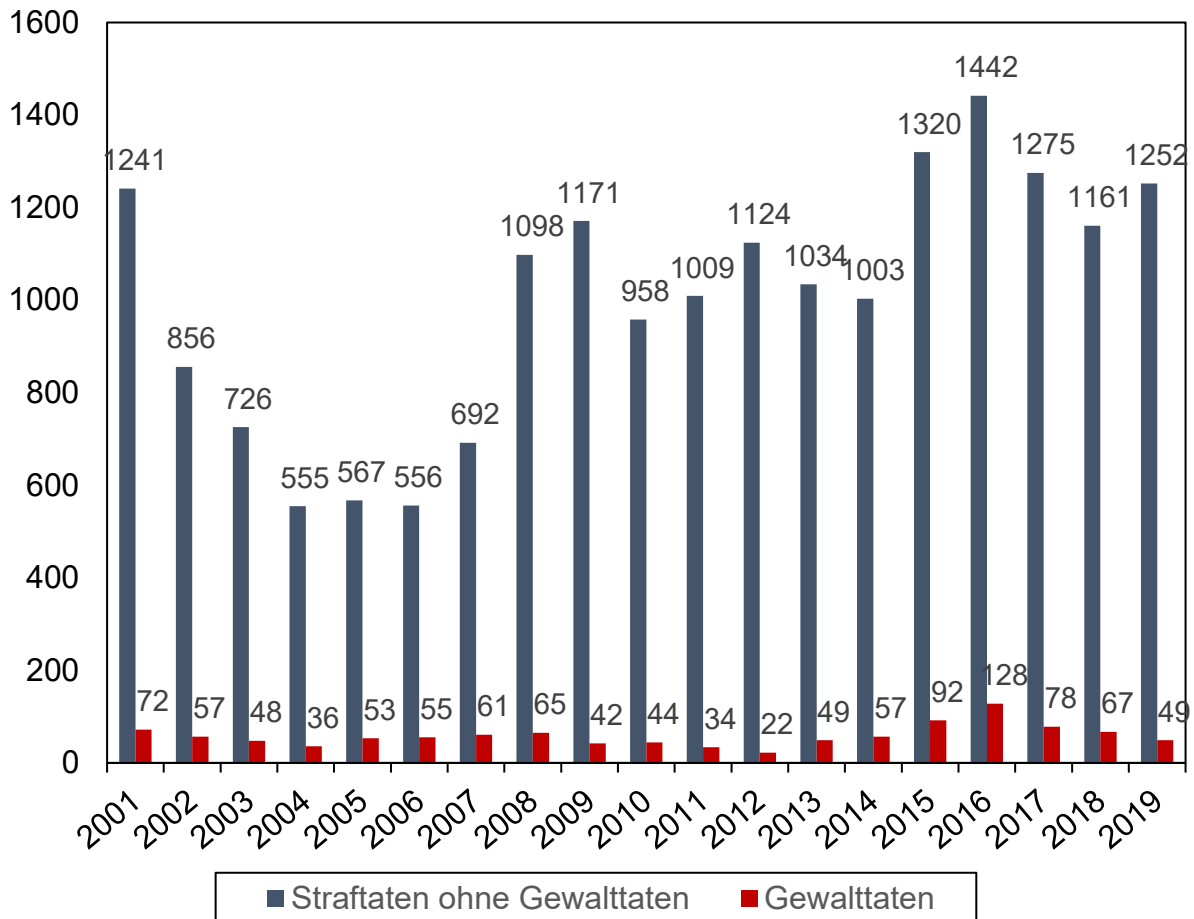


Abb. 8: Straf- und Gewalttaten nach PMK rechts (TMIK 2020)

Tab. 10: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität – Rechts“ in den Ländern pro 100.000 Einwohner 2009, 2014 und 2019

	2009	2014	2019
Baden-Württemberg	0,44	0,22	0,35
Bayern	0,42	0,52	0,46
Berlin	1,63	2,81	4,09
Brandenburg	2,74	2,98	3,57
Bremen	0,91	0,46	0,44
Hamburg	1,69	0,97	1,35
Hessen	0,36	0,35	0,49
Mecklenburg-Vorpommern	2,16	2,19	3,05
Niedersachsen	1,42	0,68	0,60
Nordrhein-Westfalen	0,91	2,11	0,88

Rheinland-Pfalz	0,94	0,80	0,83
Saarland	1,26	0,20	1,11
Sachsen	2	2,05	1,62
Sachsen-Anhalt	2,52	2,05	3,23
Schleswig-Holstein	2,12	0,75	1,38
<b>Thüringen</b>	<b>1,81</b>	<b>2,27</b>	<b>2,30</b>
Ostdeutsche Länder ohne Thüringen	2,36	2,42	2,65
Westdeutsche Länder (ohne Berlin)	1,05	0,71	0,67
Alle Länder ohne Thüringen	1,43	1,28	1,08

Daten: Edinger 2010: 44, Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 47, BMI 2020b: 29; Eigene Berechnungen

## 4 Verbindungslinien zwischen Rechtspopulismus und Rechts- extremismus

### 4.1 Die AfD

Innerhalb der Politikwissenschaft ist die Einordnung der Alternative für Deutschland (AfD) nach wie vor umstritten. Während z.B. Pfahl-Traughber (2019a: 41) davon ausgeht, dass es sich bei ihr mittlerweile um eine eindeutig rechtsextremistische Partei handelt, klassifizieren Jesse/Panreck (2017: 74) die AfD als eine populistische, aber demokratische Partei. In den meisten wissenschaftlichen Analysen und Presseberichten werden das völkisch-nationalistische Profil des Thüringer Landesverbandes und der gewachsene Einfluss seines Vorsitzenden Björn Höcke innerhalb der Bundespartei allerdings als wesentliche Indizien für die Radikalisierung der AfD hin zu einer rechtsextremistischen Partei gewertet. In der letzten Gefährdungsanalyse hatten Quent/Schmidtke/Salheiser (2016: 54) bereits konstatiert, dass nach der Abwahl von Bernd Lucke als Bundessprecher der AfD auf dem Essener Parteitag 2015 aufgrund des gewachsenen Einflusses von Björn Höcke „im Thüringer Landesverband der AfD politische Konzepte des völkisch-nationalistischen Rechtsextremismus die Diskurshoheit übernommen [haben]“, was jedoch nicht bedeute, „dass der Landesverband im Ganzen analytisch als rechtsextremistisch bezeichnet werden muss“. Mit dieser Einschätzung ist die Positionierung der Thüringer AfD auch heute noch sehr zutreffend beschrieben. Allerdings ist davon auszugehen, dass Höcke den Landesverband aktuell in noch stärkerem Maße dominiert als vor vier Jahren. Das liegt nicht zuletzt daran, dass nach dem Essener Parteitag einige der moderateren Kräfte unter den Parteieliten, die eine innerparteiliche Opposition gegen Höckes völkischen Nationalismus hätten anführen können, angesichts ihrer zunehmenden Isolation aus der Partei ausgetreten sind. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag war daher bis 2019 von ursprünglich elf auf sieben Abgeordnete zusammengeschrunpft. Im Juli 2017 trat die stellvertretende Landesvorsitzende Steffi Brönner aus Protest gegen die zunehmende Radikalisierung ihres Landesverbandes von ihrem Amt zurück. Nach dem großen Erfolg bei der Landtagswahl 2019, bei der die AfD mit Höcke als Spitzenkandidat angetreten und zweitstärkste Partei geworden war, ist Höckes Führungsposition in der Thüringer AfD gefestigter als je zuvor. Daran ändert auch die Auflösung des „Flügels“, der Höcke seit 2015 als eine zentrale Machtbasis gedient hatte, auf Druck des AfD-Bundesvorstandes nichts, da es sich hierbei ohnehin nicht um eine innerparteiliche Organisation, sondern um ein loses Netzwerk von Personen gehandelt hatte, das auch nach der Auflösung in anderer Form weiterhin bestehen dürfte.

Seit der letzten Gefährdungsanalyse haben die Verfassungsschutzämter auf die Radikalisierung der AfD reagiert. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat den „Flügel“ und seine Führungssper-

sonen im März 2020 als rechtsextremistisch eingestuft. Außerdem hat das Thüringer AfV den gesamten Thüringer Landesverband der AfD im März 2020 zum Verdachtsfall erklärt. Dieser Schritt wurde damit begründet, dass der Landesverband vier Kriterien, deren Erfüllung in § 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, S. 5 Thüringer Verfassungsschutzgesetz (ThürVerfSchG) zur Bedingung einer Einstufung als Verdachtsfall erhoben wird, eindeutig erfülle: Die Partei wirke nicht nur auf eine „pauschale Verächtlichmachung von Migranten und deren ungerechtfertigte Schlechterstellung“, auf die Gleichsetzung eines „ethnisch-kulturellen Volksbegriffs mit dem Staatsvolk“ und auf eine „Beschränkung der Religionsfreiheit (De-Islamisierung)“ hin, sondern weise außerdem „personelle Verbindungen zu extremistischen Gruppierungen“ auf.<sup>22</sup> Diese Einschätzung wird durch eine Vielzahl öffentlicher Quellen bestätigt. Höcke selbst ist in der Vergangenheit mehrfach durch einen biologischen Rassismus aufgefallen. Am bekanntesten in diesem Zusammenhang ist eine Rede, die er 2015 am Institut für Staatspolitik auf Einladung des neurechten Verlegers Götz Kubitschek gehalten hat. Darin unterscheidet er einen afrikanischen „Ausbreitungstyp“, der sich rapide fortpflanze, von einem europäischen „Platzhalter-Typ“, der seinen Lebensraum optimal ausnutzen wolle (Björn Höcke, zitiert nach Pfahl-Traughber 2019a: 11). An anderer Stelle hat Höcke zudem deutlich gemacht, dass Menschen mit Migrationshintergrund aus seiner Sicht nicht wirklich Teil der deutschen Nation sein können. Das geht z.B. aus den folgenden Sätzen hervor, die Höcke 2017 bei einer Wahlkampfveranstaltung in Gera geäußert hat:

„Wir brauchen vor allen Dingen eines: eine Willkommenskultur für eigene, für deutsche Kinder! Denn wir sind nicht der Meinung des Altparteienkartells von der ehemaligen Mauermörderpartei SED – die heutige Linke – bis zur vermerkelten Union, dass, wie das Ursula von der Leyen mal gesagt hat, Migrantenkinder unsere Zukunft sind. [...] Liebe Freunde, dieser Meinung sind wir nicht. Wir sind selbstverständlich der Meinung, dass in Deutschland deutsche Kinder unsere Zukunft sind, jedenfalls dann, wenn in diesem Land und auf diesem Land nicht nur Deutschland draufstehen soll, sondern auch Deutschland drin sein soll, und das möchten wir!“<sup>23</sup>

Höcke macht auch an anderen Stellen immer wieder deutlich, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation und zu einem Volk aus seiner Sicht „ein Schicksalsgewand“ ist, „das man mit den Worten Ernst Jüngers ‚nicht einfach wechseln kann wie ein Hemd‘ (Höcke/Hennig 2018: 122). Aus einem Positionspapier der Landtagsfraktion mit dem Titel „Leitkultur, Identität, Patriotismus“ vom April 2018 geht ebenfalls hervor, dass die Thüringer AfD der Ethnie bei der Bestimmung der nationalen Identität eine große Bedeutung beimisst: Der von der modernen Gesellschaft eingeforderte Wert der Vielfalt wird dort mit dem Einwand kritisiert, dass „die Forderung nach Vielfalt auf die Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe abzielt“, was auf eine „Verachtung des Eigenen in Form einer Verachtung der eigenen (weißen) Hautfarbe (oder des ‚Weißseins‘)“ hinauslaufe (AfD-Fraktion im Thüringer Landtag 2018: 9 f.).

Für Forderungen der Thüringer AfD nach einer Beschränkung der Religionsfreiheit für Muslime gibt es ebenfalls deutliche Anhaltspunkte. Im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019 wird z.B. konstatiert, dass „der Islam nicht zu Thüringen und nicht zu Deutschland gehören [kann]“ (AfD Thüringen 2019: 53). Was das genau bedeuten soll, wird zwar nicht weiter erläutert und in dem darauffolgenden Satz wird sogleich beteuert, dass die Religionsfreiheit „selbstverständlich auch für Muslime [gilt]“ (ebd.). Dieses Bekenntnis wird aber gleich darauf mit der Aussage eingeschränkt, dass die Religionsfreiheit nach Art. 4 GG kein „Supergrundrecht“ sei, welches „irgendwelche Privilegien für

<sup>22</sup> Vgl. die Pressemitteilung des Amtes für Verfassungsschutz vom 12. März 2020: <https://www.thueringen.de/th3/verfassungsschutz/themen/pm/index.aspx> (Abruf: 24. September 2020).

<sup>23</sup> Rede von Björn Höcke auf einer AfD-Wahlkampfdemonstration am 15. September 2017 in Gera, nachzuhören unter: <https://www.youtube.com/watch?v=UJWjRH5wdqo>

muslimische Gemeinschaften in unserem Land begründet“ (AfD-Fraktion im Thüringer Landtag 2018: 53). Die Thüringer AfD hat bereits mit ihrem Widerstand gegen den Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde im Erfurter Stadtteil Marbach deutlich gemacht, dass sie die Möglichkeiten von Muslimen, ihren Glauben in Gotteshäusern gemeinsam zu praktizieren, so weit wie möglich beschränken will. Höcke selbst hatte die Baupläne bereits 2016 als „Teil eines langfristigen Landnahmeprojekts“ bezeichnet (Björn Höcke, zitiert nach Munzinger 2016).

Dass Höcke sich nicht vor temporären Schulterschlüssen mit Rechtsextremist\*innen scheut, haben er sowie der ehemalige Vorsitzende der AfD Brandenburg, Andreas Kalbitz, und der Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Sachsen, Jörg Urban, sehr deutlich gemacht, als sie am 1. September 2018 einen „Schweigemarsch“ durch Chemnitz anführten, an dem u.a. Aktivist\*innen der Identitären Bewegung und Kräfte aus dem neonazistischen Spektrum teilnahmen. Höcke unterhält zudem enge Verbindungen zum neurechten Institut für Staatspolitik in Schnellroda. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass es – anders als etwa im Falle neofaschistischer Parteien wie NPD, „Die Rechten“ oder „Der III. Weg“ – keine institutionellen Kontakte zu neonazistischen Kräften gibt.<sup>24</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die rechtsextremen Tendenzen innerhalb der Thüringer AfD offensichtlich sind – auch wenn Höcke in seiner neuen Rolle als Oppositionsführer im Thüringer Landtag sichtlich darum bemüht ist, moderatere Töne anzuschlagen und vergangene Äußerungen als Fehler zu bezeichnen. Die taktische Motivation hinter diesem Vorgehen ist angesichts der drohenden Beobachtung des Thüringer Landesverbandes durch das AfV unverkennbar.

## 4.2 Populistische Proteste und Mimikry der rechtsextremen Bewegung in Thüringen

In den vergangenen Jahren war immer wieder zu beobachten, dass Aktivist\*innen der rechtsextremen Szene den Versuch unternahmen, ihr Weltbild in einem weniger radikalen Gewand in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, indem sie z.B. Initiativen ins Leben riefen, deren Namen an populistische Protestbewegungen anderer Regionen angelehnt wurden. So hatte der mittlerweile inaktive Verein „THÜGIDA & Wir lieben Sachsen e.V.“, der von den Neonazis David Köckert, Alexander Kurth und Jens Wilke geführt wurde, seit 2015 eine Reihe asylfeindlicher Demonstrationen an verschiedenen Orten Thüringens organisiert, um das erhöhte Mobilisierungspotential im Zuge der sog. „Flüchtlingskrise“ auszunutzen (vgl. Best/Miehlke/Salheiser 2018: 115). Ende 2018/Anfang 2019 sind in Thüringen kurzzeitig mehrere lokale „Gelbwesten“-Gruppen entstanden, die sich vordergründig mit den Zielen der – insgesamt als eher linkspopulistisch einzuordnenden – französischen *gilets jaunes* identifizierten. Allerdings waren zumindest in drei von diesen lokalen Gruppen (in Apolda, Sömmerda und Heiligenstadt) bekannte Akteure der rechtsextremen Szene involviert (vgl. Best/Miehlke/Salheiser 2019: 9 f.). Quent/Schmidtke/Salheiser (2016: 48) haben hierfür den treffenden Begriff der Mimikry-Strategie gewählt.

Auch während der COVID-19-Pandemie 2020 haben sich Rechtsextremist\*innen an den – von einem überaus heterogenen politischen Spektrum getragenen – Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie beteiligt. Besonders deutlich sichtbar wurde dies bei den Protesten in Gera, wo neben Vertreter\*innen der bürgerlichen Mitte auch Reichsbürger\*innen und Neonazis gegen den Shutdown und die damit verbundenen Einschnitte in Grundfreiheiten demonstriert haben (Meisner/Starzmann 2020). In Erfurt haben im Mai 2020 Aktivist\*innen der islamfeindlichen Gruppierung „Erfurt zeigt Gesicht“ gemeinsam mit Funktionär\*innen der AfD und der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ an einem „Spaziergang“ gegen den Shutdown teilgenommen (MDR

<sup>24</sup> So auch die Einschätzung des Thüringer AfV-Präsidenten Stephan J. Kramer: vgl. Mahlzahl (2020).

2020a). In der Presse wurde daher bisweilen konstatiert, Rechtsextremist\*innen würden die Proteste gezielt „unterwandern“ (vgl. z.B. MDR 2020d). Allerdings ist es in diesem Fall weniger sinnvoll, den Mimikry-Begriff zu verwenden, da hiermit eine Strategie der bewussten Täuschung über die eigentlichen ideologischen Absichten der rechtsextremen Akteure impliziert wird. Dass solche strategischen Motive eine Rolle gespielt haben, ist zwar nicht auszuschließen; wichtiger ist jedoch die simple Tatsache, dass Rechtsextremist\*innen die verschwörungstheoretischen Denkmuster, die von den Aktivist\*innen der „Hygiene-Spaziergänge“ gepflegt werden, teilen. Anhänger\*innen von Verschwörungstheorien neigen dazu, hinter dem Regierungshandeln grundsätzlich einen großen Plan, ein Komplott eines kleinen Zirkels globaler Eliten zu sehen, die das Ziel verfolgen, die totale Kontrolle über das Individuum zu erlangen. Ihre Kritik kommt daher häufig im antiautoritären, libertären Gewand daher; Verschwörungstheoretiker\*innen wittern überall die Vorboten einer „totalen Machtergreifung“ – sei es durch die WHO, die EU, die Banken oder auch einfach durch nationale Regierungen – und wählen entsprechend häufig den Vergleich mit der NS-Zeit oder der SED-Diktatur, um ihr Selbstverständnis als Freiheitskämpfer zu markieren. Dass die „Hygiene-Spaziergänge“ während der Corona-Pandemie zu einem Sammelbecken für Verschwörungstheoretiker\*innen jeglicher politischer Couleur wurden – darunter auch Rechtsextremist\*innen –, ist also alles andere als überraschend, konnten die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie von ihnen doch leicht als Beginn eines dauerhaften, von langer Hand geplanten Ausnahmezustandes gedeutet werden. Der Kulturhistoriker Michael Butter, einer der besten Kenner von Verschwörungstheorien im deutschsprachigen Raum, hat allerdings zurecht davor gewarnt, das Gefährdungspotential von Verschwörungstheorien überzubewerten: Gefährlich seien Verschwörungstheorien, weil sie dazu führen können, dass ihre Anhänger\*innen sich aus der gemeinsamen sozialen Realität verabschieden und manche von ihnen aus Falschinformationen apokalyptische Szenarien entwickeln, die aus ihrer Sicht die Anwendung von Gewalt legitimieren. Sie seien jedoch schon deshalb keine Gefahr für die demokratische Kultur, weil ihre aktiven Anhänger\*innen gerade in Deutschland – im Vergleich etwa mit den Vereinigten Staaten – eine sehr kleine Minderheit darstellen (Butter 2020).

## 5 Gibt es Hinweise auf eine politische Entfremdung der Thüringer Bevölkerung?

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir uns mit Bedrohungen der demokratischen Kultur auseinandergesetzt, die vom organisierten Rechtsextremismus und von den in der Bevölkerung vorhandenen rechtsextremen Einstellungen ausgehen. Es ist jedoch ein in der politischen Ideengeschichte häufig bemühter Gemeinplatz, dass die Demokratie auch Gefahren ausgesetzt ist, die ihr quasi selbst inhärent sind. So hat z.B. Alexis de Tocqueville (1976) in seiner klassischen Studie *Über die Demokratie in Amerika* die These vertreten, dass die demokratische Gleichheit einen zunehmenden Individualismus und einen Niedergang der lokalen Institutionen politischer Selbstverwaltung begünstigt. Mit seinem Buch hat Tocqueville eine der ersten Analysen politischer Entfremdung im Zeitalter der Demokratisierung vorgelegt. In der ersten Gefährdungsanalyse hat (Edinger 2010: 46) dieses Problem der Entfremdung der Bürger\*innen von ihren politischen Institutionen als eine mögliche Quelle der Demokratiegefährdung behandelt. Wir schließen uns dieser Sichtweise an und gehen in diesem Kapitel der Frage nach, ob es empirische Hinweise auf eine wachsende politische Entfremdung der Thüringer Bevölkerung gibt und wenn ja: inwieweit diese ein für die demokratische Kultur bedrohliches Ausmaß erreicht hat.

Innerhalb der Politikwissenschaft gibt es zahlreiche Diagnosen, die eine wachsende politische Entfremdung in den westlichen Demokratien konstatieren und als Zeichen einer umfassenderen Systemkrise deuten. Eine der bekanntesten Diagnosen der 2000er Jahre war Colin Crouchs Konzept

der „Postdemokratie“ (Crouch 2008). In seinem gleichnamigen Buch konstatiert Crouch einen Bedeutungsverlust demokratischer Wahlen: Wenngleich die politischen Institutionen der westlichen Demokratien formal intakt seien, würden die politischen Entscheidungsprozesse in zunehmendem Maße von den wirtschaftlichen Eliten, PR-Experten und mächtigen Interessengruppen beeinflusst, sodass normale Bürger\*innen durch Wahlen kaum noch Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen können. Verschärft werde dieses Problem durch eine wachsende Vermögensungleichheit (vgl. hierzu auch Piketty 2014) und eine zunehmende programmatische Konvergenz der politischen Parteien – bzw. eine Annäherung sozialdemokratischer Parteien an einen marktliberalen Mainstream (vgl. hierzu auch Streeck 2013; Mouffe 2007; Michelsen/Walter 2013). Daher sei es wenig überraschend, wenn sich insbesondere die weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten, ihrer eigenen Machtlosigkeit bewusst, vom Politischen abwenden, was sich u.a. in sinkender Wahlbeteiligung niederschlägt (vgl. hierzu auch Schäfer 2015). Einige Politikwissenschaftler\*innen haben den globalen Aufstieg des Rechtspopulismus (Moffitt 2016) in der vergangenen Dekade als eine direkte Folge dieser „Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit“ (Ritzi 2014) beschrieben. So hat z.B. Chantal Mouffe bereits Mitte der 2000er Jahre auf die Gefahr hingewiesen, dass ein politischer Wettbewerb, in dem sich die programmatischen Differenzen zwischen den großen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien immer mehr auflösen, günstige Ausgangsbedingungen schafft für eine rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie, die „die geschwächte Links-Rechts-Opposition durch eine neue Form des Wir-Sie-Gegensatzes ersetzt, der als Opposition zwischen ‚dem Volk‘ und ‚dem Establishment‘ konstruiert ist“ (Mouffe 2007: 92).

Wie alle Gegenwartsdiagnosen sind auch diese Deutungsangebote auf Kritik und teils entschiedenem Widerspruch gestoßen. Der Rahmen dieser Expertise ist zu begrenzt, als dass wir in diesem Kapitel eine empirische Überprüfung dieser Krisendiagnosen leisten könnten. Da wir, wie in der Einleitung erwähnt, mit Edinger (2010) davon ausgehen, dass in einer demokratischen Kultur die Bürger\*innen sich als Subjekte der politischen Prozesse verstehen sollten, nehmen wir allerdings an, dass die politische Entfremdung eines Großteils der Bevölkerung als ein Alarmsignal zu werten ist, das auf eine umfassendere Legitimationskrise hindeuten könnte. Um zu diskutieren, ob Hinweise auf eine wachsende politische Entfremdung vorliegen, betrachten wir im Folgenden das Ausmaß der politischen Beteiligung der Thüringer\*innen, die zunächst anhand der Entwicklung der

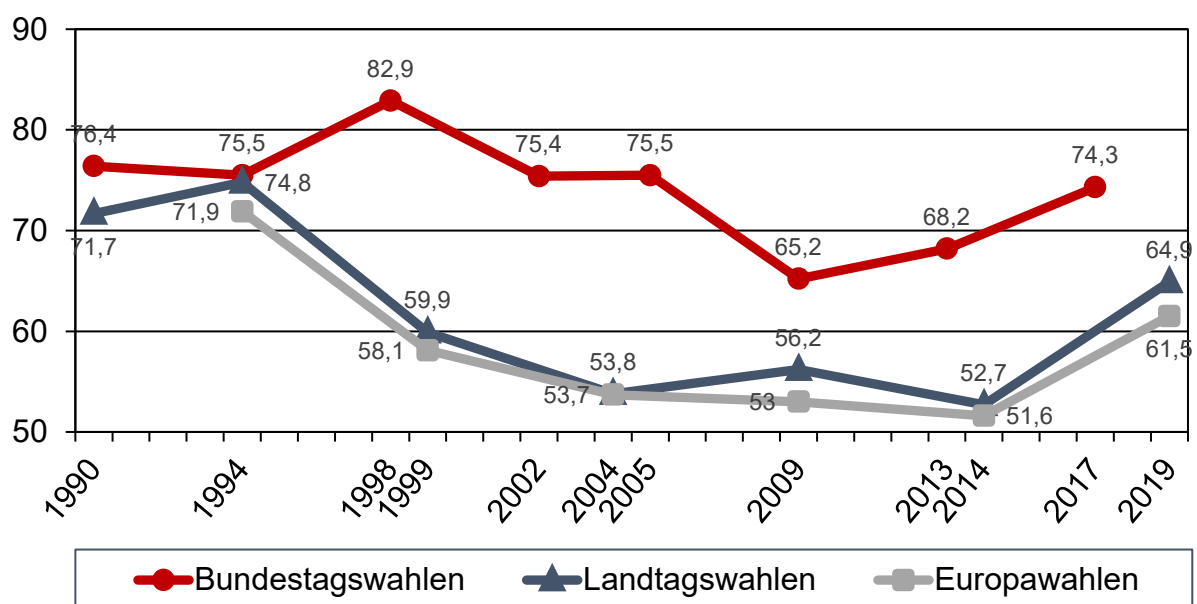


Abb. 9: Wahlbeteiligung an Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Thüringen 1990-2019 (in Prozent, Quelle: Landeswahlleiter)



Wahlbeteiligung und der Mitgliederzahlen der im Landtag vertretenen Parteien betrachtet wird. Die Ausübung des aktiven Wahlrechts und die Mitgliedschaft in einer politischen Partei sind zwei konventionelle Formen politischer Partizipation, die mit einem geringen Aufwand verbunden sind und die nichts über den Anteil derjenigen Bürger\*innen, die im eigentlichen Sinne politisch engagiert sind, aussagen. Allerdings sind sie – z.B. im Vergleich zu unkonventionellen Formen politischer Partizipation – nicht nur sehr leicht zu messen; v.a. die Wahlbeteiligung stellt auch einen guten Indikator für politische Entfremdung dar.

Aus Abb. 9 geht hervor, dass sich die Wahlbeteiligung seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre zunächst tendenziell verringert hat. Bei allen Landtagswahlen nach 1999 – mit Ausnahme der jüngsten Wahl von 2019 – lag die Beteiligung bei unter 60 %; 2014 wurde mit 52,7 % ein Negativrekord erreicht. Auch die Beteiligung an Bundestagswahlen, die erfahrungsgemäß höher ausfällt, nahm in den 2000er Jahren stark ab. Hatte die Beteiligung an der Bundestagswahl 1998 in Thüringen mit 82,9 % sogar noch leicht über dem Bundesdurchschnitt gelegen, fanden elf Jahre später nur noch knapp zwei Drittel der Thüringer\*innen den Weg zur Wahlurne. In den vergangenen Jahren hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt. Bei der Landtagswahl 2019 war ein sprunghafter Anstieg der Wahlbeteiligung um 12,2 % zu verzeichnen, und auch bei der Bundestagswahl 2017 lag die Beteiligung um 6,1 % über dem Ergebnis von 2013. Selbst die Beteiligung an der Europawahl – die lange Zeit als eine „second order election“ galt – ist 2019 in Thüringen um 10 % gestiegen. Eine naheliegende Erklärung für diesen deutlichen Aufwärtstrend ist die zunehmende Polarisierung des politischen Wettbewerbs, die v.a. in dem elektoralen Aufstieg der in Thüringen besonders radikal agierenden AfD und in den politischen Gegenreaktionen der anderen Parteien sowie der linksliberalen Zivilgesellschaft auf diese rechtspopulistische *challenger party* begründet liegt. Die AfD konnte bei der Landtagswahl 2019 die mit Abstand meisten Nichtwähler\*innen mobilisieren; dahinter folgte die Linke (vgl. MDR 2019c), die sich erfolgreich nicht nur als verlässliche Regierungspartei, sondern auch als ideologischer Widerpart zur AfD präsentierte. Wie oben bereits erwähnt, gingen Politolog\*innen wie Chantal Mouffe, die vor einer Wende zur „Postdemokratie“ warnen, in den 2000er Jahren davon aus, dass ein Grund für die zurückgehende Wahlbeteiligung die allzu geringe programmatische Unterscheidbarkeit der großen Parteien sei. Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus wird das Parteiensystem durch ein neues Angebot ergänzt, das v.a. durch eine nationalistische Identitätspolitik gekennzeichnet ist: In den Vordergrund rückt nun eine Auseinandersetzung, die bisweilen als ein

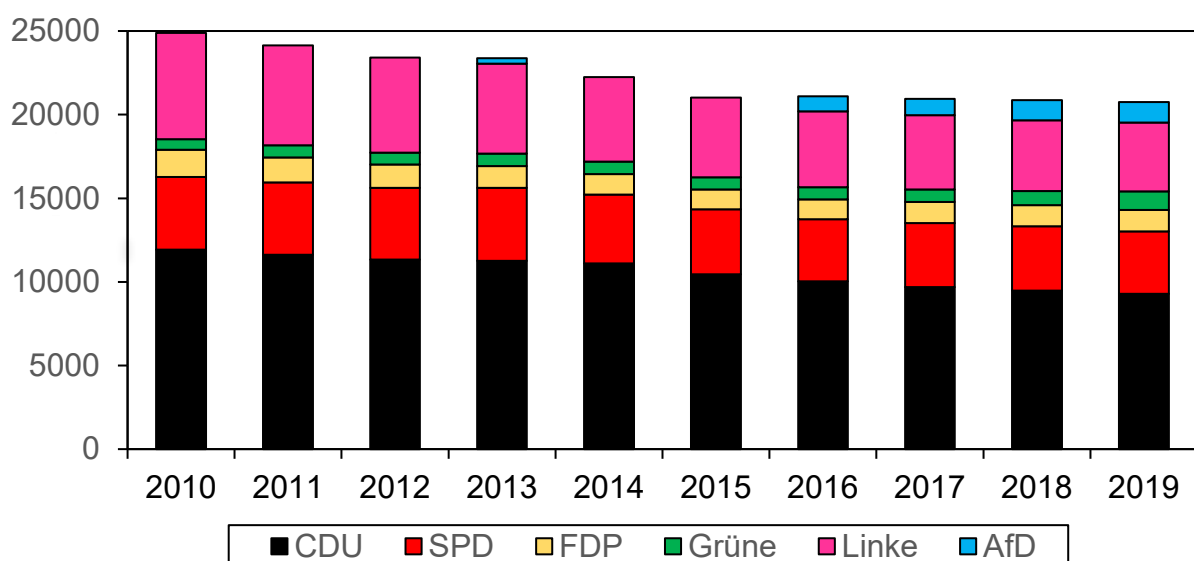


Abb. 10: Zahl der Mitglieder der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien 2010-2019

Quelle: Niedermayer 2020: 9 ff., Für die Jahre 2014 und 2015 stehen keine Mitgliederzahlen der AfD zur Verfügung.



Konflikt zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus (Merkel 2017) oder „somewheres“ und „anywheres“ (Goodhart 2017) beschrieben wird. Einige Politolog\*innen haben die These geäußert, dass diese Konfliktkonstellation so neu gar nicht sei, dass ihre Sprengkraft und die Sehnsucht nach einem Rückzug ins Nationale als Reaktion auf die im Zeitalter der Globalisierung zunehmende Unsicherheit von den etablierten Parteien allerdings unterschätzt worden sei, wodurch eine „Repräsentationslücke“ entstanden sei, die von der AfD nun mehr oder weniger erfolgreich gefüllt werde (Patzelt 2018; vgl. auch Decker 2018: 366).

Es bleibt festzuhalten, dass der jüngere Aufwärtstrend bei der Wahlbeteiligung gegen die These einer zunehmenden politischen Entfremdung spricht – wenngleich zu konstatieren ist, dass auch bei der letzten Landtagswahl mehr als jeder dritte Wahlberechtigte sich der Stimme enthalten hat. Die Beteiligung liegt damit nach wie vor deutlich unter den Ergebnissen der 90er Jahre.

In der ersten Gefährdungsanalyse hatte Edinger (2010: 48) bereits auf den starken Mitgliederverlust der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien hingewiesen: Im Jahr 2009 hatten die Parteien mit insgesamt knapp 26.000 Mitgliedern nicht einmal die Hälfte der Mitgliederzahlen, die sie in den frühen 90er Jahren erreicht hatten. Seit 2009 hat sich dieser Rückgang fortgesetzt – er wurde allerdings deutlich abgebremst, was u.a. auf die Gründung der AfD im Jahr 2013 zurückzuführen ist. Neben der AfD, deren Mitgliederzahl seit ihrem Gründungsjahr 2013 kontinuierlich, aber auf sehr geringem Niveau gestiegen ist, weisen lediglich die Grünen eine positive Mitgliederentwicklung auf; sie konnten ihre Mitgliederzahl seit 2009 fast verdoppeln, allerdings ebenfalls auf einem sehr geringen Niveau (siehe auch Abb. 10).

Dass die Mitarbeit in Parteien für die Thüringer Bürger\*innen wenig attraktiv ist, zeigt auch ein Blick in die Einstellungsdaten aus dem THÜRINGEN-MONITOR. In Abb. 11 ist zu sehen, welche legalen For-

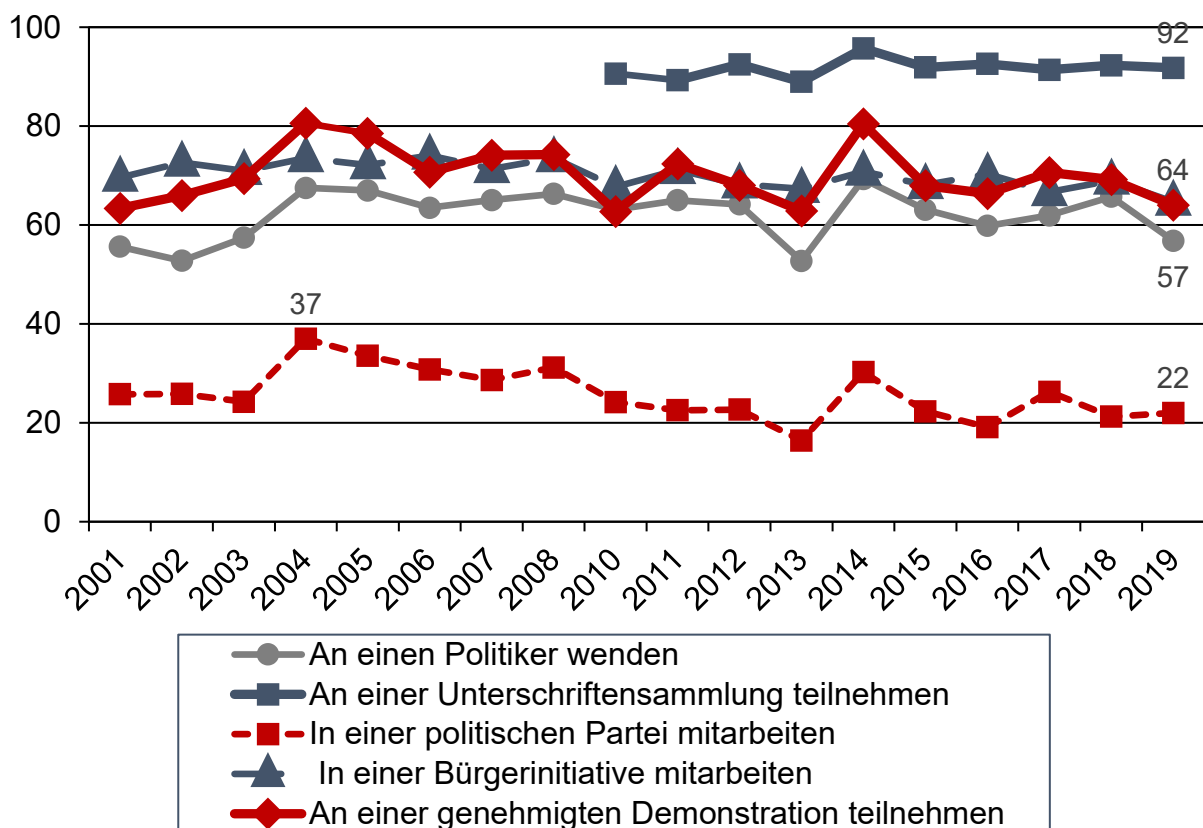


Abb. 11: Partizipationsformen und Wahrnehmung durch die Thüringer Bevölkerung („Würde ich tun“ + „Habe ich bereits getan“ in Prozent, Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

men politischer Partizipation von den Thüringer\*innen Zuspruch erfahren oder gar von ihnen genutzt werden. Bei der letzten Erhebung aus dem Jahr 2019 gab nicht einmal jede\*r vierte Befragte an, prinzipiell zur Mitarbeit in einer Partei bereit zu sein. Diese Bereitschaft war zeitweise nur in den 2000er Jahren etwas höher, ist seitdem aber eher gesunken. Angesichts der Bedeutung des Parteienwettbewerbs für die politische Interessenartikulation und -aggregation in einer pluralistischen Gesellschaft ist dieser Befund sicher bedenklich. Positiv ist jedoch zu werten, dass der Zuspruch für eine Partizipationsform, die mit einem vergleichbaren Aufwand verbunden ist, nämlich die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, relativ stabil bei etwa zwei Dritteln der Thüringer Bevölkerung liegt. Ähnliches gilt für die Bereitschaft, an Demonstrationen teilzunehmen oder Politiker\*innen zu kontaktieren.

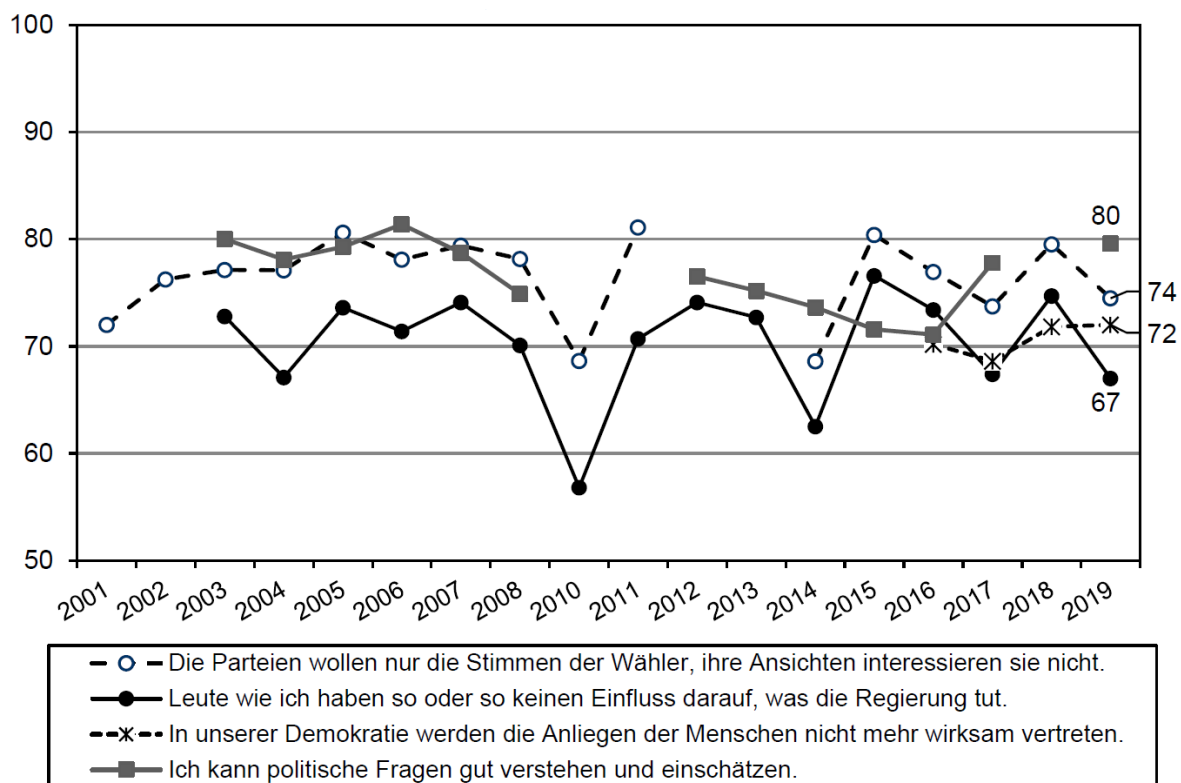


Abb. 12: Subjektive Selbsteinschätzung der Kompetenz zu politischen Themen und der politischen Selbstwirksamkeit

(Abbildung aus Thüringen-Monitor 2019; Reiser et al. 2019:41)

Die überaus kritische Haltung der Thüringer\*innen gegenüber Parteien ist u.a. darauf zurückzuführen, dass diese als wenig responsiv wahrgenommen werden: 2019 waren drei Viertel der Thüringer Bevölkerung der Meinung, dass die Parteien sich nur für ihre Stimmen, nicht aber für ihre Ansichten interessieren (siehe auch Abb. 12). Da Parteien als „Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat“ (Lösche 1994: 14) dienen sollen, kann es angesichts dieser verbreiteten Unzufriedenheit mit der Repräsentationsleistung der Parteien nicht überraschen, dass zwei Drittel der Thüringer\*innen der Aussage zustimmen, dass „Leute wie ich so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“ (Reiser et al. 2019: 41). Eine große Mehrheit sieht also nicht einfach nur Defizite bei der Responsivität der politischen Eliten, sondern überhaupt keine Möglichkeit, auf die Landes- oder Bundespolitik Einfluss zu nehmen.

Inwiefern spiegelt sich dieser ernüchternde Befund im Institutionenvertrauen? Abb. 13 zeigt sehr deutlich, dass die Bürger\*innen den im engeren Sinne politischen Institutionen der Exekutive wesentlich weniger Vertrauen entgegenbringen als politikfernen Institutionen wie Polizei und Gerichten. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen von Bevölkerungsumfragen anderer Regionen. Edinger (2010: 52f.) hat den Grund hierfür treffend zusammengefasst: Regierungen, die für gewöhnlich von bestimmten Parteien gestützt werden, treffen politische Entscheidungen, die oftmals nicht für alle Bevölkerungs- und Interessengruppen im gleichen Maße von Vorteil sind und manchmal als kontrovers empfunden werden, während Polizei und Gerichte dem Schutz eines allgemein geschätzten Gutes – der (Rechts-)Sicherheit – und damit dem Gemeinwohl dienen. Auch der Befund, dass die Bürger\*innen eher bereit sind, politischen Institutionen zu vertrauen, die ihnen räumlich näher sind, ist wenig überraschend: Der Bundesregierung vertraut nicht mal ein Drittel der Bevölkerung, während der Landesregierung, deren Handeln die Thüringer\*innen naturgemäß in stärkerem Maße beeinflussen können, immerhin 43 % vertrauen. Auffällig ist, dass das Vertrauen in die Landesregierung während des vergangenen Jahrzehnts angestiegen ist; 2019 wurde sogar der höchste Wert seit Erhebungsbeginn gemessen. Die Vertrauenswerte für die Landes- und Bundesregierung sind außerdem in etwa vergleichbar mit Ergebnissen, wie sie in den ostdeutschen Nachbarländern Sachsen<sup>25</sup> und Sachsen-Anhalt (Holtmann/Jaeck/Völkl 2018: 45) erhoben wurden. Vergleicht man sie allerdings mit Ergebnissen aus den alten Bundesländern, fällt das Institutionenvertrauen der Thüringer\*innen 30 Jahre nach der Wende noch immer sehr gering aus.<sup>26</sup>

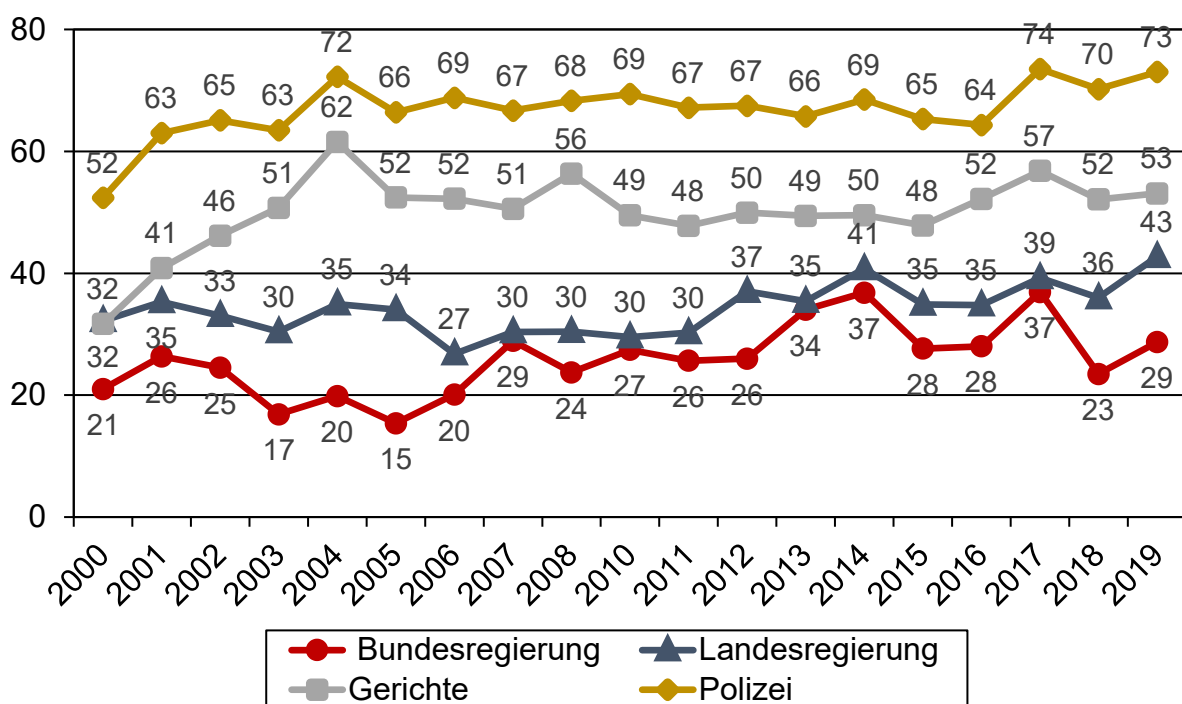


Abb. 13: Vertrauen in Institutionen 2001 – 2019

(Daten: Thüringen-Monitor)

<sup>25</sup> Vgl. die Ergebnisse des Sachsen-Monitors auf der Homepage der sächsischen Staatsregierung: [https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html?\\_cp=%7B%22accordion-content-5620%22%3A%7B%227%22%3Atrue%7D%2C%22previousOpen%22%3A%7B%22group%22%3A%22accordion-content-5620%22%2C%22idx%22%3A%7D%7D](https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html?_cp=%7B%22accordion-content-5620%22%3A%7B%227%22%3Atrue%7D%2C%22previousOpen%22%3A%7B%22group%22%3A%22accordion-content-5620%22%2C%22idx%22%3A%7D%7D) (Abruf: 26. September 2020).

<sup>26</sup> Beispielhaft seien hier die Ergebnisse des niedersächsischen „Demokratie-Monitors“ genannt: 62 % der niedersächsischen Bürger\*innen haben eher oder starkes Vertrauen in ihre Landesregierung; 53 % vertrauen der Bundesregierung. Vgl. Marg et al. 2019: 38 f.

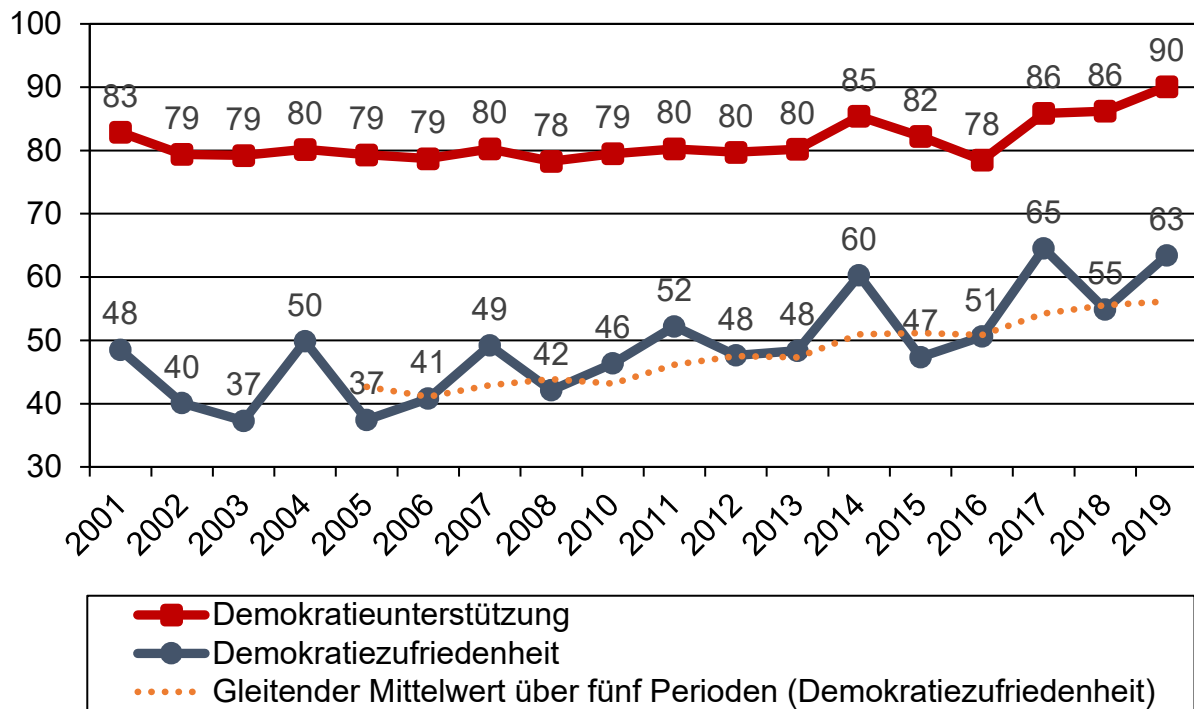


Abb. 14: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001-2019 in Prozent  
(Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt sich bei den Einstellungen der Thüringer\*innen zur Demokratie. Die „Demokratieunterstützung“ (d.h. die Zustimmung zu der Aussage, die Demokratie sei die beste aller Staatsideen) befindet sich seit den ersten Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2001 auf einem relativ hohen Niveau und ist während der vergangenen Dekade gestiegen (siehe auch Abb. 14). Zwischen 2002 und 2016 lag die Zustimmung überwiegend konstant bei 4/5 (80 %) mit einem positiven Ausreißer (85 %) im Jahr 2014. Seit 2017 werden konstant Werte über 85 % erreicht, mit einem Höchstwert von 90 % im Jahr 2019. Demgegenüber ist die „Demokratiezufriedenheit“ (also die Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“) wesentlich instabiler, aber auch sie ist in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre gestiegen. Lag die Demokratiezufriedenheit in den 2000er Jahren fast durchgehend unter 50 %, so ist seit 2014 (mit nur einer Ausnahme im Jahr 2015) mehr als die Hälfte der Befragten mit der Praxis der Demokratie zufrieden. Bei der bislang letzten Erhebung im Jahr 2019 traf dies sogar auf fast zwei Drittel (63 %) der Bevölkerung zu. Angesichts des oben erwähnten Befundes, dass fast genauso viele Befragte davon überzeugt sind, keinerlei Einfluss auf die Politik der Regierung zu haben, ist dieses Maß an Zufriedenheit durchaus erstaunlich. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass die Thüringer\*innen die Qualität der Demokratie eher an der Output-Legitimität als an den Möglichkeiten politischer Einflussnahme durch die Bürger\*innen (Input-Legitimität) messen.

Bestätigt wird dies durch eine nähere Betrachtung derjenigen Teile der Bevölkerung, die mit der bestehenden Praxis der Demokratie nicht zufrieden sind. Den größten Anteil machen hier die „unzufriedenen Demokraten“ aus, die die Demokratie als beste Staatsform bewerten, aber mit der Praxis der Demokratie unzufrieden sind. Unter ihnen befinden sich viele jener „critical citizens“ (Norris 2011), die die Idee der Demokratie mit besonders anspruchsvollen egalitaristischen und partizipatorischen Versprechen assoziieren, die aus ihrer Sicht von dem bestehenden politischen System nicht eingelöst werden. Wir können also davon ausgehen, dass gerade unter den unzufriedenen Demokraten einige der entschiedensten Verfechter der Demokratie zu finden sind. Daneben wird im THÜRINGEN-MONITOR aber auch der Anteil der „Demokratieskeptiker“, die die Demokratie nicht als beste Staatsform betrachten, aber die Forderung nach einer Diktatur nicht unterstützen,

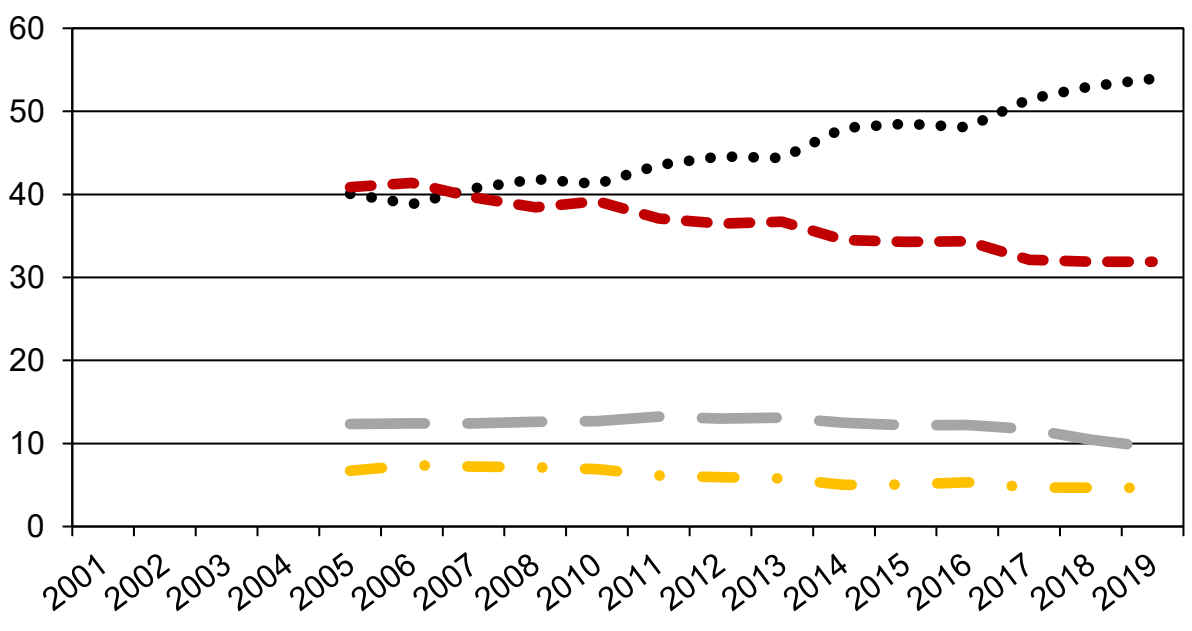
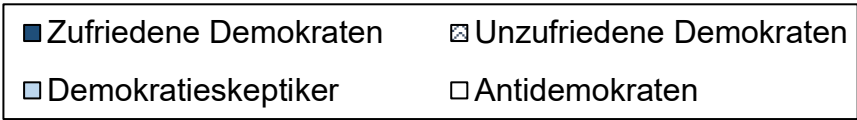
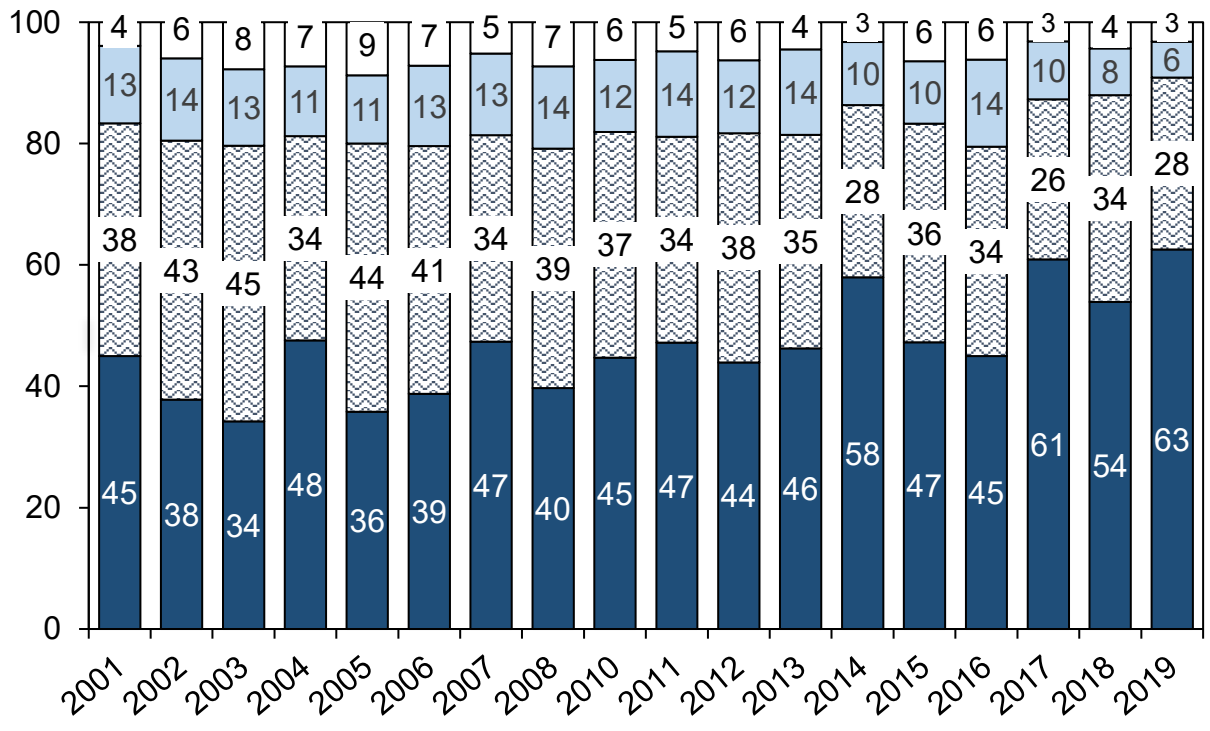


Abb. 15: Demokratietypen 2001-2019 in Prozent (oben); Entwicklung der Anteile der jeweiligen Demokratietypen anhand des gleitenden 5-Jahres-Durchschnitts (unten)  
(Daten: Thüringen-Monitor)

und der Anteil der „Antidemokraten“ abgebildet, die die Demokratie ablehnen und eine Diktatur favorisieren. Der gleichzeitige Anstieg der Demokratieunterstützung und -zufriedenheit hatte schon darauf hingedeutet: Der Anteil der Demokratieskeptiker und Antidemokraten hat sich in den vergangenen drei Jahren verringert. Ihr Anteil betrug im Erhebungsjahr 2019 nur noch 9 % – der niedrigste Wert, der seit 2001 gemessen wurde (siehe auch Abb. 15).

Im Widerspruch dazu steht jedoch der Befund, dass in demselben Jahr jede\*r fünfte Befragte (21 %) der Aussage zustimmte, im nationalen Interesse sei unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform – auch dies der höchste bisher gemessene Wert für diese Aussage. Der Anteil der autoritär eingestellten Thüringer\*innen hat also zugenommen. Dasselbe gilt für den Anteil der geschichtsrevisionistisch eingestellten bzw. für NS-Nostalgie anfälligen Befragten: Im Jahr 2019 hat jede\*r vierte Befragte der Aussage zugestimmt, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte. Es ist also davon auszugehen, dass der Anteil der Thüringer Bevölkerung, der der liberalen Demokratie distanziert gegenübersteht – oder im Zweifel bereit wäre, sie gegen eine autoritäre Regierungsform einzutauschen, wenn ein „nationales Interesse“ dies erfordert –, eigentlich höher ist als jene 10 %, die der Aussage, die Demokratie sei die beste Staatsform, nicht zustimmen.

Die empirische Bestandsaufnahme ergibt demnach ein ambivalentes Bild: Von einer wachsenden politischen Entfremdung der Thüringer Bevölkerung zu sprechen, wäre angesichts der zunehmenden Demokratiezufriedenheit und des deutlichen Anstiegs der Beteiligung an den jüngsten Wahlen sicherlich nicht berechtigt. Allerdings besteht nach wie vor eine große Unzufriedenheit mit der Responsivität der politischen Eliten und ein weit verbreitetes Unbehagen an der Parteiendemokratie. Um dies zu registrieren, genügt schon ein Blick auf das aktuelle Landesparlament, in dem mit der AfD eine Partei die zweitstärkste Fraktion bildet, die genau diese Unzufriedenheit artikuliert und eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch plebiszitäre Instrumente auch auf Bundesebene favorisiert. Auch die zuletzt gestiegene Bereitschaft, in bestimmten Situationen autoritäre Regierungsformen zu unterstützen, ist insofern besorgniserregend, als eine Demokratie gerade auch in Krisensituationen auf eine Bürgerschaft angewiesen ist, die bereit wäre, demokratische Prinzipien gegen deren Feinde aktiv zu verteidigen.

## 6 Fazit

Der organisierte Rechtsextremismus verfügt in Thüringen nach wie vor über ein stabiles Personenpotential und eine (im bundesweiten Vergleich) sehr ausgedehnte Infrastruktur. Es ist jedoch zu konstatieren, dass die Bedeutung rechtsextremer Parteien – parallel zum Siegeszug der rechtspopulistischen AfD in Ostdeutschland – für das Aktionspotential des rechtsextremen Spektrums in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist. Allerdings ist die demokratische Kultur Thüringens infolge der Radikalisierung der AfD nunmehr mit einer neuen Herausforderung konfrontiert: einem innerparteilichen Rechtsextremismus, der sich im Thüringer Landesverband der AfD besonders deutlich offenbart und der vom Bundesvorstand der Partei zumindest toleriert wird. Gleichzeitig kam es während der letzten Dekade zu einem Bedeutungszuwachs des vereinsförmig und informell organisierten sowie des subkulturell geprägten Rechtsextremismus, der sich – befördert durch den gewachsenen Einfluss von Social Media auf die politische Kommunikation – in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl von Neuformationen und einem gewachsenen Personenpotential in diesem Bereich (AfV 2019b: 21) manifestiert hat.

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster ist in den vergangenen zwei Dekaden relativ stabil geblieben: Etwa jede\*r vierte Thüringer\*in neigt zu einem rechtsextremen Weltbild. Vor diesem Hintergrund ist der Aufstieg des Rechtspopulismus, der zu einem einschneidenden Wandel der

Parteiensysteme in allen neuen Bundesländern geführt hat, bei den vergangenen zwei Landtagswahlen 2014 und 2019 selbst nicht sonderlich überraschend, wohl aber dessen Ausmaß und Rasanz. Die gleichzeitigen Zugewinne der LINKEN bei diesen Wahlen hat dazu geführt, dass die politische Kultur in Thüringen im bundesweiten Vergleich derzeit als besonders polarisiert erscheint, da LINKE und AfD im Links-Rechts-Schema nach allgemeiner Auffassung (und der üblichen Sitzverteilung in den Parlamenten) die politischen Ränder des in den Parlamenten vertretenen Parteienspektrums markieren – wenngleich zu betonen ist, dass die LINKE in Thüringen bekanntlich politisch besonders moderat auftritt. In Kapitel 5 wurde aber bereits darauf hingewiesen, dass eine solche Polarisierung keineswegs – wie das, nicht zuletzt bedingt durch die fortwirkenden Traumata im Zusammenhang mit dem Untergang der Weimarer Republik, in der deutschen Öffentlichkeit häufig geschieht – pauschal als ein Symptom des Niedergangs der Demokratie gedeutet werden sollte. Im Gegenteil könnte man mit Chantal Mouffe argumentieren, dass die Rückkehr einer agonistischen Konfliktstruktur in den politisch-parlamentarischen Komplex den demokratischen Willensbildungsprozess belebt: Der in Kapitel 5 aufgezeigte Anstieg der Wahlbeteiligung zeugt von diesem positiven Trend.

Freilich darf das Argument, dass „die Rechtspopulisten Repräsentationsdefizite offengelegt, den Wettbewerbscharakter der Politik verstärkt“ und dadurch eine Mobilisierung von traditionellen Nichtwähler\*innen bewirkt haben (Decker 2018b: 366), nicht von der Tatsache ablenken, dass der Aufstieg des Rechtspopulismus ein Symptom ist, das auf reale gesellschaftliche Probleme hindeutet, deren politische Bearbeitung die Voraussetzung für eine Zurückdrängung des Rechtspopulismus als relevanter politischer Kraft im thüringischen Parteiensystem sein könnte. Eines dieser Probleme ist das zunehmende Auseinanderdriften von wirtschaftlich starken urbanen Regionen und strukturschwachen ländlichen Räumen. Analysen der Landtagswahl 2019 haben gezeigt, dass in strukturschwächeren Regionen mit schrumpfender Bevölkerungszahl die AfD-Stimmenanteile steigen (vgl. Richter/Salheiser/Quent 2019). Aus unserer Sicht ist es daher geboten, dass sich das Landesprogramm in noch stärkerem Maße als bislang um den Aufbau und die Förderung von Angeboten der Prävention und Intervention im Bereich der Demokratieförderung in Regionen mit großen Strukturproblemen bemühen sollte.

In den vergangenen zwei Dekaden hat eine erhöhte Sensibilität für die Gefährdung der demokratischen Kultur durch den Rechtsextremismus innerhalb der thüringischen Zivilgesellschaft dazu beigetragen, dass durch entsprechende lokale Initiativen, die meist von breiten Bündnissen zwischen Kirchen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien getragen wurden, die Handlungsräume für die rechtsextreme Szene insbesondere in urbanen Regionen mit einem starken Bürgertum eingeengt werden konnten. Gleichzeitig war jedoch zu beobachten, dass rechtsextreme Akteure hierauf mit einer Strategie des Ausweichens in strukturschwächere umliegende Regionen reagieren, in denen zivilgesellschaftliche Netzwerke weniger stark ausgeprägt sind. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist sicherlich die Entwicklung der Kleinstadt Kahla im Saale-Holzland-Kreis zu einer Hochburg der rechtsextremen Szene, die infolge der zivilgesellschaftlichen Mobilisierungserfolge gegen rechtsextreme Aktivitäten in der nahegelegenen Universitätsstadt Jena noch verstärkt wurde (vgl. Langer 2018). Es ist besonders wichtig, dass das Landesprogramm auf derartige Entwicklungen reagiert, indem es zivilgesellschaftliche Strukturen in Regionen, die das Ziel solcher Verschiebungen der Aktionsschwerpunkte der rechtsextremen Szene sind, systematisch stärkt. Dabei sollten neben Initiativen, die zum „politischen“ Teil der Zivilgesellschaft zählen bzw. sich primär dem Kampf gegen Rechtsextremismus widmen – wie z.B. Angebote der Ausstiegs- und Opferberatung –, auch lokale Verbandsstrukturen wie Sportvereine oder die Freiwillige Feuerwehr im Fokus des Landesprogramms stehen, da diese gerade aufgrund ihres unpolitischen und integrativen Charakters beliebte Rekrutierungsziele rechtsextremer Akteure bilden. Mit der Förderung der Verbandsprojekte



„Sport zeigt Gesicht“ und „Demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“ durch das Landesprogramm wurden hierfür bereits gute Grundlagen geschaffen.

Die Notwendigkeit, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren, bezieht sich selbstverständlich auch auf die in dieser Expertise aufgezeigten strategischen Innovationen des organisierten Rechtsextremismus. Beispielhaft sei auf die in Kapitel 4.2 erwähnten Versuche rechtsextremer Akteure verwiesen, Bürgerinitiativen oder vereinsartige Strukturen mit „unverdächtig“ erscheinenden, zum Teil an populistische Protestbewegungen angelehnten Namen zu gründen, um neue Anhänger\*innen zu rekrutieren, die bislang nicht mit der rechtsextremen Szene in Kontakt gekommen sind. Um dieser „Mimikry-Strategie“ etwas entgegenzusetzen, sollten durch das Landesprogramm auch weiterhin Bildungs- und Informationsangebote gefördert werden, die über Erkennungsmerkmale und aktuelle Wandlungsprozesse der rechtsextremen Szene aufklären. Solche Angebote sollten sich insbesondere – aber natürlich nicht nur – an lokale Verantwortungsträger\*innen richten, um diese zu befähigen, rechtsextreme Codes und Symbole richtig einzuordnen.

Eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige demokratische Kultur ist eine politische und gesellschaftliche Umgebung, in der Dynamiken von Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht Fuß fassen können. Die Implementierung von Maßnahmen zur Förderung der Einbindung aller und zum Schutz von sozialen und ethnischen Gruppen, die besonders vulnerabel für Stigmatisierung und die Abdrängung an den Rand der Gesellschaft sind (siehe auch Abschnitt 2.2), ist ein zentraler Baustein bei der Verhinderung von Ungleichwertigkeitsideologien. Auf Empfehlung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, der in der 5. Wahlperiode des Thüringer Landtags im Kontext der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gegründet wurde, beschloss der Thüringer Landtag am 9. Dezember 2016 die Einsetzung der Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ (Thüringer Landtag 2019a: 1). Als Ergebnis veröffentlichte die Enquete-Kommission im September 2019 einen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen zu elf verschiedenen Bereichen, darunter Bildung, Polizei und Inneres, Justiz, Verwaltung und Arbeit, die Leitlinien für den Umgang mit Rassismus und Diskriminierung einerseits und deren Unterbindung in den oben genannten Bereichen andererseits definieren. Unter anderem sollen Racial Profiling sowie „intendierte und nicht intendierte“ rassistische Kontrollpraxen bei der Polizei unterbunden (ebd.: 654) und die bestehenden Gesetze mit den Vorgaben zur UN-Antirassismuskonvention abgeglichen werden (ebd.: 665). Zu den Handlungsempfehlungen, die auch durch die Angebote des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit umgesetzt werden könnten, zählen bildende und beratende Maßnahmen, z.B. in den Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildung: Sinnvoll wären insbesondere die Schaffung von Angeboten für benachteiligte Gruppen (ebd.: 643), die Förderung von Pädagog\*innen und Pädagogikstudent\*innen mit reflektierter Rassismuserfahrung (ebd.: 648), Unterstützung beim Aufbau einer unabhängigen Beratungs- und Beschwerdestruktur sowie eines landesweiten Antidiskriminierungsnetzwerkes (ebd.: 672) oder auch die Durchführung von Aus- und Fortbildungen für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zu Themen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) (ebd.: 671 ff.) Darüber hinaus wäre die Unterstützung durch Akteure des TlfDTW beim Aufbau positiver Bezüge zur Migrationsgeschichte im öffentlichen Stadtbild (ebd.: 678) denkbar.

Ein Handlungsfeld, das unseres Erachtens bislang noch nicht ausreichend vom Landesprogramm bedient und in den politischen Diskurs eingegangen ist, sind Formen der primären oder universellen Prävention, die darauf abzielen, Radikalisierungsprozesse bereits im Frühstadium zu verhindern. Insbesondere wäre daran zu denken, Maßnahmen im Kindes- und Jugendalter einzusetzen, die auf

evidenzbasierten Forschungen zu Ursachen von Radikalisierungsprozessen und modernen Konzeptionen einer entwicklungsbasierten Prävention basieren (Beelmann 2019, 2020). Aussichtsreich sind etwa Strategien, die Kernprozesse der Radikalisierung adressieren (z.B. Identitätskrisen, Vorurteilsstrukturen, Dissozialität). Wir haben an anderer Stelle ausführlich über solche Möglichkeiten informiert (Beelmann 2017; Beelmann/Lutherbach/Rickert 2019, 2020), die auch vor dem Hintergrund einer aussagekräftigen Forschung versprechen, einen substanziellen Beitrag zur Verhinderung von Radikalisierungsdynamiken im Entwicklungsverlauf zu leisten. Dazu gehören das Training sozialer Kompetenzen mit einem Schwerpunkt auf der Förderung von Empathiefähigkeit und Perspektivenübernahme (Beelmann/Lösel 2020), von Kontaktmaßnahmen zur Reduktion von Vorurteilen und zur positiven Erfahrung von sozialer und kultureller Diversität (Beelmann/Lutterbach 2020), identitätsstiftenden Aktivitäten durch qualitativ hochwertige Jugendarbeit, Mediens Schulungen insbesondere zur Aufdeckung von antidemokratischen und extremistischen Ideologien und Agitationen, Fake News und Verschwörungskampagnen, Eltern- und Lehrer\*innen-Trainings zum Umgang mit ‚schwierigen‘ Jugendlichen und Schüler\*innen sowie modernen Formen der Demokratiepädagogik und der politischen Bildung. Selbstverständlich können die präventiven Möglichkeiten hier nur kurz genannt werden und bedürfen darüber hinaus einer guten Umsetzung und Implementation (Beelmann/Malti/Sommer 2018). Grundsätzlich ist jedoch das Potential vorhanden, relevante Entwicklungsprozesse nachhaltig und im Sinne einer positiven Entwicklung zu beeinflussen und damit politische und religiöse Radikalisierung zu verhindern.

## Literatur

- AfD Thüringen (2019): Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019. Online verfügbar unter [https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/178/2019/09/Wahlprogramm\\_AfD-Thu%CC%88ringen\\_2019\\_Online-Fassung-final\\_gesichert.pdf](https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/178/2019/09/Wahlprogramm_AfD-Thu%CC%88ringen_2019_Online-Fassung-final_gesichert.pdf), zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2018): Leitkultur, Identität, Patriotismus. Ein Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag als Beitrag zur Debatte um die deutsche Leitkultur. Online verfügbar unter [http://docs.dpaq.de/13546-leitkultur\\_\\_identit\\_t\\_\\_patriotismus.pdf](http://docs.dpaq.de/13546-leitkultur__identit_t__patriotismus.pdf), zuletzt geprüft am 30.08.2020.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2016): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2014/2015 (Pressefassung), o.O.: Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2017): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2016 (Pressefassung): Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2018): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2017 (Pressefassung): Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2019a): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2018. Erfurt: Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Referat 40 – Kriminalitätsbekämpfung. Online verfügbar unter [https://www.thueringen.de/mam/th3/verfassungsschutz/afv\\_bericht\\_18.pdf](https://www.thueringen.de/mam/th3/verfassungsschutz/afv_bericht_18.pdf), zuletzt geprüft am 09.09.2020.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2019b): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2018 (Pressefassung): Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Ayyadi, Kira (2019): Die NPD-Jugend und ihre selbsternannte „Schulhofrebellion von rechts“. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/schuelersprecher-info-die-npd-jugend-und-ihre-selbsternannte-schulhofrebellion-von-rechts-87225/>, zuletzt aktualisiert am 03.07.2019, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Banghard, Karl (2016): Nazis im Wolfspelz. Germanen und der rechte Rand. Oerlinghausen: Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen.
- Bathe, Benedikt; Kleinert, Hanna Noemi; Nowesky, Johannes; Sicker, Pia-Elise (2018): „Reichsbürger“ in Deutschland – Gefährliche Blindgänger? Eine Analyse der von „Reichsbürgern“ ausgehenden Gefahren für den deutschen Staat und die deutsche Gesellschaft [Seminarfacharbeit einer 12. Klasse eines Erfurter Gymnasiums zum Abitur]. Erfurt. Online verfügbar unter [https://www.thueringen.de/mam/th3/tim/2019/seminarfacharbeit\\_reichsburger.pdf](https://www.thueringen.de/mam/th3/tim/2019/seminarfacharbeit_reichsburger.pdf), zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Becker, Reiner (2019): Fußball(szenen), Sozialisation und politische Kultur. In: Hans-Georg Flickinger, Werner Thole und Nicole Pfaff (Hg.): Fußball als Soziales Feld. Studien zu Sozialen Bewegungen, Jugend- und Fankulturen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 31–38.
- Beelmann, Andreas (2017): Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.

- Beelmann, Andreas (2019): Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung. In: C. Heinzemann und E. Marks (Hg.): Prävention und Demokratieförderung. Godesberg: Forum Verlag, S. 181–210.
- Beelmann, Andreas (2020): A social-developmental model of radicalization. A systematic integration of existing theories and empirical research. In: *Journal of Conflict and Violence*. Online verfügbar unter <https://www.ijcv.org/index.php/ijcv/article/view/3778>.
- Beelmann, Andreas; Lösel, Friedrich (2020): A comprehensive meta-analysis of randomized evaluations on the effect of child social skills training on antisocial behavior. In: *Journal of Developmental and Life-course Criminality*. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/article/10.1007/s40865-020-00142-8>.
- Beelmann, Andreas; Lutherbach, Sebastian; Rickert, Max (2019): Entwicklungsorientierte Prävention des Rechtsextremismus: Konzepte und Evaluationsergebnisse. In: F. Lüttig und J. Lehmann (Hg.): Der Kampf gegen den Terror in Gegenwart und Zukunft. Baden-Baden: Nomos, S. 229–258.
- Beelmann, Andreas; Lutherbach, Sebastian; Rickert, Max (2020): Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention. Was man tun kann und sollte. 2. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Beelmann, Andreas; Lutterbach, Sebastian (2020): Prevention of prejudice and the promotion of intergroup relations. In: L. Benuto, M. Duckworth, A. Masuda und W. O'Donohue (Hg.): Prejudice, stigma, privilege, and oppression. A behavioral health handbook. New York: Springer, S. 309–326.
- Beelmann, Andreas; Malti, Tina; Sommer, Simon (2018): Innovation and integrity: Desiderata and future directions for prevention and intervention science. In: *Prevention Science* (19), S. 358–365. DOI: 10.1007/s11121-018-0869-6.
- Beelmann, Andreas; Noack, Peter; Dingfelder, Juliane; Schmidtke, Franziska; Lutterbach, Sebastian; Schulz, Angelika (2019): Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Best, Heinrich; Miehlke, Marius; Salheiser, Axel (2018): Topographie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Jena: KomRex.
- Best, Heinrich; Miehlke, Marius; Salheiser, Axel (2019): Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Jena: KomRex.
- Best, Heinrich; Salheiser, Axel; Schmidtke, Franziska; Vogel, Lars; Busch, Rahel; Miehlke, Marius (2017): Topographie und Regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen. Jena: KomRex.
- Bonvalot, Michael (2018): Neonazis in Wolfspelzen. Wie Rechtsextreme ein Wikinger-Festival in Polen unterwandern. Online verfügbar unter <https://www.vice.com/de/article/43pp8b/wolin-neonazis-in-wolfspelzen-wie-rechtsextreme-ein-wikinger-festival-in-polen-unterwandern>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2018, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Brandstetter, Marc (2012): Das Finanzwesen der NPD. Wie die Demokratie ihre Feinde finanziert. In: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.): Verfassungsfeinde und das Kapital. Finanzströme im Rechtsextremismus. Brandenburg.

- Brandstetter, Marc (2017): Zu bedeutungslos für ein Verbot. Die Entwicklung der NPD seit 2013. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Budler, Kai (2018a): NPD: Zurück zur Bewegungspartei? Online verfügbar unter <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/npd-zur-ck-zur-bewegungspartei>, zuletzt aktualisiert am 27.04.2018, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Budler, Kai (2018b): Das mörderische Netz der Holocaustleugner. Online verfügbar unter [https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/06/15/das-moerderische-netz-der-holocaustleugner\\_26533](https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/06/15/das-moerderische-netz-der-holocaustleugner_26533), zuletzt aktualisiert am 15.06.2018, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2016): Verfassungsschutzbericht 2015. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2017): Verfassungsschutzbericht 2016: Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2019): Verfassungsschutzbericht 2018. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2020a): Verfassungsschutzbericht 2019. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020b): Verfassungsschutzbericht 2019. Online verfügbar unter [https://www.verfassungsschutz.de/de/download-manager/\\_vsbericht-2019.pdf](https://www.verfassungsschutz.de/de/download-manager/_vsbericht-2019.pdf).
- Bundeswahlleiter (2014): Niederschrift über die Sitzung des Bundeswahlausschusses zur Entscheidung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Online verfügbar unter [https://www.bundeswahlleiter.de/en/dam/jcr/fcadc75b-508b-4f69-9b0c-e9866571efcc/ew14\\_20140314\\_niederschrift\\_1bwa.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/en/dam/jcr/fcadc75b-508b-4f69-9b0c-e9866571efcc/ew14_20140314_niederschrift_1bwa.pdf), zuletzt aktualisiert am 14.03.2014, zuletzt geprüft am 10.07.2020.
- Bündnis gegen Rechts - Werratal (2017): TIMELINE einer Bürgerwehr [in der Version vom 15. Juli 2017]. Online verfügbar unter <https://www.buendnisgegenrechts-werratal.de/2016/04/19/timeline-einer-buergerwehr/>, zuletzt aktualisiert am 15.07.2017, zuletzt geprüft am 03.08.2020.
- Butter, Michael (2020): Aufregung in den Echokammern. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.08.2020, S. 11.
- Claus, Robert (2017): Hooligans. Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik. Göttingen: Verlag Die Werkstatt.
- Claus, Robert (2018): Der extrem rechte Kampfsportboom. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/279552/der-extrem-rechte-kampfsportboom>, zuletzt aktualisiert am 05.11.2018, zuletzt geprüft am 22.08.2020.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, Frank (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2), S. 353–369.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft : die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung psychosozial), S. 65–115.
- Dewey, John (1993): *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim: Hrsg. v. Jürgen Oelkers.

- Dornbusch, Christian; Raabe, Jan (2002): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Hamburg.
- Eckhardt, Frank (i.E.): Raumeroberung durch Rechts. Wie durch symbolische Raumeignung die demokratische Gesellschaft an Boden verliert. In: Andreas Beelmann und Danny Michelsen (Hg.): Demokratiepädagogik und Extremismusprävention. Befunde und Forschungsbilanzen. Wiesbaden: Springer VS.
- Edinger, Michael (2010): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- ezra (2018): Rassistischer Naziangriff auf geflüchtete Jugendliche: „Kahla ist ein rechtsfreier Angst-raum“. Online verfügbar unter <https://ezra.de/rassistischer-naziangriff-auf-gefluechtete-jugendliche-kahla-ist-ein-rechtsfreier-angstraum/>, zuletzt aktualisiert am 19.04.2018, zuletzt geprüft am 27.07.2020.
- Fischer, Wieland (2019): Die Unabhängigen schaffen Hürde zur Kreistagswahl nicht. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/die-unabhaengigen-schaffen-huerde-zur-kreistagswahl-nicht-id225365577.html>, zuletzt aktualisiert am 24.04.2019, zuletzt geprüft am 30.11.2019.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2019): Wachsende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft. In: *faz.net*, 20.10.2019. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-thueringen/verfassungsschutzchef-von-thueringen-haelt-rechtsextremismus-fuer-das-groesste-problem-16441965.html>, zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- Freires, Horst (2020): Rechte Siedlungsräume im Osten. Online verfügbar unter <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechte-siedlungstr-ume-im-osten>, zuletzt aktualisiert am 29.07.2020, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Freitag, Jan; Hüllen, Michael; Krüger, Yasemin (2017): Ideologie der "Reichsbürger". In: Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)*. 29. Jahrgang 2017. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 159–174.
- Gallie, W. B. (1962): Essentially Contested Concepts. In: Max Black (Hg.): *The Importance of Language*. Englewood Cliffs, NJ, S. 121–145.
- Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: Hurst & Company. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=4833935>.
- Gundling, Lukas C. (2017): Der enge Rahmen des Neutralitätsgebotes. In: *Zeitschrift für Landesverfassung und Landesverwaltungsrecht* (1), S. 12–23.
- Günther, Frieder (2020): „Die Uhr noch einmal zurückdrehen“. Die Reichsbürgerbewegung und die rechtlichen Narrative zum Fortleben des Deutschen Reiches nach 1945. In: Christoph Schönberger und Sophie Schönberger (Hg.): *Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie*. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 71–91.
- Haak, Sebastian (2019): Rechte Burschenschaft in Jena steht vor der vorläufigen Auflösung. Online verfügbar unter <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1112690.normannia-zu-jena-rechte-burschenschaft-in-jena-steht-vor-der-vorlaeufigen-aufloesung.html>, zuletzt aktualisiert am 20.02.2019, zuletzt geprüft am 27.07.2020.

- Hagen, Peter (2017): Aus dem Amtsgericht in Bad Lobenstein. Bettlaken-Aktion hat gerichtliches Nachspiel. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/leben/recht-justiz/aus-dem-amtsgericht-in-bad-lobenstein-bettlaken-aktion-hat-gerichtliches-nachspiel-id222832305.html>, zuletzt aktualisiert am 03.06.2017, zuletzt geprüft am 17.08.2020.
- haskala (2017): Auch Thüringer Nazi-Reise-Gruppe zu Heß-Todestag in Berlin. Online verfügbar unter <https://haskala.de/2017/08/21/auch-thueringer-nazi-reise-gruppe-zu-hess-todestag-in-berlin/>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2017, zuletzt geprüft am 10.07.2020.
- haskala (2020): Völkische und faschistische Landnahme in Thüringen. Online verfügbar unter <https://haskala.de/2020/07/01/voelkische-und-faschistische-landnahme-in-thueringen/>, zuletzt aktualisiert am 01.07.2020, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Heerdegen, Stefan (2018): RechtsRock-Konzerte in Thüringen. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (3)*, S. 188–197. Online verfügbar unter [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFS\\_WsD3/Text\\_Herdeegen.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Herdeegen.pdf), zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2011): Deutsche Zustände. Folge 10. 1., Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2647).
- Hellwig, Marius (2020): Ausstieg rechts. Online verfügbar unter <https://jungle.world/index.php/artikel/2020/29/ausstieg-rechts>, zuletzt aktualisiert am 14.07.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Hestermann, Thomas; Hoven, Elisa (2019): Kriminalität in Deutschland im Spiegel von Pressemitteilungen der Alternativen für Deutschland (AfD). In: *KriPoz (3)*, S. 127–139.
- Höcke, Björn; Hennig, Sebastian (2018): Nie zweimal in denselben Fluß. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Lüdinghausen, Berlin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung.
- Holtmann, E.; Jaeck, T.; Völkl, K. (2018): Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt. Online verfügbar unter <https://lpb.sachsen-anhalt.de/online-angebote/downloads/sachsen-anhalt-monitor/>, zuletzt geprüft am 12.03.2020.
- Hüllen, Michael; Homburg, Heiko (2017): „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextrémismus, Gewalt und Staatsverdrossenheit. In: Dirk Wilking (Hg.): "Reichsbürger". Ein Handbuch. 3. Aufl. Potsdam, S. 15–53.
- Ickerodt, Ulf (2017): Wildes Deuten, wildes Erkennen. Wie „echt“ ist „authentisch“? Wikinger zwischen archäologisch rekonstruierter historischer Realität, Regionalmarketing und ideologischem Missbrauch. In: *Archäologische Nachrichten 2017*, S. 104–109.
- Jansen, Frank (2017): Die Rechte auf dem Vormarsch. Von Reichsbürgern bis AfD. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2017 (3)*, S. 9–12.
- Jesse, Eckhard; Panreck, Isabelle-Christine (2017): Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung - das Beispiel der AfD. In: *Zeitschrift für Politik 64 (1)*, S. 59–76.
- Kailitz, Steffen (2017): Die Republikaner. In: Frank Decker (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 366–374.
- Klaus, Fabian (2019): Wegen Neonazi-Umtrieben: AfD löst Ortsverband in Friedrichroda auf. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/wegen-neonazi-umtrieben-afd-loest-ortsverband-in-friedrichroda-auf-id225408609.html>, zuletzt aktualisiert am 07.05.2019, zuletzt geprüft am 30.11.2019.
- König, Thadäus R. (2018): Das Thüringer Parteiensystem. Entstehung, Entwicklung und Struktur seit 1990 (= Parteien und Wahlen, Bd. 16). Baden-Baden.



- König-Preuss, Katharina (2020): Reichsbürger in Thüringen in Teilen weiterhin bewaffnet - Eichsfeld als Hotspot. Online verfügbar unter <https://www.die-linke-thl.de/nc/aktuelles/nachrichten/detail/news/reichsbuerger-in-thueringen-in-teilen-weiterhin-bewaffnet-eichsfeld-als-hotspot/>, zuletzt aktualisiert am 05.08.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Kovahl, Ernst (2019): AfD: Steuergeld für den „Flügel“? In: *der rechte rand* (117). Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4319/afd-steuergeld-fuer-fluegel/>, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Kreis, Joachim (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Berlin: Otto-Stammer-Zentrum.
- Kreter, Maximilian (2019a): Die deutsche Rechtsrockszene. Integraler Bestandteil der rechtsextremen Bewegung oder isolierte subkulturelle Szene? In: Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse und Tom Thieme (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)*. 31. Jahrgang 2019. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 159–173.
- Kreter, Maximilian (2019b): Politische Agitation, juvenile Rebellion oder rechtsextreme Erlebniswelt? In: Eckhard Jesse, Tom Mannewitz und Isabelle-Christine Panreck (Hg.): *Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos (Extremismus und Demokratie, Band 37), S. 139–164.
- Kreter, Maximilian (2020): Sachsen und Thüringen – Hochburgen des Rechtsrock in Deutschland? In: Uwe Backes und Steffen Kailitz (Hg.): *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 315–338.
- Krüger, Yasemin Désirée (2017): „Reichsbürger“ als eigenständiges soziales Protestphänomen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen : Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft* 30 (2), S. 1–20.
- Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2019): Sachsen rechts unten 2019. Online verfügbar unter [https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen\\_rechts\\_unten\\_2019\\_Kulturbuero-Sachsen\\_web.pdf](https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen_rechts_unten_2019_Kulturbuero-Sachsen_web.pdf), zuletzt geprüft am 17.08.2020.
- Kurth, Alexandra (2014): Das Männerbild der Burschenschafter. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/197057/das-maennerbild-der-burschenschafter>, zuletzt geprüft am 27.07.2020.
- Kurth, Alexandra; Weidinger, Bernd (2017): *Burschenschaften: Geschichte, Politik und Ideologie*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256889/burschenschaften>, zuletzt aktualisiert am 26.09.2017, zuletzt geprüft am 27.07.2020.
- Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (TLBG) (2020): Download Offene Geodaten. Online verfügbar unter <https://www.geoportal-th.de/de-de/Downloadbereiche/Download-Offene-Geodaten-Th%C3%BCrtingen>, zuletzt geprüft am 11.09.2020.
- Langebach, Martin (2016): Rechtsextremismus und Jugend. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 375–439.
- Langer, Anette (2018): Thüringens rechtsextreme Komfortzone. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/kahla-wie-ein-ort-in-thueringen-zur-neonazi-hochburg-wurde-a-1217534.html>, zuletzt aktualisiert am 21.07.2018, zuletzt geprüft am 27.07.2020.

- Legal Tribune Online (LTO) (2018): BVerwG zu Fraktionszuwendungen. Warum Kommunen auch die NPD bezahlen müssen. Online verfügbar unter <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bverwg-10cn1-17-npd-fraktionszuwendungen-stadtrat-ausschluss-rechtswidrig/>, zuletzt aktualisiert am 03.08.2018, zuletzt geprüft am 25.07.2020.
- Legal Tribune Online (LTO) (2019): OVG Thüringen zur Auslegung der Kommunalordnung. Bürgermeister muss NPD-Stadtrat die Hand geben. Online verfügbar unter <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/thueringer-ovg-3ko620-18-kommunalordnung-buergermeister-pflicht-handschlag-npd/>, zuletzt aktualisiert am 10.05.2019, zuletzt geprüft am 25.07.2020.
- Lembcke, Oliver; Ritzi, Claudia; Schaal, Gary S. (Hg.) (2012): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lirabelle (2017): Der Burgfrieden von Ballstädt. Online verfügbar unter <http://lirabelle.blogspot.eu/2017/05/08/der-burgfrieden-von-ballstaedt>, zuletzt aktualisiert am 08.05.2017, zuletzt geprüft am 08.08.2020.
- Lösche, Peter (1994): Kleine Geschichte der deutschen Parteien. 2. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.
- Mahlzahn, Claus Christian (2020): „Das zeigt, wie enthemmt in der Neonazi-Szene vorgegangen wird“. Hg. v. welt.de. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article213071228/Verfassungsschutz-Thueringen-Neue-Qualitaet-rechtsextremer-Gewalt.html>, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay. 1. Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- Marg, Stine; Finkbeiner, Florian; Kühnel, Steffen; Dermitzaki, Efpraxia (2019): Niedersächsischer Demokratie-Monitor. Göttingen: Göttinger Institut für Demokratieforschung.
- MDR (2019a): Die Wahlprogramme der "kleinen" Parteien. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/wahlen/lw-thueringen-kleine-parteien-wahlprogramme-100.html>, zuletzt aktualisiert am 24.10.2019, zuletzt geprüft am 07.07.2020.
- MDR (2019b): Moschee-Gegner im rechtsextremen Netzwerk. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/erfurter-moschee-gegner-im-rechtsextremen-netzwerk-100.html>, zuletzt aktualisiert am 13.03.2019, zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- MDR (2019c): Wählerwanderung in Thüringen. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/waehlerwanderung-landtagswahl-thueringen-102.html>, zuletzt aktualisiert am 28.10.2019, zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- MDR (2020a): Corona-Proteste: Wer in Thüringen auf die Straße geht. Hg. v. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/corona-demo-spaziergang-erfurt-gera-polizei100.html>, zuletzt aktualisiert am 12.05.2020, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- MDR (2020b): Erfurter Neonazi-Verein muss Immobilie am Herrenberg räumen. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/neonazi-verein-immobilie-herrenberg-100.html>, zuletzt aktualisiert am 18.06.2020, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MDR (2020c): Rechte Kampfsport-Strukturen in Thüringen. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/podcast/beste/podcast-thueringen-rechtsextreme-kampfsportszene-waechst-audio-100.html>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2020, zuletzt geprüft am 22.08.2020.

- MDR (2020d): Rechtsextreme unterwandern Corona-Proteste an B96 in der Lausitz. Hg. v. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/kritik-proteste-oberlausitz-sonntags-bundesstrasse-100.html>, zuletzt aktualisiert am 13.07.2020, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Meisner, Matthias; Starzmann, Paul (2020): Thüringens FDP-Chef Kemmerich teilt sich Bühne mit Corona-Leugnern in Gera. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/unterstuetzt-von-stadtbekanntem-rechtsradikalem-thueringens-fdp-chef-kemmerich-teilt-sich-buehne-mit-corona-leugnern-in-gera/25816246.html>, zuletzt aktualisiert am 10.05.2020.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke (Hg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 9–23.
- Metzger, Nils (2020): Rechtsextreme suchen ihre Komfortzone. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/extremismus-rechte-siedler-ostdeutschland-100.html>, zuletzt aktualisiert am 25.07.2020, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Michelsen, Danny; Walter, Franz (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Originalausgabe, 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2668).
- Miliopoulos, Lazaros (2020): Sachsen – eine Hochburg der NPD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes. In: Uwe Backes und Steffen Kailitz (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 201–216.
- Missy, Stefan (2013): Das politische Profil der "neuen" NPD. Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung und strategisches Konzept einer "systemfeindlichen" Partei. München.
- MOBIT e.V. (2018a): Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/Material/Mobit-HeftRechtsRock18-G-web.pdf>, zuletzt geprüft am 21.04.2020.
- MOBIT e.V. (2018b): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen, Erfurt. Online verfügbar unter [https://mobit.org/Material/MOBIT\\_Nach%20den%20rechten%20Häusern%20sehen\\_2018.pdf](https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20Häusern%20sehen_2018.pdf), zuletzt geprüft am 03.05.2020.
- MOBIT e.V. (2019a): Dokumentation der extrem rechten Aktionen rund um die Immobilie am Erfurter Herrenberg. Online verfügbar unter <https://mobit.org/dokumentation-extrem-rechte-aktionen-erfurt-herrenberg/>, zuletzt aktualisiert am 17.01.2019, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MOBIT e.V. (2019b): Im Kampf für die „völkische Wiedergeburt“: Extrem rechte Kampfsportstrukturen in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/im-kampf-fuer-die-voelkische-wiedergeburt-extrem-rechte-kampfsportstrukturen-in-thueringen/>, zuletzt aktualisiert am 04.06.2019, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- MOBIT e.V. (2019c): Rassismus, völkische Revolution und Gewalt. Was steckt hinter der Partei Der Dritte Weg? Online verfügbar unter <https://mobit.org/was-steckt-hinter-der-partei-der-dritte-weg/>, zuletzt aktualisiert am 13.03.2019, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MOBIT e.V. (2020a): Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>, zuletzt aktualisiert am 15.04.2020, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MOBIT e.V. (2020b): Keine harmlosen Heimatmelodien. Kontinuierliche Zunahme von rechten Liederabenden in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/rechtsrock-statistik-2019/>, zuletzt aktualisiert am 24.04.2020, zuletzt geprüft am 25.04.2020.

- Moffitt, Benjamin (2016): *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*. Palo Alto: Stanford University Press. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=4517325>.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2483). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-518-12483-3>.
- Mudra, Kai (2018): *Neonazi-Netzwerke aus Thüringen reichen immer wieder bis nach Österreich*. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermishtes/neonazi-netzwerke-aus-thueringen-reichen-immer-wieder-bis-nach-oesterreich-id224020685.html>, zuletzt aktualisiert am 06.04.2018, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Originalausgabe, 4. Auflage 2016. Berlin: Suhrkamp (Edition Suhrkamp Sonderdruck).
- Munzinger, Paul (2016): *So sieht der Anti-Islam-Kurs der AfD in der Praxis aus*. Hg. v. [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de). Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-in-thueringen-so-sieht-der-anti-islam-kurs-der-afd-in-der-praxis-aus-1.2996777>, zuletzt aktualisiert am 17.05.2016, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Naumann, Thomas (2009): *Rechtsrock im Wandel. Eine Analyse der Texte am Beispiel der Bands 'Landser' und 'Die Lunikoff Verschwörung'*. 1. Auflage. Hamburg: Diplom.de.
- Neigelt, Oskar (2018): *Erfurts Neonazis wechseln Partei*. In: *der rechte rand* (175 (November/Dezember 2018)). Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4185/erfurts-neonazis-wechseln-partei/>, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- Norris, Pippa (2011): *Democratic deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oehrl, Sigmund; Pesch, Alexandra (2017): *Runen, Thorshämmer und Schwarze Sonnen – Rezeption und Missbrauch frühgeschichtlicher Symbole und Zeichen*. In: *Archäologische Nachrichten 2017*, S. 110–121.
- Oppelland, Torsten (2019): *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/thueringen-2019/296649/npd>, zuletzt aktualisiert am 25.09.2019, zuletzt geprüft am 07.07.2020.
- Patz, Janine; Salheiser, Axel (2019): *Topographie des Rechtsextremismus in Thüringen. Begleitende Informationen zur Online-Karte*. Online verfügbar unter <http://www.topografie.komrex.uni-jena.de/Topografie-Begleitbroschuere.pdf>.
- Patzelt, Werner J. (2018): *Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD*. In: *Zparl* 49 (4), S. 885–895. DOI: 10.5771/0340-1758-2018-4-885.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019a): *Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*. Wiesbaden: Springer VS (essentials).
- Pfahl-Traughber, Armin (2019b): *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wiesbaden, Germany: Springer VS.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: Beck.

- Podolski, Tanja (2018): BVerfG und NPD-Anwalt zum Veranstaltungsverbot in Wetzlar. "Das spielt der Partei in die Hände". Online verfügbar unter <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/wetzlar-stadthalle-npd-anwalt-klage-stellungnahme-bverfg/>, zuletzt aktualisiert am 20.04.2018, zuletzt geprüft am 25.07.2020.
- Quent, Matthias (2016): Verschleierung, Radikalisierung und neue Unübersichtlichkeiten. Gefährliche Implikationen und Folgen des NPD-Verbotsverfahren. In: Johannes Lichdi (Hg.): Darf die NPD wegen Taten parteiloser Neonazis verboten werden? Erkundungen zu rassistischen Akteuren in ostdeutschen Regionen und den Folgen eines NPD-Verbots. Dresden, S. 77–93.
- Quent, Matthias; Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2019): Die AfD zur Kreistagswahl 2019 in Thüringen. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Forschungsbericht IDZ. Online verfügbar unter [https://www.idzjena.de/fileadmin/user\\_upload/IDZ\\_Broschüre\\_Die\\_AfD\\_zur\\_Kreistagswahl\\_2019\\_in\\_Thüringen\\_WEB.pdf](https://www.idzjena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Broschüre_Die_AfD_zur_Kreistagswahl_2019_in_Thüringen_WEB.pdf).
- Quent, Matthias; Schmidtke, Franziska; Salheiser, Axel (2016): Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW). im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Jena: Kompetenzzentrum Rechtsextremismus.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS (Edition Rechtsextremismus).
- Raabe, Jan (2019): Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems. In: Gideon Botsch, Jan Raabe und Christoph Schulze (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. [1. Auflage]. Berlin: be.bra wissenschaft (Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung, Band 1), S. 19–44.
- Radio F.R.E.I. (2020a): „Erfurter Hooligans von KEF und Jungsturm sind ganz klar dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen“. Interview mit der Mobilen Beratung in Thüringen. Online verfügbar unter [https://www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit\\_show=Artikel&kartikel\\_id=7931](https://www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit_show=Artikel&kartikel_id=7931), zuletzt aktualisiert am 24.01.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Radio F.R.E.I. (2020b): „Es sind dieselben Leute unter neuer Flagge.“. Interview mit der Mobilen Beratung in Thüringen. Online verfügbar unter [https://www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit\\_show=Artikel&kartikel\\_id=8262](https://www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit_show=Artikel&kartikel_id=8262), zuletzt aktualisiert am 18.06.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Rathje, Jan (2017a): „Reichsbürger“ - Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (1)*, S. 238–249.
- Rathje, Jan (2017b): „Reichsbürger“ - Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik. Online verfügbar unter [https://www.sektenwatch.de/drupal/sites/default/files/files/reichsbuerger\\_verschwoerungstheorien16.pdf](https://www.sektenwatch.de/drupal/sites/default/files/files/reichsbuerger_verschwoerungstheorien16.pdf), zuletzt geprüft am 22.05.2020.
- Reiser, Marion; Best, Heinrich; Niehoff, Steffen; Salheiser, Axel; Vogel, Lars (2017): Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.
- Reiser, Marion; Best, Heinrich; Salheiser, Axel; Hebenstreit, Jörg; Vogel, Lars (2019): Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

- Richter, Christoph; Salheiser, Axel; Quent, Matthias (2019): Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/IDZ\\_Analyse\\_AfD-Wahlerfolg\\_Landtagswahlen\\_2019\\_FINAL\\_WEB.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Analyse_AfD-Wahlerfolg_Landtagswahlen_2019_FINAL_WEB.pdf), zuletzt geprüft am 09.09.2020.
- Ritzi, Claudia (2014): Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie - theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS.
- Rosenkranz, Jens (2020): Linke und Grüne. „Meuselwitzer Bürgermeister unterstützt Neonazi“. Online verfügbar unter <https://www.lvz.de/Region/Altenburg/Linke-und-Gruene-Meuselwitzer-Buergermeister-unterstuetzt-Neonazi>, zuletzt aktualisiert am 05.05.2020, zuletzt geprüft am 05.08.2020.
- Ruf, Christoph; Sundermeyer, Olaf (2009): In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone. Orig.-ausg., rev. Ausg. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1900).
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus (Schriften aus dem MPI für Gesellschaftsforschung, 81). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4347053>.
- Schedler, Jan (2016a): Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 285–323.
- Schedler, Jan (2016b): Stilbruch. (Jugend)kultureller Lifestyle, Symbolik und Aktionsformen des Neonazismus im Wandel. In: Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 345–364.
- Schmid, Christian J. (2012): Rockerclubs. Eine posttraditionale Vergemeinschaftungsform in der Organisationsgesellschaft. In: Tilo Eisewicht, Tilo Grenz und Michaela Pfadenhauer (Hg.): Techniken der Zugehörigkeit (= Karlsruher Studien Technik und Kultur, Bd. 5). Karlsruhe, S. 213–237.
- Schmidt, Manfred G. (2019): Demokratietheorien. Eine Einführung. 6. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Schönberger, Christoph (2020a): Geschichten vom Reich, Geschichten vom Recht. In: Christoph Schönberger und Sophie Schönberger (Hg.): Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 37–70.
- Schönberger, Sophie (2020b): Das Imaginäre des Rechts: Wer ist hier eigentlich verrückt? In: Christoph Schönberger und Sophie Schönberger (Hg.): Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 159–186.
- Schroeder, Wolfgang; Greef, Samuel; Elsen, Jennifer ten; Heller, Lukas (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. Redaktionsschluss: 15. April 2020. Frankfurt am Main: OBS (OBS-Arbeitsheft, 102). Online verfügbar unter [www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/bedraengte-zivilgesellschaft-von-rechts](http://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/bedraengte-zivilgesellschaft-von-rechts).
- Schubert, Florian (2019): Abwertung als soziale Abgrenzung im Fußballstadion. In: Hans-Georg Flickinger, Werner Thole und Nicole Pfaff (Hg.): Fußball als Soziales Feld. Studien zu Sozialen Bewegungen, Jugend- und Fankulturen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–114.

- Schubert, Tobias (2018): Chris Diener will nicht mehr Bergaer Bürgermeister werden. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/politik/chris-diener-will-nicht-mehr-bergaer-buergermeister-werden-id224616067.html>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2018, zuletzt geprüft am 08.07.2020.
- Speit, Andreas (2018): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Bonn: Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung.
- Speit, Andreas (2020): Mit Nazis auf Streife. Online verfügbar unter <https://taz.de/Rechte-Buergerwehr-in-Meuselwitz/!5681956/>, zuletzt aktualisiert am 29.04.2020, zuletzt geprüft am 05.08.2020.
- Stadtverwaltung Meuselwitz (2016): Niederschrift der 21. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Meuselwitz vom 24.02.2016 – öffentliche Teil –. Meuselwitz.
- Stadtverwaltung Meuselwitz (2020a): Niederschrift der 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Meuselwitz vom 27.05.2016 – öffentliche Teil –. Meuselwitz.
- Stadtverwaltung Meuselwitz (2020b): Niederschrift der 9. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Meuselwitz vom 26.02.2020 – öffentliche Teil –. Meuselwitz.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3., aktualisierte Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin; FES, Projekt Gegen Rechtsextremismus. Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf>.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- thueringenrechtsausen (2017): Bürgerwehren in Thüringen ein bisschen rechts? Eindeutige Neonazi-Verbindungen und Kontakte zur AfD. Online verfügbar unter <https://thueringenrechtsausen.wordpress.com/2017/06/11/buergerwehren-in-thueringen-ein-bisschen-rechts-eindeutige-neonazi-verbindungen-und-kontakte-zur-afd/>, zuletzt aktualisiert am 11.07.2017, zuletzt geprüft am 05.08.2020.
- Thüringer Landtag (2019a): Abschlussbericht der Enquetekommission des Thüringer Landtags. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie - Band I. In: Thüringer Landtag (Hg.): Bericht der Enquetekommission 6/1. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 6/7709.
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMiK) (2020): Politisch motivierte Kriminalität - Statistik 2019. Erfurt. Online verfügbar unter [https://innen.thueringen.de/fileadmin/th3/polizei/Statistiken/PMK\\_2019.pdf](https://innen.thueringen.de/fileadmin/th3/polizei/Statistiken/PMK_2019.pdf), zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- Tocqueville, Alexis de (1976): Über die Demokratie in Amerika. Beide Teile in einem Band. Hrsg. v. Jacob P. Mayer. München: dtv.
- Vollmer, Andreas M. (2018): Reichsbürger und Selbstverwalter - funkelnde Sterne am Extremismus-Himmel. In: Demokratie in unruhigen Zeiten : Festschrift für Eckhard Jesse. Baden-Baden: Nomos, S. 241–250.
- WELT (2019): Nordhausen-Ultras stürmen Platz und greifen Spieler an. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/sport/fussball/article201863908/Thueringen-Nordhausen-Ultras-stuermen-Platz-und-greifen-Spieler-an.html>, zuletzt aktualisiert am 14.10.2019, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Wilking, Dirk (Hg.) (2017): "Reichsbürger". Ein Handbuch. 3. Aufl. Potsdam.



- Wolf, Matthias (2019): Der Dritte Weg. Die Nazi-Hooligans und ihre Jugendsport-Propaganda. Online verfügbar unter <https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/sport-inside/video-der-dritte-weg-die-nazi-hooligans-und-ihre-jugendsport-propaganda-100.html>, zuletzt aktualisiert am 04.09.2019, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- Wolin, Sheldon S. (1994): Fugitive Democracy. In: *Constellations* 1 (1), S. 11–25.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate (2016): Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 83–113.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (Hg.) (2019): *Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn: Dietz.

## Quellen

- Thüringer Landtag (2015): Antwort Drucksache 6/1276 auf Kleine Anfrage 6/503 (2015) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2016a): Antwort Drucksache 6/3048 auf Kleine Anfrage 6/1406 (2016) der Abg. König.
- Thüringer Landtag (2016b): Antwort Drucksache 6/3071 auf Kleine Anfrage 6/1445 (2016) des Abg. Brandner.
- Thüringer Landtag (2017a): Antwort Drucksache 6/3901 auf Kleine Anfrage 6/1985 (2017) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2017b): Antwort Drucksache 6/4719 auf Kleine Anfrage 6/2525 (2017) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2018a): Antwort auf Mündliche Anfrage 6/5599 (2018) des Abg. Gentele in Plenarprotokoll 6/116 (26.04.2018), S. 10028 - 10029.
- Thüringer Landtag (2018b): Antwort Drucksache 6/5794 auf Kleine Anfrage 6/2986 (2018) der Abg. Henfling.
- Thüringer Landtag (2018c): Antwort Drucksache 6/5804 auf Kleine Anfrage 6/2997 (2018) des Abg. Huster.
- Thüringer Landtag (2018d): Antwort Drucksache 6/5837 auf Kleine Anfrage 6/2972 (2018) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2018e): Antwort Drucksache 6/5951 auf Kleine Anfrage 6/3018 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018f): Antwort Drucksache 6/6008 auf Kleine Anfrage 6/3106 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018g): Antwort Drucksache 6/6377 auf Kleine Anfrage 6/3310 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018h): Antwort Drucksache 6/6481 auf Kleine Anfrage 6/3325 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018i): Antwort Drucksache 6/6632 auf Kleine Anfrage 6/3401 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019b): Antwort auf Mündliche Anfrage 6/7606 (2019) der Abg. König-Preuss in Plenarprotokoll 6/156 12.09.2019, S. 13662 - 13664.
- Thüringer Landtag (2019c): Antwort Drucksache 19/14618 (2019) auf Kleine Anfrage 19/13969 (2019).
- Thüringer Landtag (2019d): Antwort Drucksache 6/5798 auf Kleine Anfrage 6/2930 (2019) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019e): Antwort Drucksache 6/6655 auf Kleine Anfrage 6/3395 (2019) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2019f): Antwort Drucksache 6/6802 auf Kleine Anfrage 6/3505 (2019) der Abg. Henfling.

- Thüringer Landtag (2019g): Antwort Drucksache 6/6910 auf Kleine Anfrage 6/3497 (2019) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019h): Antwort Drucksache 6/7193 auf Kleine Anfrage 6/3692 (2019) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019i): Antwort Drucksache 6/7275 auf Kleine Anfrage 6/3812 (2019) der Abg. Henfling.
- Thüringer Landtag (2019j): Antwort Drucksache 6/7866 auf Kleine Anfrage 6/4009 (2019) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2019k): Antwort Drucksache 6/7891 auf Kleine Anfrage 6/4117 (2019) der Abg. Henfling.
- Thüringer Landtag (2020a): Antwort Drucksache 7/1004 auf Kleine Anfrage 7/305 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020b): Antwort Drucksache 7/1007 auf Kleine Anfrage 7/386 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020c): Antwort Drucksache 7/1082 auf Kleine Anfrage 7/355 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020d): Antwort Drucksache 7/1343 auf Kleine Anfrage 7/594 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020e): Antwort Drucksache 7/568 auf Kleine Anfrage 7/140 (2020) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2020f): Antwort Drucksache 7/602 auf Kleine Anfrage 7/176 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020g): Antwort Drucksache 7/658 auf Kleine Anfrage 7/188 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020h): Antwort Drucksache 7/776 auf Kleine Anfrage 7/264 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020i): Antwort Drucksache 7/822 auf Kleine Anfrage 7/262 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020j): Antwort Drucksache 7/834 auf Kleine Anfrage 7/321 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020k): Antwort Drucksache 7/837 auf Kleine Anfrage 7/352 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020l): Antwort Drucksache 7/845 auf Kleine Anfrage 7/308 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020m): Antwort Drucksache 7/911 auf Kleine Anfrage 7/337 (2020) der Abg. König-Preuss.